

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR  
FASCHISMUS- UND  
WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.**

**Heft 14**

**Thema:**  
**Der Krieg vor dem Krieg**  
**Ökonomik und Politik**  
**der „friedlichen“ Aggressionen**  
**Hitlerdeutschlands 1938/39**

**2000**

## **INHALTSVERZEICHNIS**

### **Thema**

Karl Heinz Roth Innere Kriegsursachen. Von der Zahlungsbilanzkrise zum Raubkapitalismus	3
Siegfried Büniger Großbritanniens Beschwichtigungspolitik	29
Kurt Pätzold 1938 – das Jahr auf der Schwelle zum zweiten Weltkrieg	42

### **Artikel**

Babette Quinkert „Hitler, der Befreier!“. Zur psychologischen Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung der sowjetischen besetzten Gebiete 1941-1944	57
--	----

### **Rezensionen**

Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa (Werner Röhr)	84
Die nationalsozialistischen Konzentrationslager (Günther Wieland)	94
Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert (Regina Wegner)	98

### **Annotationen** 104

### **Berichte über Colloquia der Gesellschaft**

Zur Geschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück (Klaus Drobisch)	106
Der Weg in den Krieg (Brigitte Berlekamp/Werner Röhr)	111

[2:]

## **AUTOREN DES HEFTES**

Brigitte Berlekamp

Dr. phil., Historikerin, Berlin

Siegfried Büniger

Prof. em., Dr. phil. habil., Historiker, Berlin

Klaus Drobisch

Dr. sc. phil., Historiker, Berlin

Babette Quinkert

M.A., Doktorandin der Geschichte, TU Berlin

Kurt Pätzold

Prof. em. Dr. phil. habil., Historiker, Berlin

Werner Röhr

Prof. Dr. sc. phil., Historiker, Berlin

Karl Heinz Roth

Dr. med. & Dr. phil., Historiker, Bremen

Regina Wegner

Dr. phil., Kulturhistorikerin, Berlin

Günther Wieland

Dr. jur., Staatsanwalt i. R., Berlin

[3:]

KARL HEINZ ROTH

## Innere Kriegsursachen

### Von der Zahlungsbilanzkrise zum Raubkapitalismus<sup>1</sup>

Die inneren Kriegsursachen sind eines der wichtigsten und infolgedessen besonders umstrittenen Themenfelder der historischen Forschung über die NS-Diktatur. Es liegt zweifellos an ihrer epochalen Tragweite, daß in den vergangenen Jahrzehnten fast alle, die historisch über den deutschen Faschismus arbeiteten, zu dieser Problematik Stellung bezogen haben. Aber nur wenige haben sich dabei ernsthaft mit den Argumenten ihrer Kollegen und Kontrahenten auseinandergesetzt. Statt dessen dominierten das wechselseitige Sich-nicht-zur-Kennntnis-Nehmen, das Aneinander-Vorbeischreiben oder die in die Fußnoten verbannten Ressentiments. Wer deshalb Forschungsergebnisse über die inneren Ursachen des zweiten Weltkriegs vorstellen will, kann nicht auf ein paar Dutzend Standardwerke, Zeitschriftenjahrgänge und Konferenzbände zurückgreifen, sondern muß sich durch fast alle wesentlichen Forschungsfelder zur Wirtschafts-, Sozial- und Machtpolitik in den Vorkriegsjahren der NS-Diktatur durcharbeiten.

Um so verlockender scheint es deshalb auf den ersten Blick, sich in einem bilanzierenden Überblicksbeitrag vor allem auf die wenigen Kontroversen zu konzentrieren, die dessen ungeachtet immer wieder einmal aufflammten. Die wichtigste von ihnen löste zweifellos Timothy W. Mason aus, der Mitte der 1970er Jahre im Ergebnis seiner Analysen über die nationalsozialistische Arbeiter- und Sozialpolitik der Jahre 1936 bis 1939 zu der Schlußfolgerung gelangte, die NS-Diktatur sei bis 1938/39 in eine unlösbare innere sozial- und wirtschaftspolitische Strukturkrise geraten, die sie zur Flucht nach vorn und zur Entfesselung des zweiten Weltkriegs getrieben habe. Mason erntete sofort erheblichen Widerspruch von einigen deutschen und angelsächsischen Historikern, und der unentschieden gebliebene Streit flammte Ende der 1980er Jahre in England noch einmal auf. Jedoch deckt diese Kontroverse mit ihrem ausschließlichen Bezug auf die [4:] Frage der strukturellen Unausweichlichkeit oder aber der bewußten Entfesselung des – durch den am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen ausgelösten – zweiten Weltkriegs nur ein kleines Spektrum der Problemfelder ab, die erst in ihrer kritischen Synthese eine Antwort auf die Frage nach den inneren Kriegsursachen ermöglichen. Zudem ist die für uns besonders wichtige Etappe der sogenannten friedlichen Annexionen zwischen März 1938 und September 1939 in ihrer Eigenständigkeit und wirtschaftspolitischen Spezifik in den Kontroversen zwischen Tim Mason, Ludolf Herbst, Richard Overy, Jost Dülffer und anderen weitgehend ausgeklammert. Schließlich haben sich auch wichtige Strömungen der Weltkriegsforschung – so etwa die marxistische, aber auch die konservativen Schulrichtungen – überhaupt nicht oder nur am Rande in die Debatten eingemischt. Aus allen diesen Gründen erbringt eine Rekapitulation des durch diese Kontroversen akzentuierten Forschungsstands keineswegs einen zureichenden Überblick. Eine problemorientierte und durch möglichst viele Primärquellen gestützte Vorstellung des Forschungsfelds „Innere Ursachen des zweiten Weltkriegs“ muß statt dessen von der ganzen Breite und vom gesamten Spektrum der einschlägigen Quellenbestände sowie der Tagungsprotokolle, Handbuchserien, Monographien und Forschungsberichte ausgehen, in denen einzelne Wissenschaftler und Arbeitsgruppen aus Ost und West ihre Ergebnisse zu Papier gebracht haben. Daß dabei nur die größten Linien aufgezeigt werden können, versteht sich von selbst.

#### 1. Der Krieg in den Köpfen der herrschenden Eliten als strategische Vorwegnahme

Zunächst kann als gesichert gelten, daß sich die traditionellen Führungsschichten und die NS-Eliten im Prozeß der Entscheidungsfindung für einen über den Revisionskrieg hinausgehenden Angriffskrieg um die deutsche Vormachtstellung in Europa und auf der Welt trotz aller Interessenkonflikte in den Stabilisierungsjahren der Diktatur unzweideutig aufeinander zubewegten. Dieser mental vorweggenommene Krieg in den Köpfen der Generäle, NS-Führer, Wirtschaftsmanager, Wissenschaftler,

---

<sup>1</sup> Einleitender Vortrag der Sektion 1 „Innere Kriegsursachen – Probleme und Resultate“ der Konferenz „Der Weg in den Krieg. Ökonomik und Politik der ‚friedlichen‘ Aggressionen Hitlerdeutschlands 1938/1939“ am 13/14. September 1939. Der Vortrag wird unverändert und ohne Fußnoten abgedruckt.

Ministerialbürokraten und Bildungsbürger gewann schon während der Stabilisierung der politischen Macht der Nazis 1933/34 den Charakter eines Stufenplans. In der ersten Etappe ging es darum, mit den Siegermächten der ehemaligen Entente militärisch und rüstungswirtschaftlich gleichzuziehen. Nach dem anschließenden Gewinn der militärisch-ökonomischen Überlegenheit sollte in einer zweiten Phase die territoriale Revision des Versailler Vertrags beginnen. Sie sollte je nach den sich ergebenden operativen Möglichkeiten flexibel in eine dritte Etappe überleiten, der die Aufgabe zugeschrieben war, [5:] einen „blockadefesten kontinentaleuropäischen Großraum“ zu erobern, zu sichern und zum Ausgangspunkt für den Kampf um die Weltherrschaft zu machen. Dabei vereinbarten die herrschenden Eliten eine funktionell abgestimmte Arbeitsteilung, die zur Ausbildung eines weit verzweigten Planungsnetzes führte.

Die Wehrmachtführung begann im Dezember 1933 mit den Planungen für ein 300.000 Mann-Heer, das mit einer Friedensstärke von 21 Divisionen bis 1938 die strategische Parität mit den Siegermächten des ersten Weltkriegs erlangen sollte. In der vorgezogenen zweiten Etappe konzipierten die Wehrmachtgeneräle jedoch schon 1935/36 ein mehr als verdoppeltes Angriffsheer mit 43 teilweise gepanzerten und mechanisierten Divisionen, 17.000 Kriegsflugzeugen und acht Großkampfschiffen sowie 18 Kreuzern. Ab 1940 sollte schließlich ein Kriegsheer mit 2,6 Millionen Soldaten und 102 Divisionen zur Verfügung stehen. Dieses Dreistufen-Programm war schon Mitte der 1920er Jahre in seinen Grundzügen konzipiert worden. Aber erst in der NS-Diktatur erlangten die monströsen Gewaltphantasien der Generalstäbler absolute Priorität vor den übrigen sozial-, wirtschafts- und staatspolitischen Leitlinien revisionistischer Politik.

Die NSDAP-Elite stellte sich und den von ihr beherrschten Parteiapparat sowie die angeschlossenen Massenorganisationen uneingeschränkt in den Dienst dieser militärstrategischen Konzeption. Die um ihre Organisationen gebrachte Arbeiterklasse wurde in der Deutschen Arbeitsfront, einem sozialpolitischen Befriedungsinstrument des Pseudo-Korporatismus, aufgefangen, um die für den Hochrüstungskurs unabdingbare Niedriglohnpolitik sowie die Stagnation des Konsumgüter- und Lebensmittelsektors institutionell abzusichern. Zusätzlich wurde die Arbeiterklasse mit sozialimperialistischen Versprechungen umworben, die einen siegreich beendeten Angriffskrieg zur Voraussetzung hatten. Parallel zum Dreistufen-Programm der Wehrmacht kam es 1934, 1936 und 1938 zu einer immer intensiveren Einbeziehung der NS-Massenorganisationen in den wehrwirtschaftlichen Mobilisierungsprozeß, der von entsprechenden Kampagnen zur „Wehrhaftmachung“ begleitet war. Hinzu kam eine ausufernde Propaganda, die den „germanischen Rassekern“ Europas zur zentralen Legitimationsfigur des künftigen Expansionskriegs stilisierte und auch in den Mentalitätsmustern der subalternen Klassen die „Rückgewinnung von Lebensraum im Osten“ zu einem überragenden Topos zu machen suchte.

Auch in der Wirtschaftssphäre wurde ein auf drei Etappenschritten aufgeteiltes Expansionsprogramm in Kraft gesetzt. In der ersten Phase etablierte sich die „Harzburger Front“ der Schwerindustrie und Großagrarien endgültig als dominierender Wirtschaftsblock und betrieb den Ausbau ihrer protektionistischen Interessen zum „Großraummodell“, das heißt zu einem System der binnenwirtschaftlichen Expansion mit außenwirtschaftlicher Abdeckung durch ein Geflecht bilateraler Verrechnungsabkommen mit Hauptstoßrichtung Südosteuropa und Vorrang der Einfuhr von strategischen Rohstoffen. In der zweiten Phase wurde die I. G. Farbenindustrie AG in das ökonomische Herrschaftskartell einbezogen, um die durch den rüstungsbedingten Rohstoffimportsog entstandenen Devisenprobleme durch forcierten inneren Raubbau zu kompensieren und zugleich die militärisch-operative Überlegenheit durch die Großproduktion von synthetischen Ersatzrohstoffen (Textilfasern, Synthesebenzin, Buna, Leichtmetalle) abzusichern. Drittens kam es seit 1937/38 im Ergebnis der breiten und für sie extrem profitablen Expansion der Rüstungsindustrie zur Verallgemeinerung des „Großwirtschaftsraum“-Modells, in dem seit dem Übergang zum Raubkrieg schließlich auch die bislang weitgehend leer ausgegangene Exportwirtschaft und das Handelskapital ihren Platz fanden.

Als vierte beziehungsweise fünfte Säule des expansionistischen Konsenses wurden die Ministerialbürokratie und das Bildungsbürgertum des Wissenschaftsapparats bislang in ihrer Bedeutung erheblich unterschätzt. In allen finanz-, wirtschafts- und außenpolitischen Ressorts (Reichswirtschaftsministerium, Reichsbank, Auswärtiges Amt, Volkswirtschaftliche Abteilungen der Großunternehmen)

entstanden bedeutsame konzeptionelle Beiträge zur ökonomisch-politischen Verzahnung des Dreistufenprogramms. In der Sphäre der akademischen Wissensproduktion waren vor allem die Mobilisierung der Geschichts- und Humanwissenschaften als Legitimationslieferanten für eine „gesamtdeutsche“ Expansion, die Wirtschafts- und Bevölkerungstheorien des „Großraums“ sowie die Integration der Ingenieur- und Naturwissenschaften in die Projekte des Vierjahresplans und der Wehrwirtschaft bedeutsam.

Alles in allem hatten sich die herrschenden Eliten nach teilweise heftigen Konflikten und Machtkämpfen auf die folgenden Schlüsselemente eines strategischen Dreistufenplans verständigt:

1. Bedingungsloser Primat der Aufrüstung: Er wurde auch 1936/37 nach der Überschreitung der durch das Wirtschaftspotential gesetzten Grenzen nicht revidiert.

2. Einfriedung der Arbeiterklasse in der Zwangsorganisation Deutsche Arbeitsfront, Beschränkung der Reallöhne und Masseneinkommen als vorweggenommene Kriegssozialpolitik bei gleichzeitiger Konstruktion von sozialimperialistischen Ventilen.

[7:] 3. Erzeugung eines dem Expansions- und Kriegskurs gemäßen mentalen Massenverhaltens, das als bestialisch-rassistische Raubtierphilosophie die Implementierung von Vernichtungskonzepten gegen die „leistungsschwachen“ beziehungsweise als jüdisch stigmatisierten Schichten der eigenen Bevölkerung und gegen „Volksfremde“ im expandierenden „Großwirtschaftsraum“ ermöglichte.

4. Aufbau einer faschistischen Internationale unter deutscher Kontrolle, wobei der „Antikomintern-Kampf“ seit der deutschen Intervention im Spanischen Bürgerkrieg in ein Außenhandelsinstrument zur Beschaffung strategischer Rohstoffe gegen Kriegswaffen umgewandelt wurde.

5. Der expandierende „Großwirtschaftsraum“ verwandelte sich seit 1938 selbst in ein Kriegsmittel, um den inneren ökonomischen Raubbau durch äußere Raubzüge zu kompensieren und als Vorbedingung für den Übergang zur dritten Etappe des strategischen Plans das verfügbare Rüstungspotential über die begrenzten volkswirtschaftlichen Möglichkeiten des „Altreichs“ hinauszutreiben.

## **2. Handlungsverläufe und Kriseninterventionen auf den wichtigsten taktischen Ebenen**

Trotz dieser erstaunlichen Konvergenz der Expansions- und Kriegsprogrammatisierung aller Führungsschichten und Funktionseliten der NS-Diktatur können die realen Ereignisse und Schritte, die vom Dreistufenprogramm in den zweiten Weltkrieg führten, nicht linear aus diesen vernichterischen Kopfgenerationen erklärt werden. Zwischen ihnen und ihrer Durchsetzung lag der reale historische Prozeß mit seinen offenen Konstellationen und vielfältigen Entscheidungsvarianten. Zweifellos suchten die Führungsschichten und Funktionseliten der NS-Diktatur auf ihn mit ihren strategischen Vorstellungen intensiv einzuwirken, aber sie waren auch durch innere und äußere Widerstände und durch interne Ziel-Mittelkonflikte zu Modifikationen gezwungen. Im folgenden können nur die wichtigsten Bruchstellen zwischen den durch die Groß- und Lebensraumprogrammatisierung provozierten Krisenkonstellationen und Kriseninterventionen skizziert werden.

### **2.1. Negative Integration der Arbeiterklasse und Blockade der Klassenverhältnisse.**

Auch nach der Ausschaltung ihrer faschistisch-einheitsgewerkschaftlichen Utopien durch den Pseudo-Korporatismus der DAF blieb eine Minorität von erklärten NS-Anhängern innerhalb der Arbeiterklasse dem Regime loyal ergeben und bewirkte zusätzlich zum Repressionsapparat eine zunehmende [8:] Dissoziation zwischen politischem Arbeiterwiderstand und der breiten Masse der Lohnabhängigen. Diese Dissoziation kam aber erst nach einer Serie von Massenverhaftungen, die bis in das Jahr 1937 andauerte, zum Abschluß. Sie war für die Diktatur von elementarer Bedeutung, weil sie die Deutsche Arbeitsfront als Einfriedungsinstrument erst funktionsfähig machte und somit die entscheidende politische Voraussetzung für die Abkopplung von Löhnen, Lebensstandards und Binnennachfrage vom Hochrüstungszyklus darstellte.

Gleichwohl blieben proletarische Milieus erhalten, und nach der Zerschlagung einer sich in den Jahren 1935 bis 1937 über das gesamte Produktionsspektrum hinziehenden Streikwelle setzten sich in breiten Schichten der lohnabhängigen Bevölkerung informelle Verweigerungsreaktionen durch, die

die Arbeitsproduktivität deutlich unter das Niveau der vergleichbaren Industriestaaten senkten. Dieser unterschwellige „Klassenkampf ohne Organisation“ (Tim Mason) wurde durch den Übergang zur Vollbeschäftigung und die extreme Binnenmobilisierung der Arbeiterklasse (vom Land in die neuen rüstungsindustriellen Agglomerationszentren, von der Landwirtschaft über das Baugewerbe in die chemische Grundstoffindustrie und den metallverarbeitenden Sektor) begünstigt.

Um diesen labilen und unberechenbaren Zustand zu überwinden, wurden arbeiter- und sozialpolitische Kompensationsmaßnahmen eingeleitet, die im Verein mit wirtschaftsorganisatorischen Verwerfungen die zeitlichen Zielvorgaben der Aufrüstungsprogramme um zwei bis drei Jahre hinauszögerten. Es kam zu einer inneren Blockade der Klassenverhältnisse, die weder durch die Triumphe der „friedlichen“ Annexionen noch durch die sozialimperialistischen Vorgriffe und Verheißungen aus dem DAF-Archipel (gelenkter Massentourismus, „Sozialwerk des deutschen Volkes“) aufgebrochen werden konnten. Die vorweggenommene Kriegs-Arbeiter- und -Sozialpolitik ließ sich nur in verschleierte Form praktizieren: Der 1935 geführte Streit um die – schließlich unterlassene – Rationierung des Verbrauchs von Speisefetten durch die Einführung von Fett-Karten zeigt beispielhaft, wie deutlich den Machthabern die Kosten des Status quo mit den Lohnabhängigen bewußt waren.

Immer wieder reaktivierte die Blockade der Klassenbeziehungen das Novembertrauma der herrschenden Eliten von 1918. Die NS-Führung und die Generalität antworteten seit 1936/37 mit einer gewaltigen Ausweitung des präventiven Repressionsapparats (Verreichlichung der Gestapo im Sicherheitshauptamt der SS, Reorganisation und Ausbau der Spitzelsysteme der SS, der DAF und der Wehrmacht-Abwehr), aber auch mit exemplarischen Terrormaßnahmen gegen desintegrierte oder sich reorganisierende wider-[9:]ständige Segmente der Arbeiterklasse („Aktion Arbeitsscheu Reich“, Reorganisation und Ausbau der Gefangenen- und Konzentrationslager).

## **2.2. Grenzen des verfügbaren Wirtschaftspotentials**

NS-Deutschland war in den Vorkriegsjahren extrem kapitalarm und gegen das Ausland hoch verschuldet. Seine Zahlungsbilanz entsprach den Strukturen eines Entwicklungslands. Die 1933 sofort begonnene Aufrüstung brachte eine isolierte Binnenkonjunktur für Investitionsgüter und Produktionsmittel in Gang, führte jedoch zu keiner Stabilisierung der entscheidenden gesamtwirtschaftlichen Parameter. Dem Importsog standen weder die erforderlichen Deviseneinnahmen noch entsprechende Ausführüberschüsse gegenüber. Die Gold- und Devisenreserven waren bis Jahresmitte 1934 erschöpft. Es entwickelte sich eine strukturelle Devisenkrise, auf die die wirtschaftspolitischen Entscheidungszentren des Regimes mit einer Beschränkung der Importpolitik auf strategische Rohstoffe antworteten. Hinzu kam der innere Ressourcenverschleiß durch die Umschichtung der Investitionsstruktur auf Rüstungsgüter. Der zunehmende innere Raubbau konnte zwar fiskal- und geldpolitisch weitgehend verschleiert werden, indem Steuererhöhungen und Budgetumschichtungen mit Techniken der geräuschlosen Verschuldung durch getarnte Schatzwechsel kombiniert wurden, aber die fortschreitende Verknappung an Lebensmitteln und Konsumgütern ließ die wachsende Schere zwischen Geldzirkulation und Güterproduktion doch zunehmend sichtbar werden.

Unter diesen Rahmenbedingungen führten die Rüstungsprogramme zu einer einseitigen Expansion des Produktionsmittelsektors. Zugleich wurden dem Wirtschaftskreislauf immer mehr Produkte entzogen (Kriegsgeräte aller Art) oder zu extrem überhöhten Kosten in ihn eingeschleust (Schlüsselprodukte des Vierjahresplans). Alternativkonzepte, die die Drosselung dieses schon vor dem Krieg in Gang gebrachten kriegswirtschaftlichen Raubbaus anstrebten, wurden immer wieder verworfen, so etwa der Vorschlag zur Aktivierung des Außenhandels durch eine den weltwirtschaftlichen Trends folgende Abwertung der Reichsmark, die Verlangsamung der strategischen Rohstoffimporte und die begrenzte Ankurbelung der Konsumgüterindustrie. Statt dessen setzte ein immer umfassender organisiertes wirtschaftspolitisches Krisenmanagement ein, das zugunsten kurzfristiger Stabilisierungen die mittelfristigen Strukturfolgen verschlimmerte. Die saisonalen Sozial-, Finanz- und Außenwirtschaftskrisen bündelten sich schließlich zu einer Strukturkrise der Zahlungsbilanz, die das rüstungswirtschaftliche Akkumulationsmodell seit der Jahreswende 1937/38 schließlich insgesamt in Frage stellte.

[10:] Trotzdem ist die Bilanz der rüstungswirtschaftlichen Kriegsvorbereitung erstaunlich. Zwar kam es zu keiner nennenswerten Steigerung der Investitionsquoten, aber zu einer Umlagerung von zwei Dritteln des gesamten volkswirtschaftlichen Investitionsvolumens in den Rüstungssektor. Vor Kriegsbeginn waren etwa 70 Prozent der Lohnabhängigen direkt oder mittelbar in der Rüstungswirtschaft beschäftigt. Das Rüstungspotential absorbierte 1938/39 schließlich fast ein Viertel des Nationaleinkommens. Das extreme Ausmaß und das Tempo der deutschen Aufrüstung in den Jahren 1933/34 bis 1938/39 werden auch dadurch verdeutlicht, daß ihr Volumen in dieser Zeitspanne den Rüstungsanstrengungen der vier Länder Frankreich, Italien, England und USA zusammengenommen gleichkam.

### **2.3. Vom inneren Raubbau zum äußeren Raubkrieg: Der Vierjahresplan**

Der innere Raubbau erlangte mit dem im Herbst 1936 proklamierten Vierjahresplan seinen Höhepunkt und mündete zu Beginn des Jahres 1938 in wirtschaftspolitische Aktivitäten, die die strategischen Festlegungen der herrschenden Eliten auf die zweite Etappe, die territoriale Revision der durch den Versailler Vertrag festgelegten Grenzen unter Inkaufnahme begrenzter Kriege, zugleich als Instrument einer raubkapitalistischen Krisenüberwindung attraktiv machten. Aus volkswirtschaftlicher Perspektive war die Ersatzstoffproduktion unrentabel. Die innere Verschuldung durch die geräuschlose Rüstungsfinanzierung erreichte gigantische Ausmaße. Der überwiegend in bilateralen Verrechnungsabkommen abgewickelte Außenhandel war durch die Zahlungs- und Kompensationsschwierigkeiten der deutschen Kontraktpartner weitgehend gelähmt. Die mehr oder weniger offen in Zwangsanleihen umgewandelten Guthaben der Auslandsgläubiger ließen sich immer seltener zu Transaktionen außerhalb der Clearingsysteme mobilisieren. 1936/37 wurden schließlich substantielle Teile der deutschen Auslandsvermögen als letzte Devisenreserve aufgelöst. Der Rubikon zur Rekonsolidierung durch wie auch immer geartete Stabilisierungsprogramme war schließlich 1937/38 überschritten. Der Zyklus konnte nur noch durch die einseitige Zufuhr äußerer Kapital- und Vermögenswerte stabilisiert und verlängert werden. Dies war der Beginn der „friedlichen“ Aggressionen, die nun zum entscheidenden Instrument des ökonomischen Krisenmanagements wurden. Die Mechanismen des Wirtschaftskriegs wandelten sich zu Kriegsmitteln der territorialen Expansion und des Raubkriegs. Sie begannen sich aufgrund ihrer außenpolitischen Rückwirkungen immer stärker an das strategische Kriegsziel anzunähern.

[11:]

### **3. Die Krisenhöhepunkte als Schnittstellen zwischen Weltmachtstrategie, realem sozioökonomischem Prozeß und Krisenmanagement.**

Im folgenden sollen die drei wichtigsten Kulminationspunkte der Devisen-, Außenhandels- und Zahlungsbilanzkrise etwas genauer skizziert werden, denn die dabei von den herrschenden Eliten getroffenen Gegenmaßnahmen demonstrieren die Interdependenzen zwischen den realen sozioökonomischen Prozessen und den strategischen Festlegungen des Dreistufenprogramms von Hochrüstungs-, Grenzrevisions- und Weltmachtpolitik besonders deutlich.

#### **3.1. Die Devisenkrise 1934 und der „Neue Plan“ (August/September 1934)**

Im Verlauf des Frühjahrs 1934 waren die Gold- und Devisenreserven des Reichs, die 1933 noch mit etwa 300 Millionen ausgewiesen gewesen waren, fast vollständig erschöpft. Das von Hjalmar Schacht geleitete Reichsbankdirektorium ging im Juni 1934 zur Repartierung der ausländischen Zahlungsmittel über, denn nur noch zehn Prozent der geplanten Importe konnten mit Devisen ausgestattet werden. Im Juli 1934 proklamierte das Deutsche Reich ein endgültiges Moratorium für mittel- und langfristige Kredite. Noch einmal kam es zu einem Machtkampf zwischen den Exponenten der Schwer- und Grundstoffindustrie sowie den Agrariern auf der einen und den Lobbyisten der Konsumgüter- beziehungsweise Exportindustrie und Außenhandelsunternehmen auf der anderen Seite. Der Konflikt wurde schließlich im August 1934 durch das kompromißlose Insistieren der Wehrmacht auf den Vorrang strategischer Rohstoffimporte zugunsten der Schacht-Fronde entschieden.

Das nun folgende Krisenmanagement wurde mit den Insignien eines „Neuen Plans“ ausgestattet und propagandistisch überhöht. Es markierte den endgültigen Übergang der NS-Diktatur zum Wirtschaftskrieg, wobei die Schuldnerstellung des Reichs zur Waffe gemacht wurde. Die Wirtschafts-

und Rüstungsbürokratien beschränkten die Importe auf strategische Rohstoffe und teilten die dafür erforderlichen Devisen jetzt schon im Vorweg zu (sogenannte Vor-Repatriierung). Die bilateralen Verrechnungs- und Zahlungsabkommen wurden je nach der Verhandlungsstärke der Kontraktpartner mit gestaffelten Wechselkursrelationen ausgestattet und zu kurzfristigen Zwangsanleihen ausgebaut. Ergänzend dazu setzte ein systematisches Export-Dumping ein: Die auf deutschen Konten eingefrorenen Guthaben der Auslandsgläubiger wurden in Ressourcen der Exportsubventionierung um-[12:]gewandelt und zusätzlich auf Branchenebene binnenwirtschaftliche Umlagen zur Senkung der Exportpreise auf das Weltmarktpreisniveau eingeführt.

Zum „Neuen Plan“ gehörte aber auch die Entscheidung zur Entwicklung und Produktion von Ersatzrohstoffen („Deutsche Roh- und Werkstoffe“) im Büro des Wirtschaftsbeauftragten Hitlers, Wilhelm Keppler. Es wurde vereinbart, die Anlagen zur Benzinsynthese zügig auszubauen. Die Weichen zur Entwicklung und Produktion synthetischen Kautschuks (Buna) wurden gestellt. Der Textilindustrielle Hans Kehrl avancierte zum Sonderbeauftragten für die Erzeugung von textilen Ersatzrohstoffen (Zellstoff und Zellwolle). Parallel zu Kehrl startete Paul Pleiger umfangreiche Prospektionsarbeiten zur Förderung und Verhüttung von inländischen Eisenerzen.

### **3.2. Die Außenwirtschaftskrise 1936 und der „Zweite Vierjahresplan“**

Der „Neue Plan“ sicherte zunächst das eingeschlagene Maximaltempo der Aufrüstung und verbesserte zeitweilig die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Rüstungskonjunktur. Die seit 1935 aus den Warenhandelsüberschüssen erzielten Devisen reichten jedoch nicht aus, um den rasant weiter angestiegenen Importbedarf an Nahrungsmitteln, industriellen Fetten und Rüstungsrohstoffen zu befriedigen: Die Nahrungsmittel- und Fettkrise zwang Ende 1935 zur Mobilisierung der nationalen Getreidereserve. Trotzdem entstand bis Mitte 1936 eine neue Devisenlücke in Höhe von 500 Millionen RM. Ab Frühjahr 1936 waren einige strategische Rohstoffvorräte erschöpft. In wichtigen industriellen Verarbeitungssektoren, vor allem im Textilgewerbe, in der Metallverarbeitung und der Munitionsindustrie, wurde Kurzarbeit eingeführt. Die Devisenkrise hatte sich zur Außenwirtschaftskrise ausgeweitet und gefährdete den einseitigen binnenwirtschaftlichen Expansionsprozeß jetzt akut von der Rohstoffseite her.

Die bislang von der Hochfinanz unterstützte schwerindustrielle Fronde um Hjalmar Schacht forderte deshalb eine Streckung des Aufrüstungsprogramms. Sie verlor jedoch rasch ihren Rückhalt bei der Wehrmacht, bei den Magnaten der chemischen Grundstoffindustrie, bei wesentlichen Teilen der zur Rüstungswirtschaft transformierten Montanindustrie und der NS-Führung. Schacht wurde schrittweise entmachtet, und unter der Regie des preußischen Ministerpräsidenten und Reichsluftfahrtministers Hermann Göring begann eine neue Phase des Krisenmanagements. Anfang April 1936 wurde Göring als Rohstoff- und Devisenkommissar eingesetzt und zog die im Vollzug des „Neuen Plans“ entstandenen Sonderinstitutionen an sich. Im September 1936 folgte seine Ernennung zum Beauftragten für den Vierjah-[13:]resplan. Trotz der sich auftürmenden Krisenerscheinungen sollte Göring die Volkswirtschaft innerhalb von vier Jahren kriegsfähig machen. Es entstand eine neuartige Symbiose von Wirtschaft, NS-Führung und Teilen des wehrwirtschaftlichen Planungsapparats der Wehrmacht oberhalb der bisherigen Strukturen der behördlichen Wirtschaftslenkung.

Das Krisenmanagement der Vierjahresplanbehörde setzte einige neue Akzente, indem es den staatlichen Repressionsapparat verstärkt zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Vorgaben mobilisierte und die NS-Ökonomie noch intensiver als bisher in eine „kämpfende Volkswirtschaft“ verwandelte, die mehr denn je von den – bislang nur zu Kriegszeiten üblich gewesen – Instrumenten des Wirtschaftskriegs Gebrauch machte. Die wirtschaftspolitischen Prinzipien des „Neuen Plans“ selbst blieben unangetastet. Jedoch vollstreckten die um Göring versammelten Technokraten das von den Magnaten der „Harzburger Front“ vorgegebene strategische Szenario unter drastisch verschlechterten binnen- und außenwirtschaftlichen Bedingungen. Sie gingen deshalb in vielen Operationsbereichen zu einem brutalen Pragmatismus über. In der Konfrontation mit immer ungünstigeren sozioökonomischen Rahmenbedingungen zählte nur noch der kurzfristige Erfolg, während die Sanierung der dabei erzeugten strukturellen Flurschäden auf die Zeit nach den siegreich beendeten Revisions- und Expansionskriegen vertagt wurde.

Im Vordergrund des Geschehens stand die forcierte Devisenbeschaffung durch Erfassungs- und Zwangsumtauschoperationen im Inland. Die Vorenthaltung von ausländischen Zahlungsmitteln und Wertpapieren wurde je nach dem nachgewiesenen Ausmaß mit drakonischen Strafen bis hin zur Todesstrafe belegt. Göring gründete im Dezember 1936 ein eigenes Devisenfahndungsamt und unterstellte es der Aufsicht des Chefs des SD-Hauptamts Reinhard Heydrich. Im Kontext dieses verschärften Vorgehens „entdeckten“ die im Auftrag der Vierjahresplanbehörde agierenden Spezialisten der Devisenstellen, Zollämter und SD-Leitabschnitte die vermögenden Schichten der durch die Nürnberger Rassengesetze zu Juden stigmatisierten Gesellschaftsgruppe als zusätzliche Revenuequelle. Sie begannen sie als wehrlose „Devisenbringer“ zu betrachten, die man einerseits mehr oder weniger massiv zur Auswanderung zwang und ihnen andererseits im richtigen Augenblick den Zugang zu ihren Konten und Wertpapierdepots durch entsprechende „Sicherungsanordnungen“ sperrte. Zusätzlich kam es zur geheimen Mobilisierung der in deutscher Hand befindlichen Auslandseffekten durch die Reichsbank, die bis Sommer 1937 an ausländischen Valuta 780 Millionen Reichsmark einbrachte. Die „Geschäftsgruppe Devisen“ avancierte – konträr zum gegenwärtigen Forschungsstand – zum wichtigsten Tätigkeits-[14:]feld der Vierjahresplanbehörde und faßte alle schmutzigen Operationen des nun auch noch innen ausgreifenden Wirtschaftskriegs zusammen.

Hinzu kamen Versuche zur betriebswirtschaftlichen Effizienzverbesserung der Rüstungswirtschaft, Kampagnen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Einfrierung von Reallöhnen und Lebensstandard durch den Rückgriff auf zunehmend unfrei gebundene Arbeitsverhältnisse. Im Gegensatz zur Devisenpolitik sind die Aktivitäten des Reichskommissars für die Preisbildung, der Geschäftsgruppe Ernährung und der Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz der Vierjahresplanbehörde in der bisherigen Forschung umfangreich gewürdigt worden. Die Ergebnisse ihres Agierens gegen immer gravierender gewordene Engpässe können entsprechend als bekannt vorausgesetzt werden.

Darüber hinaus wurde die Verteilung der im Zusammenspiel von Devisen- und Überwachungsstellen kontingentierten Rohstoffimporte zentralisiert. Der außenwirtschaftliche Wirtschaftskrieg erfuhr durch den Aufbau von Monopolgesellschaften zum Export von Kriegsgerät gegen den Bezug strategischer Rohstoffe aus Kuomintang-China, Spanien und Lateinamerika eine weitere Zuspitzung. Komplementär dazu forcierte die Vierjahresplanbehörde die Entwicklung und Produktion von strategisch wichtigen Ersatzstoffen für die motorisierte Kriegführung, die weitgehend zu einer Domäne der I. G. Farbenindustrie AG wurde (Synthesebenzin und Mineralöle, Schmierstoffe, Leichtmetalle, Spreng- und chemische Kampfstoffe).

Die Effekte waren zweifellos beträchtlich, denn das dem strategischen Dreistufenprogramm verpflichtete Krisenmanagement gewann nun in der Konfrontation mit den deutlich sperriger gewordenen sozioökonomischen Realitäten System. Gleichwohl war es von einer gesamtwirtschaftlichen Ressourcenverteilung und Produktionslenkung noch weit entfernt und wies nach wie vor erhebliche Reibungsverluste und Mängel auf. Trotz des zunehmenden Ineinandergreifens seiner innen- und außenwirtschaftlichen sowie finanz- und produktionspolitischen Parameter vermochte das den Aktivitäten der Vierjahresplanbehörde zugrundeliegende Programm die immer größer gewordene Kluft zwischen dem zur Verfügung stehenden volkswirtschaftlichen Potential und den Rüstungszielen nicht zu überbrücken.

### **3.3. Die Zahlungsbilanzkrise an der Jahreswende 1937/38 und der Übergang zum Raubkrieg**

Zur Zeit der Jahreswende 1937/38 schlug die seit 1935 positiv gewordene Warenhandelsbilanz als wichtigste Devisenquelle des deutschen Zahlungsverkehrs wieder in ein Negativsaldo um. Die Instrumente der [15:] Exportoffensive waren trotz der Ausweitung des Rüstungshandels und der Dumpingmaßnahmen erschöpft. Die Mobilisierung der in privater Hand befindlichen inneren Devisenreserven konnte nicht wiederholt werden und schlug sich zusätzlich negativ im Verschwinden der ausländischen Dividenden- und Zinseinkünfte in der Zahlungsbilanz nieder, so daß das Regime jetzt endgültig mit einem unlösbaren Devisenengpaß konfrontiert war, der Ende 1937 in mehreren Dokumenten auf etwa 600 Millionen RM beziffert wurde. Erneut schmolzen die Vorräte an strategischen Rohstoffen (Eisenerze, Nichteisenmetalle, Erdöl, Kautschuk) dahin, ohne daß die Ersatzstoffe des Vierjahresplans schon in nennenswertem Ausmaß zur Verfügung gestanden hätten. Aber auch

die Abhängigkeit von Lebensmitteleinfuhren wuchs im Gefolge von Landflucht und Agrarstagnation beständig, während sich in der Rüstungswirtschaft eine markante Überlastung der Kapazitäten bei dramatisch zugespitztem Arbeitskräftemangel bemerkbar machte. Der Binnenzyklus hatte insgesamt den Zenit der Expansion erreicht und wirkte äußerlich stabil. Aber seine Fundamente gerieten ins Wanken, und den Führungsgremien der Vierjahresplanbürokratie war dies in aller Deutlichkeit bewußt. Die gesellschaftlichen und politischen Risiken eines Kurswechsels, der unweigerlich zu offenen Inflationserscheinungen und zur Massenarbeitslosigkeit geführt hätte, waren trotz der Ausschaltung der letzten Reste des organisierten Arbeiterwiderstands nicht kalkulierbar. Dies erleichterte es den Entscheidungsträgern, trotzdem an dem mit dem strategischen Kriegsziel verknüpften Hochrüstungs- und Vollbeschäftigungskurs festzuhalten und von den bisher entwickelten Methoden des inneren und äußeren Wirtschaftskriegs zum Raubkrieg fortzuschreiten. Da die dafür erforderlichen militärischen Kriegsmittel aber noch keineswegs ausreichend zur Verfügung standen, mußte die territoriale Expansion zwar militärisch abgesichert, aber wesentlich mit Hilfe diplomatisch verkleideter Drohgebärden, wirtschaftspolitischer Erpressungsmanöver und „volkstumpolitischer“ Gewaltmethoden durchgesetzt werden.

In dieser Situation entschieden sich die Technokraten der Vierjahresplanbehörde im Januar/Februar 1938 zum Überschreiten des Rubikon. Das erste Objekt ihrer Begierde war Österreich, das infolge einer rigoros durchgehaltenen Deflationspolitik enorme brachliegende Wirtschaftskapazitäten aufwies und über überproportional große Gold- und Devisenreserven verfügte. Ein seit längerem parapiertes Schubladenprogramm zur wirtschaftlichen Penetration Österreichs wurde von Göring zu einem Zoll- und Währungsunions-Projekt zugespitzt und, als sich der Kanzler des „Ständestaats“ Österreich im letzten Augenblick mit Hilfe einer Volksabstimmung aus der Schlinge zu ziehen suchte, mit militärischer Gewalt vollstreckt.

[16:] Diese unblutigen Annexionsschritte sollten sich bis zur Ausweitung der NS-Aggressionspolitik zum europäischen Krieg mehrfach wiederholen, um die durch die territoriale Expansion erzwungene Zufuhr äußerer Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitskraftressourcen Zug um Zug zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Fundamente des Kriegsziels, des unter deutscher Vorherrschaft endlich „blockadefest“ gewordenen und zum Zermübungskrieg um die Weltmacht befähigten „kontinentaleuropäischen Großwirtschaftsraums“, zu nutzen.

Dabei wurden die währungs- und wirtschaftspolitischen Annexionsinstrumente systematisch weiterentwickelt und in den Dienst der strategischen Option gestellt. In Österreich gelang die Aneignung von Gold- und Devisenreserven im Gegenwert von etwa 1,6 Milliarden Reichsmark, die sich in öffentlicher und privater Hand befanden. Im Oktober 1938 wurden parallel zur verkehrs- und energiepolitischen Enthauptung der Tschechoslowakei die Bank- und Finanzinstitutionen der sogenannten Sudetengebiete von ihrem Prager Finanzzentrum abgetrennt. Beim Einmarsch in Prag im März 1939 erbeuteten die deutschen Devisenfahndungskommandos nochmals Gold- und Devisenbestände in Höhe von etwa 600 Millionen Reichsmark.

Von entscheidender Bedeutung war jedoch die Währungspolitik, denn erst sie machte die Annexionsprozesse irreversibel. Bei allen territorialen Einverleibungen der Jahre 1938/39 wurde eine um 30 bis 35 Prozent überhöhte Relation der jeweiligen Landeswährung zur Reichsmark angesetzt, um die außenwirtschaftlichen Beziehungen des annektierten Territoriums sofort in die Hand zu bekommen und seine Waren- und Kapitalmärkte schlagartig für die Unternehmen der Annexionsmacht zu öffnen. Im Fall Österreich genügte dafür eine Aufwertung des Schilling um 30 Prozent. Da die Zerstückelung der Tschechoslowakei in mehreren Etappen ablief, operierte die auch in dieser Frage federführende Vierjahresplanbehörde mit einem Aufwertungssatz der tschechischen Krone von 35 Prozent, der nicht nur für die Sudetengebiete und das „Protektorat Böhmen und Mähren“ galt, sondern auch bei der Festlegung des Wechselkurses der Währung des gerade proklamierten slowakischen Satellitenstaats zur Reichsmark zugrundegelegt wurde.

Ausgehend von diesen finanz- und währungspolitischen Akutmaßnahmen setzten dann die wirtschaftspolitischen Eingriffe in die gewerbliche Wirtschaft ein. Die Forschung hat ihnen – im Gegensatz zu

den bislang stark vernachlässigten monetären Aspekten – erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet, so daß auch hier wieder einige zusammenfassende Stichworte genügen. Durch Rationalisierungs- und Stilllegungsmaßnahmen wurde das Produktionspotential in seiner ganzen Breite umstrukturiert und im Wechselspiel zwischen gesamtwirtschaftlichen Lenkungsagenturen und privatunternehmerischen Übernahmekampagnen in das deutsche Rüstungspotential einverleibt. Da-[17:]bei wurden auf allen Interventionsebenen die „Arisierungen“ als entscheidende Einbruchstellen und Katalysatoren entdeckt, und die erstmalig am „Modellfall Österreich“ durchexerzierten Praktiken machten nicht nur in den nachfolgenden Annexionsszenarien Schule, sondern wurden auch seit April 1938 zur forcierten „Entjudung der Wirtschaft“ in das sogenannte Altreich zurückexportiert. Die Umstellungsmaßnahmen selbst wurden in solchen Sektoren besonders intensiv vorangetrieben, die die Kompensation von ausgesprochenen Engpässen der Vierjahresplanprogramme versprachen, und dadurch kam es in den annektierten Territorien zu Schwerpunktinvestitionen in die wichtigsten Sektoren der Grundstoff- und Rüstungsindustrie.

Nach dem bisherigen Selbstverständnis endete die Phase der „unblutigen“ Annexionen am 1. September 1939 mit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen. Diese Datierung hat zweifellos deshalb ihre Berechtigung, weil zum erstenmal eine Nation erbitterten militärischen Widerstand gegen die deutschen Invasoren leistete. Andere Parameter des gewalttätigen Zugriffs waren jedoch noch eindeutig dem Ziel verpflichtet, das Aggressionsobjekt so zuzurichten, daß es mit seinen entsprechend geeigneten volkswirtschaftlichen Ressourcen die Kluft zwischen den noch immer extrem beschränkten geo- und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen und der angestrebten dritten Etappe des strategischen Expansionsprogramms zu überbrücken half. Die gemeinsam mit der Sowjetunion praktizierte vierte Teilung Polens führte denn auch zur direkten Einverleibung der wichtigsten polnischen Wirtschaftszentren in den Zoll- und Währungsbereich der NS-Diktatur. Das Bergbau- und Industriezentrum Oberschlesien, die Textilregion Łódź und die „Kornkammer“ Posen gelangten im Wechselspiel zwischen einer eigens dafür eingerichteten Vermittlungsagentur, der Haupttreuhandstelle Ost, und der Privatwirtschaft in kürzester Frist in deutsche Hand und wurden in die Kriegswirtschaft der NS-Diktatur einverleibt, während das Generalgouvernement als Deportations- und Zwangsarbeiterreservoir zu fungieren begann. Nach dem heutigen Stand der Forschung war somit auch die Zerstückelung und Einverleibung der wichtigsten Wirtschaftszentren Polens in das deutsche Rüstungspotential noch Teil des wirtschaftspolitischen Kriegsmittels der zweiten Etappe: Ein neuerlich geöffnetes „taktisches Fenster“ auf dem Weg zur großraumwirtschaftlichen Ressourcenaneignung für den globalen Entscheidungskrieg, der aus der Sicht der NS-Strategen geführt werden mußte, bevor die herausgeforderten Großmächte nachgerüstet hatten. Bekanntlich gelang die fünfte Teilung Polens jedoch nur vom Osten, nicht aber vom Westen her. Die diplomatisch, „volkstumpolitisch“, propagandistisch und wirtschaftspolitisch betriebene Isolierung Polens war nur teilweise gelungen, wenngleich sich Frankreich und England bis zum deutschen Angriff auf Norwe-[18:]gen und dann auf Westeuropa im April/Mai 1940 auf eine formale Kriegserklärung beschränkten und die Zerstörung und Zerstückelung Polens durch die Deutschen zunächst hinnahmen. Der Überfall auf Polen markiert somit nur eine Periode des Übergangs der NS-Aggressionen zum europäischen Krieg, aus der Perspektive der deutschen herrschenden Eliten gehörte er jedoch noch ganz jener Expansionsphase an, in der das wirtschaftspolitische Potential unter Umgehung einer vorzeitigen Konfrontation mit den Großmächten durch außenwirtschaftliche Ressourcenbeschaffung zu optimieren gesucht wurde.

### **3.4. Ergebnisse**

Beim Durchdenken der Ergebnisse der historischen Forschung und einiger neuer Quellenfunde über die Vorgeschichte und Geschichte der „friedlichen“ Aggressionen vom März 1938 bis Anfang September 1939 bzw. April/Mai 1940 sollten folgende Erkenntnisse besonders festgehalten werden:

a) Der Eskalationscharakter des Einsatzes von ökonomischer und außerökonomischer Gewalt zur Durchsetzung des wirtschafts- und machtpolitischen Herrschaftsprogramms der deutschen Eliten. In der ersten Phase starteten die deutschen Führungsschichten unter der Regie der von Schacht repräsentierten „Harzburger Front“ einen außenhandelspolitischen Wirtschaftskrieg, um den mit den übrigen Machtgruppen der NS-Diktatur vereinbarten binnenwirtschaftlichen Hochrüstungskurs

gegen die Verwerfungen des weltwirtschaftlichen Depressionszyklus abzusichern. Seit dem Sommer 1936 kombinierte die Vierjahresplanbehörde in der zweiten Etappe den weiter radikalisierten Außenhandelskrieg mit ausgeprägten binnenwirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen, die zu einem extremen Ressourcenverschleiß führten und folgenreiche Enteignungsoperationen gegen die zu Juden stigmatisierte Bevölkerungsgruppe einleiteten. Darauf folgte ab März 1938 die dritte Etappe. Sie verband unter dem Schutz der noch keineswegs operationsfähigen Wehrmacht territoriale Expansions Schritte mit der wirtschafts-, währungs- und bevölkerungspolitischen Aneignung äußerer Ressourcen, um dadurch den endogen nicht mehr funktionsfähigen Akkumulationstyp raubkapitalistisch abzusichern. Erst seit dem September 1939 waren ausgedehnte Kriegshandlungen Voraussetzung der weiteren Expansion, blieben aber zunächst weiter auf regionale Szenarien begrenzt.

b) Gewalt als innere und äußere Komponente der wirtschaftspolitischen Krisenintervention. Die saisonalen Krisen des deutschen Akkumulationstyps der Vorkriegsjahre waren hausgemacht. Sie entstanden dadurch, daß die ökonomischen Barrieren zur Durchsetzung des dreistufigen Revisions- und Expansionsprogramms immer höher wurden und nur noch durch immer [19:] wirksamere innere („Arisierungen“) wie äußere Gewaltmaßnahmen (militärische Besetzung der Nachbarländer nach vorausgegangener diplomatisch-propagandistischer Isolierung) überwunden werden konnten. Die Gewalttätigkeit folgte somit den Kriterien der instrumentellen Vernunft und wurde im diplomatischen, militärischen, wirtschaftspolitischen und volkstumspropagandistischen Zusammenspiel der Führungsschichten der NS-Diktatur gezielt eingesetzt.

c) In allen Eskalationsphasen formierten sich systemimmanente Kritiker, die entweder alternative Wirtschaftskonzepte vertraten (so die hanseatischen Kaufleute als pressure group der außenwirtschaftlich engagierten Kapitalgruppen 1934) oder aber eine Prolongation der Aufrüstungsetappen forderten, um sie mit den realen wirtschaftspolitischen Möglichkeiten besser abzustimmen und unumkehrbar werdenden Konstellationen auszuweichen (Schacht 1936, ein Teil der Generalität in der sogenannten Sudetenkrise 1938). Dies führte aber keineswegs zu einer Distanzierung vom anlässlich der politischen Machtübergabe an die Nazis vereinbarten Langzeitziel, einem weltmachtfähigen „Großraumwirtschaftsblock“ mit seinen „Ergänzungsräumen“ in „Eurasien“ bzw. „Eurafrika“. Gleichwohl kam es zu bedeutenden Machtverschiebungen innerhalb des jeweils dominierenden Herrschaftskartells, bis sich schließlich die Hauptprofiteure von Hochrüstung und Kriegsvorbereitung, die chemische Grundstoff- und die Rüstungswirtschaft in ihrer immer größer werdenden Bandbreite, endgültig zusammen mit der wirtschaftspolitisch engagierten Hasardeur-Fraktion der NS-Bewegung und der Wehrmacht durchsetzten.

d) Die bedeutsamsten Opponenten gegen diesen fatal gewalttätigen Ausbruch aus der immer unlösbarer gewordenen Kluft zwischen wirtschaftspolitischer Strategie und realen ökonomischen Möglichkeiten waren jedoch nicht die jeweils unterlegenen Fraktionen der Machteliten, sondern die lohnabhängigen Massen. Obwohl es der NS-Diktatur gelang, die widerständigen Organisationsansätze von der Arbeiterklasse zu trennen und weitgehend zu vernichten, und obwohl sie die lohnabhängige Bevölkerung vorbeugend in der pseudo-korporatistischen Zwangsorganisation „Deutsche Arbeitsfront“ eingefriedet und mit entsprechenden sozialimperialistischen Ventilen konfrontiert hatten, bekamen die herrschenden Eliten die Klassenverhältnisse nicht vollständig unter Kontrolle. Unter dem Eindruck einer konsumfeindlich gespaltenen Konjunktur und eines relativ zu den Arbeitsleistungen stagnierenden Lebensstandards verbreiteten sich die Mentalitäten informeller und weitgehend individualisierter Vermeidungs- und Fluchtreaktionen, die von den NS-Machthabern als Loyalitätskrise und mögliche Vorboten größerer sozialer Revolten wahrgenommen wurden. Möglicherweise war dies eine [20:] durch das Trauma der Novemberrevolution induzierte Überschätzung der Lage, denn die innenpolitische Überwindung der NS-Diktatur hielten seit 1936/37 nicht einmal mehr die Restkader der Arbeiterbewegung für möglich und setzten auf eine rasche Niederlage im kommenden Krieg. Dessen ungeachtet wurden dadurch die Effekte der vorweggenommenen Kriegssozialpolitik deutlich verwässert und die sozioökonomischen Umverteilungsmechanismen zugunsten der Kriegsvorbereitung planungswidrig begrenzt. Jedoch wurde der Kriegsbeginn dadurch nur hinausgezögert und erhielt die hier untersuchte Phase der „friedlichen“ Aggressionen vorgeschaltet. Denn die innenpolitische Blockade trug im

Verein mit den außenwirtschaftlichen Barrieren wesentlich zu der um die Jahreswende 1937/38 gefällten Entscheidung der Führungsgruppen der NS-Diktatur bei, den gordischen Knoten zu durchschlagen und unter Vermeidung größerer militärischer Auseinandersetzungen zur raubkapitalistischen Stabilisierung des an seine Grenzen gestoßenen Akkumulationstyps fortzuschreiten.

e) Alles in allem folgte die Radikalisierung der Handlungsabläufe einer bemerkenswerten Dynamik. Je mehr sich die nichtmilitärischen Expansionsschritte in der zweiten Etappe dem Endziel des Hochrüstungskurses annäherten, desto stärker verloren die „normalen“ sozial- und wirtschaftspolitischen Handlungsalternativen an Gewicht. Die Vordenker und Akteure der NS-Expansionsstrategie waren nämlich zunehmend mit dem Dilemma konfrontiert, daß sie die zurückgestauten Krisenprozesse bei der nächsten Krisenintervention in potenziert Form wieder freisetzen und schließlich in eine vom NS-System nicht mehr aufzufangende Systemkrise hineingerieten. Dabei verschwanden auf allen Ebenen der Herrschaft – Wirtschafts- und Sozialpolitik, innere Repression, aber auch mentale Repräsentationen und Symbolpraktiken – zunehmend die Struktur- und Handlungselemente der Klassengesellschaft, die der NS-Diktatur voraufgegangen waren. Insofern wurde das Kriegsmittel, die immer gewalttätiger gegen alle inneren Widerstände und Verwerfungen verfochtene Expansion zum „Großwirtschaftsraum“, immer stärker mit dem Ziel identisch. Die realen Handlungsalternativen verschwanden zunehmend im Prozeß der Aufhebung des raubkapitalistischen Kriegsmittels im imperialistischen Kriegsziel.

#### **4. Weiterführende Fragestellungen und Forschungsprobleme**

Der bis hierhin verfolgte analytische Kontext verweist nicht nur auf noch immer erhebliche Erkenntnisdefizite in der bisherigen Forschung, er eröffnet auch ein „strategisches Fenster“ zur Formulierung methodisch interessanter [21:] neuer Fragestellungen. Auf einige mir besonders wichtig erscheinende Problemfelder möchte ich in diesem letzten Abschnitt eingehen.

##### **4.1. War der Raubkapitalismus der NS-Diktatur eine besondere Variante oder eine anomische Entgleisung der kapitalistischen Gesellschaftsformation?**

Ich habe die Art, in der die NS-Eliten den von ihnen in Gang gebrachten Akkumulationstyp durch die gewaltsame Mobilisierung äußerer Ressourcen aufrecht erhielten, als Raubkapitalismus bezeichnet. Mit diesem Begriff möchte ich keineswegs provozieren, sondern einen Beitrag dazu leisten, daß unsere Köpfe für weitergehende Forschungsfragen und Erkenntnisschritte hinsichtlich der Geschichte der NS-Diktatur frei werden. Der Begriff ist im übrigen auch keineswegs neu. Deutsche Emigranten haben ihn schon als Zeitgenossen der hier verhandelten historischen Prozesse vorgeprägt: Norbert Mühlen kam ihm in seiner Auseinandersetzung mit den Wirtschaftskriegstechniken Schachts recht nahe, Alfred Sohn-Rethel umkreiste ihn in seinen Aufzeichnungen über den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag und den Vierjahresplan, und Franz Neumann thematisierte ihn ansatzweise in seinen Untersuchungen über die zunehmende Symbiose zwischen Nazis und Wirtschaft bei der Herausbildung technokratisch-großraumwirtschaftlicher Konzernkonglomerate. Der empirische Befund war dabei verständlicherweise lückenhaft, und es mangelte auch nicht an Fehldeutungen. Dennoch sollten wir hier neu ansetzen und eine Theoriedebatte eröffnen, bevor wir endgültig angesichts der Massenhaftigkeit der rekonstruierten historischen Einzeltatbestände den Überblick verlieren. Es gibt jedenfalls zu denken, daß deutsche Emigranten die Logik des Raubkapitalismus der NS-Diktatur aufzuspüren begannen, kaum daß er die historische Bühne betreten hatte, während sich 60 Jahre danach seriöse und durch ihre Detailstudien ausgewiesene Historiker weigern, derartige methodenorientierte Fragen zur Debatte zuzulassen. Ausgehend von den Überlegungen der wirtschaftswissenschaftlich versierten Emigranten und dem inzwischen angesammelten historischen Wissen wird jedenfalls künftig zu klären sein, ob die Stabilisierung des nationalsozialistischen Akkumulationstyps durch die gewaltsame Zufuhr externer Ressourcen eine spezifische Variante der kapitalistischen Gesellschaftsformation darstellte – oder ob sie den Beginn eines vernichterischen Formationswandels markierte, der durch ein zweites externes Ereignis, nämlich die Intervention der alliierten Mächte, gestoppt wurde.

[22:]

## **4.2. Die mentalen Strukturen des Raubkapitalismus: Raubtierphilosophie und Bestialismus als Voraussetzung der Entfesselung außerökonomischer Gewalt zu ökonomischen Zwecken**

Auch hier können wir auf erste Analysen der Emigration zurückgreifen, beispielsweise auf Hans Günther, aber auch auf die zeitgenössischen französischen Historiker im Umfeld der Zeitschrift „Annales“, und sie mit neuen Forschungsergebnissen verknüpfen. Der Eindruck verdichtet sich, daß es quer durch alle Lager der Führungsschichten und Funktionseleiten der NS-Diktatur einen mentalen Konsens zur bewußten Freisetzung vernichterischer Gewaltpotentiale gegeben hat, der durch die kollektiven Biographien ihrer Generation geprägt war. Mit dem Begriff „Rassismus“ ist dieser Verhaltenskodex nur höchst unzulänglich beschrieben und weist eher auf die kollektive Regression zu bestialisch-animalistischen Verhaltensweisen hin. Ich kann hier nur einige Stichpunkte in die Diskussion werfen, um einige mentale Voraussetzungen raubkapitalistischen Entscheidungsverhaltens konkreter zu fassen.

– *Bevölkerungsökonomie*: „Nahrungsspielraum = Volkszahl x Lebenshaltung“. Susanne Heim hat nachgewiesen, daß diese groteske Formel eine brutal vereinfachte Matrix darstellte, in der sich ausgefeilte Konzepte zur ökonomisch-politischen Neuordnung geschlossener Territorien durch Bevölkerungsverschiebungen widerspiegelten. Die bevölkerungsökonomische Faustformel war Teil einer kollektiven Planungsfigur, die von den Vordenkern der Wehrmacht-Abwehr über die Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilungen der Großunternehmen und die Habilitanden der „Volkstumsgeschichte“ bis zu den Landwirtschaftsplanern der Vierjahresplanbehörde und den Referenten in den „Umvolkungsstäben“ der SS benutzt wurde. Sie verband die strategische Zielprojektion des „kontinentaleuropäischen Großwirtschaftsraums“ mit Modellen einer vernichterischen „Dissimilation“ unterworfenen Bevölkerungen und überhöhte sie zur Vision eines tausendjährigen „großgermanischen Weltreichs“.

– *Die Wehrwirtschaftslehren des Otto Donner und der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft der Vierjahresplanbehörde*: „Staatsbedarf (für Rüstung) = Bruttosozialprodukt minus Lebensstandard“. Diese Gleichung legitimierte die Perspektive, die volkswirtschaftliche Güter- und Wertschöpfung fast unendlich, nämlich bis zum Erreichen des absoluten Existenzminimums der beherrschten Bevölkerung, auszudehnen. Zusammen mit der bevölkerungsökonomischen Faustformel gab sie den Entscheidungsträgern Denkmuster in die Hand, die die raubwirtschaftlichen Spielräume ihres Krisenmonage-[23:]ments mit extrem brutalisierten Dimensionen „totaler“ innerer wie äußerer Kriegführung kombinierten.

– *Ökonomisierung des Antisemitismus*: Als sich Götz Aly und andere auf dieses Terrain der historischen Hypothesenbildung begaben, begingen sie einen Tabubruch, der bis dahin praktisch für alle geschichtswissenschaftlichen Denkrichtungen gegolten hatte. Die Evidenz der Quellen hat sich inzwischen so weit verdichtet, daß wir mit Sicherheit von einer gezielten Instrumentierung des Rassenantisemitismus für das hier thematisierte Wechselspiel von wehrwirtschaftlicher Strategie und Taktik ausgehen können. In dieser entsetzlichen Funktionsbestimmung war der zur Staatsdoktrin erhobene Antisemitismus Objekt eines besonders hinterhältigen Kriegs innerhalb des stufenweise eskalierenden Wirtschaftskriegs. 1937 begann im Rahmen der Mobilisierung der in privater Hand noch verfügbaren Devisenreserven die Ausplünderung der zu Juden stigmatisierten Gesellschaftsschichten innerhalb des Reichsgebiets. Sie wurde darüber hinaus bei der Annexion Österreichs erstmalig als Instrument der forcierten wirtschaftspolitischen Neuordnung erprobt und im Herbst 1938, im Anschluß an die erste Phase der Zerstückelung der Tschechoslowakei, unter der Regie des Beauftragten für den Vierjahresplan zu einem Szenario des inneren Raubkriegs radikalisiert, der eine ganze Gesellschaftsschicht schlagartig pauperisierte und in „Luftmenschen“ verwandelte. Auch diese innere Seite wurde von den Führungsschichten und Funktionseleiten in ihrer ganzen Breite mitgetragen und gegen die „wirtschaftsschädigenden“ Vendetta-Bestrebungen ihrer kleinbürgerlichen Anhängerschaft durchgesetzt. Auf diesem besonderen Gebiet der Devisen- und Ordnungspolitik der Vierjahresplanbehörde sind noch intensive Forschungen zu leisten.

## **4.3. Der Weg des deutschen Raubkapitalismus in den zweiten Weltkrieg und die Rolle des Kriegs in den langen Wellen der kapitalistischen Entwicklung**

Seit etwa 20 Jahren stößt die Beziehung zwischen Krieg und Ökonomie auf das zunehmende Interesse von Theoretikern, die sich mit dem Phänomen der 30 bis 40 Jahre anhaltenden Expansions- und

Kontraktionszyklen des kapitalistischen Weltsystems auseinandersetzen (sogenannte lange Wellen der Weltwirtschaft). Sie fragen vor allem, inwieweit – und, wenn ja, wie – der Krieg auf diese stoßartige Periodizität der wirtschaftlichen Entwicklung Einfluß nimmt. Ernest Mandel ging pauschal davon aus, daß Faschismus, zweiter Weltkrieg und kalter Krieg als exogene Faktoren des Wirtschaftsaufschwungs gewirkt hätten, weil sie die Arbeiterorganisationen liquidierten, eine epochale Senkung der Reallöhne ermöglichten, dadurch die große [24:] Depression beendeten und zu einer lang anhaltenden Phase der Kapitalakkumulation überleiteten. Kindleberger modifizierte diese These und verwies auf die besondere Unterwürfigkeit der Arbeiterklasse der geschlagenen faschistischen Länder in der unmittelbaren Nachkriegszeit als Voraussetzung einer neuen Wachstumsphase. Dagegen argumentiert Joshua Goldstein zyklusübergreifend: Für ihn besteht der Unterschied zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg darin, daß der erste in einer Periode außergewöhnlicher Prosperität begann, während der zweite aus einer massiven Stagnation herausführte und auf diese Weise als Quasi-Umkehrung des ersten Weltkriegs die große Depression umrahmte. Seine statistischen Verifikationsversuche enden allerdings mit dem Jahr 1935, weil, so Goldstein, die ökonomische Spezifik des Übergangs zum zweiten Weltkrieg noch nicht geklärt sei. Hier könnte der Begriff Raubkapitalismus weiterführen. Die raubwirtschaftliche Praxis der NS-Diktatur setzte einen rüstungsinduzierten Boom des Produktionsmittelsektors fort, indem sie ihm äußere Ressourcen zuführte, um diesen deformierten Akkumulationstyp zu stabilisieren und nach der Beendigung des Kriegs zu einem gesamtwirtschaftlich ausgeglichenen Rekonstruktions- und Wachstumsprozeß überzuleiten. Wenn diese Annahme zutrifft, dann war der 1937/38 begonnene und bis in die letzten Kriegswochen praktizierte deutsche Raubkapitalismus trotz der durch die Niederlage von 1945 bedingten Zäsur eine effiziente Methode zur Depressionsüberwindung, die auf dem europäischen Terrain das *take off* zum Kondratieff-Zyklus von 1948 bis 1973 ermöglichte.

#### **Literaturverzeichnis (Auswahl)**

Aly, Götz / Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991.

Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978 (Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der Österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938, Bd. 7), München 1981.

Boelcke, Willi A.: Deutschland als Welthandelsmacht 1930-1945, Stuttgart – Berlin – Köln 1994.

Buchheim, Christoph: Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des zweiten Weltkriegs. Ein Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft. Dokumentation, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte, 34 (1986), H. 1, S. 117-145.

Debate: Germany, „Domestic Crisis“ and War in 1939: Comment 1 by David Kaiser, Comment 2 by Tim Mason, Reply by R. J. Overy, in: Past & Present, No. 122, 1989, S. 200-240.

Deist, Wilhelm: Heeresrüstung und Aggression 1936-1939, in: Deutschland und Frankreich 1936-1939, S. 129-152.

[25:] Deist, Wilhelm / Messerschmidt, Manfred / Volkmann, Hans-Erich / Wette, Wolfram: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1), Stuttgart 1979.

Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), hg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Pätzold, Berlin 1989.

Der Zweite Weltkrieg. Analysen – Grundzüge – Forschungsbilanz, hg. von Wolfgang Michalka, München 1989.

Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen 1936-1939, in: Deutschland und Frankreich 1936-1939, S. 387-407.

Deutsche Wirtschaftsinteressen in Österreich vor und nach dem März 1938, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 177-211.

- Deutschland und Frankreich 1936-1939, hg. von Klaus Hildebrand und Karl Friedrich Werner in Zusammenarbeit mit Klaus Manfrass (Beihefte der Francia, Bd. 10), München 1981
- Dieben, Wilhelm: Die innere Reichsschuld seit 1933, in: Finanzarchiv, Neue Folge Bd. 11, Tübingen 1949, S. 656-705.
- Dirks, Carl/Janssen, Karl-Heinz: Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht, Berlin 1999.
- Doering, Dörte: Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933-35. Die Gleichschaltung der Außenwirtschaft in der Frühphase des nationalsozialistischen Regimes, WiSo Diss. FU Berlin 1969.
- Drobisch, Klaus: „Kriegsschauplatz Innerdeutschland“. Sicherheitspolizeiliche Vorbereitungen und Einübungen seit 1935/36, in: Der Weg in den Krieg, S. 41-66.
- Dülffer, Jost: Der Beginn des Krieges 1939: Hitler, die innere Krise und das Mächtesystem, in: Geschichte und Gesellschaft, 2 (1976), S. 443-470.
- Duijn, Jacob J. von: The Long Wave in Economic Life, London 1983.
- Eckhardt, Jochen: Deutsche Arbeitsfront, Arbeiterklasse, imperialistische Sozialpolitik in Betrieben und forcierte Aufrüstung 1936-1939, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 27 (1983), S. 75-107.
- Einhorn, Marion: Die ökonomischen Hintergründe der faschistischen deutschen Intervention in Spanien 1936-1939. (Schriften des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Reihe I, Bd. 15), Berlin 1962.
- Fior, Michael: Die Schweiz und das Gold der Reichsbank. Was wusste die Schweizerische Nationalbank? Zürich 1997
- Goldstein, Joshua S.: Long Cycles: Prosperity and War in the Modern Age, New Haven, 1988.
- Ders.: A War-Economy Theory of the Long Wave, in: Business Cycles: Theories, Evidence and Analysis, ed. by Niels Thygesen, Kumaraswamy Velupillai and Stefano Zambelli, London u. a. 1991, S. 303-325.
- Gossweiler, Kurt: Der Übergang von der Weltwirtschaftskrise zur Rüstungskonjunktur in Deutschland 1933 bis 1934. Ein historischer Beitrag zur Problematik staatsmonopolistischer „Krisenüberwindung“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1968/Teil II, S. 55-116.
- Groehler, Olaf: Varianten deutscher Kriegspolitik, in: 1939 – An der Schwelle zum Weltkrieg. S. 37-42.
- Hachtmann, Rüdiger: Lebenshaltungskosten und Reallöhne während des Dritten Reiches, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 75 (1988), H. 1, S. 32-73.
- Harper, Glenn T.: German Economic Policy in Spain during the Spanish Civil War, 1936-1939, Den Haag/Paris 1967.
- Henning, Eike: Industrie, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Anmerkungen zum Stand der neueren Faschismuskritik, in: Wirtschaft und Rüstung, S. 388-415.
- [26:] Herbst, Ludolf: Die Krise des nationalsozialistischen Regimes am Vorabend des Zweiten Weltkrieges und die forcierte Aufrüstung. Eine Kritik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 26 (1978), S. 347-392.
- Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hg. von Manfred Funke, Düsseldorf 1976.
- Höpfner, Bernd: Der deutsche Außenhandel 1900-1945. Änderungen in der Waren- und Regionalstruktur, Frankfurt a. M. u. a. 1993.
- Huhle, Fritz: Das Clearingwesen im Außenhandel vom deutschen Standpunkt aus, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 146 (1937), S. 171-205.

- Kaiser, David E.: *Economic Diplomacy and the Origins of the Second World War. Germany, Britain, France, and Eastern Europe, 1930-1939*, Princeton, New Jersey, 1980.
- Kárný, Miroslav: *Die Logik von München: Das Protektorat Böhmen und Mähren*, in: *Der Weg in den Krieg*, S. 279-308.
- Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, hg. von Franz Knipping und Klaus-Jürgen Müller, Paderborn 1984.
- Kriegsbeginn 1939. Entfesselung oder Ausbruch des Zweiten Weltkrieges?*, hg. von Gottfried Niedhart, Darmstadt 1976.
- Kube, Alfred: *Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich*, München 1986.
- Long Waves in the World Economy*, ed. Christopher Freeman, London u. a. 1983.
- Mackenroth, Gerhard: *Bericht über den Vierjahresplan*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 148 (1938), S. 697-726.
- Mandel, Ernest: *Long Waves of Capitalist Development. The marxist interpretation, based on the Marshall lectures given at the Univ. of Cambridge 1978*, Cambridge 1980.
- Mason, Timothy W.: *Innere Krise und Angriffskrieg 1938/1939*, in: *Wirtschaft und Rüstung*, S. 158-188.
- Ders.: *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939*, Opladen 1975.
- Ders.: *Massenwiderstand ohne Organisation. Streiks im faschistischen Italien und im NS-Deutschland*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 35 (1984), H. 9, S. 518-532.
- Medlicott, William Norton: *N.: The economic blockade. Rev. ed. including confidential source references*, London 1978.
- Morsch, Günter: *Arbeit und Brot. Studien zu Lage, Stimmung, Einstellung und Verhalten der deutschen Arbeiterschaft 1933-1936/37*, Frankfurt a. M. u. a. 1989.
- Ders.: *Streik im „Dritten Reich“*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 36 (1988), S. 650-689.
- Mühlen, Norbert: *Der Zauberer. Leben und Anleihen des Dr. Hjalmar Horace Greeley Schacht*, Zürich 1938.
- Müller, Klaus-Jürgen: *Armee und Drittes Reich 1933-1939*, Paderborn 1987.
- OMGUS: *Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946*, hg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bearbeiter: Karl Heinz Roth, Nördlingen 1984
- OMGUS: *Ermittlungen gegen die Dresdner Bank 1946*, hg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bearbeiter: Karl Heinz Roth, Nördlingen 1985
- OMGUS: *Ermittlungen gegen die IG Farbenindustrie AG, September 1945*, hg. von der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik, Bearbeiter: Karl Heinz Roth, Nördlingen 1986
- Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938*, hg. von Gerald Stourzh und Birgitta Zaar, Wien 1990.
- Overy, Richard: *Germany, „Domestic Crisis“ and War in 1939*, in: *Past & Present*, No. 116, 1987, S. 138-168.
- Ders.: *Hitler's War and the German Economy: A Reinterpretation*, in: *Economic History Review*, 35 (1982), S. 272-291.
- [27:] Ders.: *War and Economy in the Third Reich*, Oxford 1994.
- Petzina, Dietmar: *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968.

- Ders.: Die deutsche Wehrwirtschaftsplanung und der Anschluß Österreichs, in: Tirol und der Anschluß, S. 453-480.
- Ders.: Vierjahresplan und Rüstungspolitik, in: Wirtschaft und Rüstung, S. 65-80.
- Puchert, Berthold: Einige Probleme des deutschen Außenhandels 1933 bis 1939, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1989/Teil I, S. 61-81.
- Radandt, Hans: Die IG Farbenindustrie AG und Südosteuropa 1938 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1967, Teil I, S. 77-146.
- Radkau, Joachim: Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite in der deutschen Außenwirtschaftspolitik 1933-1940, in: Geschichte und Gesellschaft, 3 (1976), S. 33-65.
- Ránki, György: The Economics of the Second World War, Köln/Weimar 1993.
- Rings, Werner: Raubgold aus Deutschland. Die „Golddrehscheibe“ Schweiz im 2. Weltkrieg, Zürich/München 1985.
- Ritschl, Albrecht: Die deutsche Zahlungsbilanz 1936-1941 und das Problem des Devisenmangels vor Kriegsbeginn, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 39 (1991), S. 103-123.
- Ders.: Über die Höhe und Struktur der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland 1935-38, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 79 (1992), H. 2, S. 156-176.
- Röhr, Werner: September 1938. Diversion und Demagogie bei der Erzeugung einer Kriegspsychose durch den Hitlerfaschismus und seine Fünfte Kolonne in der ČSR, in: Der Weg in den Krieg, S. 211-277.
- Ders.: Das Sudetendeutsche Freikorps – Diversionsinstrument der Hitler-Regierung bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, H. 52, 1993/1, S. 35-66.
- Ders.: Verschwiegene Tatsachen. Zum historischen Hintergrund der deutsch-tschechischen Erklärung von 1997, in: Osteuropa in Tradition und Wandel – Leipziger Jahrbücher, Bd. 1 (6), 1999, S. 211-246.
- Rosenkranz, Herbert: Entrechtung, Verfolgung und Selbsthilfe der Juden in Österreich, März bis Oktober 1938, in: Österreich, Deutschland und die Mächte, S. 367-417.
- Roth, Karl Heinz: Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“. Eine methodisch-historische Studien am Beispiel des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront, München u. a. 1993.
- Ders.: Das Ende eines Mythos. Ludwig Erhard und der Übergang der deutschen Wirtschaft von der Annexions- zur Nachkriegsplanung (1939 bis 1945), I. Teil: 1939 bis 1943, in: 1999, 10 (1995), H. 4, S. 53-93.
- Schausberger, Norbert: Der Anschluß und seine ökonomische Relevanz, in: Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978, München 1981, S. 244-270.
- Schröder, Hans-Jürgen: Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise, in: Geschichte und Gesellschaft, 2 (1976), H. 1, S. 5-32.
- Ders.: Economic Appeasement. Zur britischen und amerikanischen Deutschlandpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 30 (1982), S. 82-97.
- Schweitzer, Arthur: Big Business in the Third Reich, Bloomington 1964.
- Plans and Markets: Nazi Style, in: Kyklos, 30 (1977), Fasc. 1, S. 88-115.
- Smith, Arthur L.: Hitler's Gold. The Story of the Nazi War Loot, Oxford u. a. 1989.
- Sohn-Rethel, Alfred: Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Aufzeichnungen und Analysen, hg. von Johannes Agnoli u. a., Frankfurt a. M. 1973.

- Spoerer, Mark: Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925-1941, Stuttgart 1996.
- [28:] Stuhlpfarrer, Karl: Der deutsche Plan einer Währungsunion mit Österreich, in: Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März 1978, München 1981, S. 271-294.
- Sywottek, Jutta: Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den zweiten Weltkrieg, Opladen 1967.
- Teichert, Eckart: Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939. Außenwirtschaftspolitische Konzeptionen zwischen Weltwirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg, München 1984.
- Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918-1938, hg. von Thomas Albrich, Klaus Eisterer, Rolf Steininger (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, hg. von Ralf Steininger, Bd. 3), Innsbruck 1938.
- Treue, Wilhelm: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936. Dokumentation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3 (1955), S. 184-210.
- U. S. and Allied Efforts to Recover and Restore Gold and other Assets Stolen or Hidden by Germany during World War II, Preliminary Study, ed. Stuart E. Eizenstat and William Z. Slany, Washington, D. C., 1997.
- U. S. and Allied Wartime and Postwar Relations and Negotiations with Argentina, Portugal, Spain, Sweden, and Turkey on Looted Gold and German External Assets and U. S. Concerns about the Fate of the Wartime Ustasha Treasury, ed. Stuart E. Eizenstat and William Z. Slany, Washington, D. C., 1998.
- Voges, Michael: Klassenkampf in der Betriebsgemeinschaft. Die „Deutschland-Berichte“ der Sopade (1934-1940) als Quelle zum Widerstand der Industriearbeiter im Dritten Reich, in: Archiv für Sozialgeschichte, 21. Bd. (1981), S. 329-383.
- Volkman, Hans-Erich: Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939, in: Wirtschaft und Rüstung, S. 81-131.
- Weißbecker, Manfred / Noack, Gert: „Die Partei als Rückgrat der inneren Front“. Mobilmachungspläne der NSDAP für den Krieg (1937 bis 1939), in: Der Weg in den Krieg, S. 67-90.
- Wendt, Bernd-Jürgen: Appeasement 1938. Wirtschaftliche Rezession und Mitteleuropa, Frankfurt a. M. 1966.
- Ders.: Durch das „strategische Fenster“ in den zweiten Weltkrieg, in: Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, hg. von Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann, Frankfurt a. M./Berlin 1990, S. 344-374.
- Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, hg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkman, Düsseldorf 1975.
- Zumpe, Lotte: Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945 (Wirtschaft und Staat in Deutschland, Bd. 3), Berlin 1979.
- 1939 – An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System, hg. von Klaus Hildebrand, Jürgen Schmädeke und Klaus Zernack, Berlin/New York 1990.

## Großbritanniens Beschwichtigungspolitik

### Ursachen und Motive<sup>1</sup>

Die Beschwichtigungspolitik, mit der die europäischen Westmächte den Forderungen und Gewaltakten Hitlerdeutschlands und der anderen aggressiven Staaten beizukommen versuchten, hat bis heute hin immer wieder die Aufmerksamkeit der Historiker auf sich gezogen. Das liegt an der Bedeutung, die sie hatte. Sie ist unter der Bezeichnung Appeasement weltweit bekannt geworden und war vor allem eine britische Politik, worauf schon das Wort hinweist. Großbritannien war damals die stärkste und einflußreichste Macht in Europa, seine Vorkriegspolitik fiel mehr ins Gewicht als die der anderen Staaten. Die meisten Länder Europas orientierten sich zunehmend am Kurs des Appeasement und ordneten sich ihm mehr oder weniger unter. Das gilt großenteils auch für Frankreich – ob und wie weit die französische Deutschlandpolitik nach der Mitte der dreißiger Jahre primär ein Eigenprodukt war, ist umstritten.

Die Beschwichtigungspolitik ist ein kompliziertes und vielschichtiges Phänomen. Sie war Ergebnis einer Vielzahl von Motiven und Zielen, die miteinander verbunden waren, nebeneinander wirkten, die sich überlagerten, auch einander widersprachen und bei denen sich überdies Gewicht und Stellenwert veränderten. Das erklärt auch die große Interpretationsbreite der Thematik und die Fülle von Sichten und Theorien in der historischen Literatur. Das macht zugleich verständlich, warum die Bezeichnung Appeasement „sich jeder randscharfen Definition entzieht“, wie es der Hamburger Historiker Bernd-Jürgen Wendt einmal formulierte<sup>2</sup>.

In den ersten zwei Jahrzehnten nach 1945 überwogen in der Literatur der westlichen Länder, namentlich Großbritanniens und Frankreichs, Kritik und Verurteilung. Die Ursachen der Beschwichtigungspolitik wurden hauptsächlich im Versagen der verantwortlichen Politiker gesehen, in ihrer Friedensliebe, in ihrer Blindheit gegenüber den Realitäten, in Wunschdenken und Selbstüberschätzung, in Furcht und Trägheit. Diese Dinge seien anfangs begünstigt worden durch in der Bevölkerung verbreitete Denk- und Verhaltensweisen wie abstrakter Pazifismus und Schuldgefühle wegen des Versailler Vertrages. In den sechziger Jahren machte sich dann eine „revisionistische Denkschule“ bemerkbar.<sup>3</sup> Sie wandte sich gegen eine Verengung der Motiv-Untersuchung auf Personen. Man bemühte sich, die Haltung der damaligen Politiker aus längerfristigen Abläufen und Sachzwängen abzuleiten und die Bedingungen, unter denen sie agierten, stärker zu berücksichtigen. Dieses Herangehen hat die Forschung vorangebracht, aber auch zu fragwürdigen Ergebnissen geführt.

Die wichtigsten Thesen dieser Richtung, die unter deutschen Historikern vorherrschend wurde: Appeasement sei die realistische Strategie einer saturierten, im Niedergang befindlichen Macht gewesen. Nach dem ersten Weltkrieg habe Großbritannien zwecks Erhaltung seiner imperialen Stärke auf Kompromisse anstatt auf Kriege setzen müssen. Auch sei es als Handels- und Finanzmacht sehr am Frieden interessiert gewesen. Stanley Baldwin und Neville Chamberlain seien sich zudem der Überdehnung der weltweiten Verpflichtungen des Landes bewußt gewesen und hätten gesehen, daß es seine Positionen nicht überall auf der Welt erfolgreich verteidigen konnte. So habe man versuchen müssen, sich zumindest mit einem der Aggressorstaaten zu arrangieren, und dieser Versuch sei auf Deutschland gerichtet gewesen. Schließlich meinen einige Historiker, die Appeaser hätten eine forcierte Aufrüstung vermeiden wollen, die das Land wirtschaftlich belastet und zu einem Konflikt mit

<sup>1</sup> Einleitendes Referat zur Sektion 3 „Der außenpolitische Kontext. Die Logik von München“ des Colloquiums „Der Weg in den Krieg. Ökonomik und Politik der ‚friedlichen‘ Aggressionen Hitlerdeutschlands 1938/39“ am 18./19. September 1999 in Berlin.

<sup>2</sup> Bernd-Jürgen Wendt: Die englische Politik des ‚Appeasement‘ in den dreißiger Jahren und ihre Beurteilung in der Geschichtswissenschaft, in: Die große Krise der dreißiger Jahre, hg. von Gerhard Schulz, Göttingen 1985, S. 233.

<sup>3</sup> Diese Bezeichnung kam auf mit dem Aufsatz von D. C. Watt: Appeasement. The Rise of a Revisionist School?, in: Political Quarterly, Bd. 36 (1965), 2, S. 191-213.

der Labour-Opposition geführt hätte; Appeasement sei also auch eine Politik zur Vermeidung innenpolitischer Krisen und eines innenpolitischen Machtverlusts gewesen.

Das alles hört sich recht plausibel an und erfaßt oder berührt ja auch einen beträchtlichen Teil der Ursachen, wenngleich oft ziemlich einseitig und überzogen. Nun haben die meisten Verfechter solcher Thesen die Dinge aber mehr oder weniger so dargestellt, als sei Baldwin, Chamberlain und ihren Anhängern nichts anderes übrig geblieben, als ihr Appeasement zu betreiben, als hätten sie keinen oder kaum Handlungsspielraum gehabt. Ihre Aussagen laufen darauf hinaus, die Appeaser als Gefangene von Umständen, ihren politischen Kurs als unvermeidbar und alternativlos hinzustellen. In den letzten zwei Jahrzehnten, so schrieb 1984 der USA-Historiker Nicholas Rostow, sei die Auffassung sehr verbreitet gewesen, „daß Appea-[31:]sment letztlich nicht so verkehrt war oder daß es sich aus dem ökonomischen Kontext ergab, in dem sich die britischen und französischen Regierungen befanden“.<sup>4</sup> Diese Auffassungen waren unter deutschen Historikern sehr und unter britischen weniger verbreitet, und so hatte Anthony Adamthwaite, einer der besten Kenner der dreißiger Jahre, wohl auch mehr seine deutschen Kollegen im Auge, als er vor zehn Jahren auf der Internationalen Konferenz zum 50. Jahrestag des 1. September 1939 im Berliner Reichstag mit einiger Schärfe bemerkte: „Es ist schon fast axiomatisch bei der Beurteilung britischer Führungspersönlichkeiten geworden, sie als Gefangene politischer, wirtschaftlicher und strategischer Zwänge zu sehen.“<sup>5</sup>

Hierzu sei an dieser Stelle nur angemerkt, daß aus gesellschaftlichen Grundsituationen unterschiedliche Schlüsse gezogen und Auswege gesucht werden können und ja auch immer wieder wurden. So verfolgten Neville Chamberlain und sein Halbbruder Austen gegensätzliche deutschlandpolitische Linien. David Lloyd George wurde von einem Verfechter des Appeasement zu einem seiner entschiedenen Gegner. Von Winston Churchill muß ich nicht reden. Ähnliches läßt sich von Louis Barthou auf der einen und Pierre Laval oder George Bonnet auf der anderen Seite sagen. Austen Chamberlain, Churchill, Lloyd George, Barthou und andere waren keine Appeaser und fühlten sich nicht als Gefangene besagter Umstände und Zwänge. Warum die Gegner der Beschwichtigungspolitik sich nicht nachhaltig bzw. erst sehr spät zur Geltung bringen konnten, ist eine nicht leicht zu beantwortende Frage. Mit dem Verweis auf eine Alternativlosigkeit dieser Politik wäre eine bequeme, aber keine sachgerechte Antwort gegeben.

Bei der Frage nach den Ursachen und Motiven der Beschwichtigungspolitik müssen wir m. E. vor allem drei Faktoren sehen.

*Erstens:* Die Anfänge des Appeasement reichen in die zwanziger Jahre zurück. Großbritannien hatte damals außenpolitisch eine defensive Grundhaltung. Es war eine saturierte Macht, in deren Weltreich es zudem viel Unruhe gab. So waren die Londoner Politiker nicht auf Expansion aus, sondern darauf aus, die Besitzungen und Positionen, die Weltmachtstellung des Landes zu halten und zu festigen. Sie bemühten sich, Spannungszustände und militärische Zusammenstöße mit starken Mächten zu vermeiden und bestehende oder sich abzeichnende Konflikte durch Entgegenkommen zu entschärfen. Dem entsprach eine sich maßvoll und versöhnlich gebende [32:] Politik gegenüber alten, neuen oder potentiellen Rivalen. Das alles galt natürlich auch und nicht zuletzt für die spannungsgeladenen frühen dreißiger Jahre. London zeigte sich zunehmend konzessionsbereit, wenn das (weiteren) Einbußen vorzubeugen schien und/oder zu Lasten Dritter ging. Man befürchtete, kriegerische Auseinandersetzungen würden mehr Verluste als Gewinne bringen und den Bestand des Empire gefährden. Viele Politiker sahen auch die Gefahren, die ein erneuter Weltbrand für die Fortexistenz der bestehenden Ordnung mit sich bringen konnte.

Dazu kam, daß die britische Wirtschaft sehr von der äußeren Lage abhing. Einnahmen aus exportiertem Kapital und aus internationalen Bankgeschäften konnten nur dann reichlich fließen, wenn die Weltwirtschaft gut lief und nicht durch internationale Spannungen und kriegerische Verwicklungen gestört wurde. In einem sehr ausführlichen Grundsatzmemorandum des Foreign Office vom April

<sup>4</sup> Nicholas Rostow: *Anglo-French Relations, 1934-36*, London 1984, S. 11.

<sup>5</sup> Anthony Adamthwaite: *Großbritannien und das Herannahen des Krieges*, in: 1939. *An der Schwelle zum Weltkrieg*, hg. von Klaus Hildebrand, Jürgen Schmädke und Klaus Zernack, Berlin 1990, S. 214.

1926 hieß es: „Ohne unseren Handel und ohne unsere Finanzen sinken wir zu einer drittklassigen Macht ab.“<sup>6</sup>

Diese Denkschrift vom Jahre 1926 enthält auch interessante Aussagen über die außenpolitische Grundhaltung Großbritanniens: „Wir ... haben keine territorialen Ambitionen und keinen Wunsch nach Vergrößerung. Wir haben alles, was wir wollen – vielleicht mehr. Unser einziges Ziel besteht darin, zu halten, was wir haben, und in Frieden zu leben.“<sup>7</sup> Ähnlich äußerte sich im Jahre 1934 der Erste Seelord Admiral Ernle Chatfield: „Wir befinden uns in der bemerkenswerten Position, mit niemandem Streit haben zu wollen, weil wir schon das meiste der Welt haben oder die besten Teile davon, und wir wollen nur halten, was wir haben, und andere daran hindern, es uns wegzunehmen.“<sup>8</sup>

Dieser Komplex soll nicht weiter behandelt werden – hierüber gibt es unter den Historikern insgesamt gesehen Übereinstimmung, wenngleich mit unterschiedlichen Gewichtungen wie auch Einseitigkeiten und Verabsolutierungen.

*Zweitens:* In den ersten Monaten nach Hitlers Machtantritt glaubte die Mehrheit der Londoner Politiker, wenig Grund zur Beunruhigung zu haben. Doch als es dann immer schwieriger wurde, die heraufziehenden Gefahren zu [33:] ignorieren oder zu bagatellisieren, und als die Haltung der britischen Regierung immer mehr kritisiert wurde (öffentlich und intern), da wurden zwei weitere wesentliche Motive deutlicher erkennbar, nämlich antikommunistische Positionen sowie die Bereitschaft, Konflikte zu Lasten kleinerer oder schwächerer Völker und Staaten zu bereinigen.

Der Antikommunismus existierte hauptsächlich als Furcht vor einem Zusammenbrechen der sozialen Ordnung in Mitteleuropa, das zu verhindern der Nazismus weithin als geeignetes Mittel angesehen wurde; sehr verbreitet war die Auffassung, daß der Kommunismus viel gefährlicher sei als der Faschismus. Es zeigte sich auch als Wunsch und Absicht, die UdSSR von „europäischen Angelegenheiten“ fernzuhalten, und so manche Politiker wollten die Deutschen von Westeuropa weglenken und sie in eine andere Richtung expandieren lassen. Nach der Mitte der dreißiger Jahre stieg zudem unter dem Eindruck der Entwicklungen in Spanien und Frankreich 1936/37 die Angst vor einem weiteren Anwachsen der Linken in Europa, weshalb Deutschland und Italien mehr denn je als antikommunistische Bastionen betrachtet wurden.<sup>9</sup>

Der Antikommunismus brachte sich zunehmend zur Geltung, insbesondere dann, wenn die Beschwichtigungspolitik stark angefochten wurde oder in eine Krise geriet durch Entwicklungen in Deutschland, durch dessen Aufrüstung, durch Aggressionsabsichten und -akte der faschistischen Mächte, durch den Widerstand der Gegner des Appeasement oder durch ein Zusammenfallen solcher Momente. Das war bereits 1933 der Fall, deutlicher aber 1935/36 und noch mehr im Vorfeld des Münchener Abkommens und im Herbst 1938.

---

<sup>6</sup> Documents on British Foreign Policy (DBFP), Serie IA, Bd. 1, S. 846.

<sup>7</sup> Ebenda.

<sup>8</sup> Zit. in: Lawrence R. Pratt: East of Malta. West of Suez. Britain's Mediterranean Crisis 1936-1939, London 1975, S. 3. Im Jahre 1937 schrieb Chatfield: „We all agree – we want peace; not only because we are a satisfied and therefore naturally a peaceful people; but because it is in our imperial interests, having an exceedingly vulnerable Empire, not to go to war.“ [„Wir sind uns alle einig - wir wollen Frieden; nicht nur, weil wir ein zufriedenes und daher von Natur aus friedliches Volk sind, sondern weil es in unserem imperialen Interesse liegt, mit einem äußerst verletzlichen Reich keinen Krieg zu führen.“] (Zit. in: Roy Douglas: Chamberlain and Appeasement, in: The Fascist Challenge and the Policy of Appeasement, hg. von Wolfgang J. Mommsen und Lothar Kettenacker, London 1983, S. 79).

<sup>9</sup> Einige Historiker messen antikommunistischen Haltungen wenig Bedeutung zu und scheinen dabei die vorliegenden Quellen zu sehr von quantitativen Aspekten her zu sehen. In diesem Zusammenhang sind Darlegungen des USA-Historikers William Rock beachtenswert, der schreibt, „viele konservative Minister“ hätten den Bolschewismus gehaßt und gefürchtet, und dann bemerkt: „It seldom appeared expressly either in public statements or private deliberations, but an anti-communist disposition was never far beneath the surface of appeasement.“ [„Sie kam selten ausdrücklich zum Vorschein, weder in öffentlichen Erklärungen noch in privaten Beratungen, aber eine antikommunistische Gesinnung war nie weit unter der Oberfläche der Beschwichtigung.“] (William R. Rock: British Appeasement in the 1930s, London 1977, S. 51).

Als im Sommer 1935 die Vorbereitungen zum Aggressionskrieg gegen Äthiopien voll im Gang waren, schrieb Außenminister Samuel Hoare dem britischen Botschafter in Paris, im Falle eines Mißerfolgs Italiens „könnten sowohl das Regime als auch der Diktator gefährdet sein“.<sup>10</sup> Auf der Kabinettsitzung vom 2. Dezember 1935, kurz vor dem Hoare-Laval-Abkommen, hieß es unwidersprochen, wenn Mussolini „gezwungen wäre, völlig [34:] aufzugeben, dann würde er wahrscheinlich aus der italienischen Politik verschwinden, und es könnte eine kommunistische Regierung in Italien und eine völlige Änderung der gesamten europäischen Situation geben.“<sup>11</sup> Als Innenminister John Simon (1931 bis 1935 Außenminister) gefragt wurde, ob man im Suezkanal nicht wenigstens einen Schiffsunfall herbeiführen könne, um die Verbindungen der Aggressoren nach Ostafrika zu unterbrechen, da lautete die Antwort: „Das können wir nicht tun; das würde bedeuten, daß Mussolini stürzt.“<sup>12</sup>

Solche Ängste waren auch während der Besetzung der entmilitarisierten Rheinzone wirksam. Premierminister Baldwin und andere Politiker äußerten intern, man könne die Deutschen wohl zurückzwingen und in Berlin einrücken, doch das könne dazu führen, daß Deutschland kommunistisch werde.<sup>13</sup>

Noch der Rheinlandbesetzung gab es in London scharfe Auseinandersetzungen über die Frage, wie es weitergehen sollte. Einflußreiche Konservative verlangten eine Geheimsitzung des Unterhauses. Es kam nur zu einem Treffen Baldwins mit prominenten Parlamentsmitgliedern der Tories im Juli 1936. Hier sagte der Premier, er sei nicht bereit, „für den Völkerbund oder für sonst irgend jemand oder für sonst irgend etwas“ zu kämpfen. Es gebe aber, wie alle wüßten, eine Gefahr: Wenn Russen und Deutsche sich bekämpften und die Franzosen eingriffen als Verbündete Rußlands „entsprechend jenem entsetzlichen Pakt, den sie geschlossen haben, dann würden Sie doch nicht denken, Sie seien verpflichtet, zu gehen und Frankreich zu helfen, nicht wahr?“ Als Austen Chamberlain und Winston Churchill einwarfen, daß das von den Umständen abhängig gemacht werden müsse, sagte Baldwin, wenn es in Europa zu Kämpfen komme, „dann möchte ich, daß die Bolshis [Bolschewisten] und die Nazis das machen“.<sup>14</sup>

Es ist nicht leicht, das Gewicht solcher Meinungen und Haltungen genau zu bestimmen. Man wird aber wohl sagen können, daß der Antikommunismus nach Chamberlains Machtantritt im Mai 1937 noch deutlichere Konturen annahm und noch stärker wirkte, zumal die Kritik an der forcierten Beschwichtigungspolitik unter dem neuen Premier erheblich anwuchs und immer mehr nach den tieferen Ursachen dieser Politik gefragt wurde. In diesem Zusammenhang sind einige zeitgenössische Äußerungen ganz unterschiedlicher Herkunft bemerkenswert. Im Januar sagte Exkanzler Heinrich Brüning in [35:] einem Gespräch mit George Messersmith, einem leitenden Beamten im Washingtoner State Department, Chamberlain, Hoare, Simon und Montague Norman (Gouverneur der Bank von England) seien der Vorstellung verhaftet, „daß, wenn sie diese gegenwärtige Regierung in Deutschland nicht auf irgendeine Weise unterstützten, ihr der Kommunismus folgen würde“.<sup>15</sup> Im März sprach der liberale Manchester Guardian in einem Leitartikel von der blind machenden Furcht vor dem Kommunismus, der das Urteilsvermögen der oberen Klassen zerstöre und ihren Willen paralysiere.<sup>16</sup> Harold Nicolson, bis zum Frühjahr 1938 stellvertretender Vorsitzender des Außenpolitischen Unterhausausschusses der Regierungsparteien, notierte am 6. Juni in seinem Tagebuch: „Wir haben unsere Willenskraft verloren. ... In den regierenden Klassen denkt man nur an das eigene Wohl, und das bedeutet Haß gegen die Roten. Dies schafft ein vollkommen künstliches, doch gegenwärtig höchst wirksames geheimes Band zwischen uns und Hitler.“<sup>17</sup> Am 13. September, als Chamberlain kundtat, sich mit Hitler treffen zu wollen, unterrichtete der Premier den König brieflich über seine

<sup>10</sup> DBFP, 2. Serie, Bd. 14, Nr. 403 (29.7.1935).

<sup>11</sup> Public Record Office (PRO), London: CAB 23/82, Cab. 50 (35).

<sup>12</sup> A. L. Rowse: *All Souls and Appeasement*, London 1961, S. 26.

<sup>13</sup> Siehe hierzu u. a. das Protokoll der Kabinettsitzung vom 11. März 1936 (PRO: CAB 23/83, Cab. 18 (36)) und James Thomas Emmerson: *The Rhineland Crisis 7 March 1936*, London 1977, S. 150.

<sup>14</sup> PRO: CAB 21/438 (Record of a discussion ...).

<sup>15</sup> George S. Messersmith-Nachlaß (University of Delaware, Newark, Del., USA), Nr. 934 (Gesprächsaufzeichnung vom 31.1.1938). Brüning hatte mehrfach mit führenden britischen Politikern gesprochen.

<sup>16</sup> Zitat in: Franklin Reid Gannon: *The British Press and Germany 1936-1939*, Oxford 1971, S. 25.

<sup>17</sup> Harold Nicolson: *Diaries and Letters 1930-1939*, hg. von Nigel Nicolson, London 1966, S. 346.

Absicht, mit dem deutschen Kanzler über „Deutschland und England als die beiden Säulen des europäischen Friedens und Stützpfiler gegen den Kommunismus“ zu sprechen.<sup>18</sup>

*Drittens:* Die Londoner Regierungen waren schon in den zwanziger Jahren nicht bereit gewesen, alle Festlegungen der Pariser Friedenskonferenz voll mitzutragen oder gar zu verteidigen, insbesondere nicht jene, die Ostmittel- und teilweise auch Südosteuropa betrafen. Das war an der Haltung zum Garantieverprechen Großbritanniens für Frankreich vom Juni 1919 und dann an den Locarno-Verträgen von 1925 deutlich geworden. Zu Polen hatte es in dem genannten Grundsatzmemorandum vom Jahre 1926 (im Abschnitt „Deutschland“) geheißen, was immer die Zukunft bringe, „es sei daran erinnert, daß dieses Land [Großbritannien!] in der Vergangenheit niemals zu den Waffen gegriffen hat, um sich der Zergliederung Polens zu widersetzen“.<sup>19</sup>

Diese Haltung verfestigte sich in den dreißiger Jahren, und es wuchs das Bestreben, Gegensätze zu den aggressiven Staaten auf Kosten anderer zu mildern oder zu bereinigen, einen Interessenausgleich mit ihnen zu Lasten Dritter herbeizuführen. Bereits in der ersten Unterhausdebatte zum Thema [36:] Nazismus im April 1933 sagte Clement Attlee (ab 1935 Führer der Labour Party): „Unter den kleineren Nationen gibt es den Verdacht, daß, wenn vier, fünf oder sechs Großmächte zusammenkommen, um zu versuchen, ihre Schwierigkeiten beizulegen, diese Schwierigkeiten auf Kosten der kleineren Nationen beigelegt werden ... Eine Revision der territorialen Regelungen [von 1919] zugunsten Deutschlands wäre ein ironisches Pendant zur Vergewaltigung Chinas durch Japan.“<sup>20</sup> Sechs Monate später schrieben die Stabschefs der Teilstreitkräfte in ihrem Jahresbericht zur Verteidigungspolitik, nicht im Westen, sondern in Osteuropa lägen die Gefahren, und Deutschland werde, wenn es sich stark genug fühle, „seine Ziele in einem Offensivkrieg im Osten erreichen“.<sup>21</sup> Im Mai 1934 sagte Baldwin vor dem Abrüstungsausschuß der Regierung, Großbritannien müsse es vermeiden, wegen irgendeines Vorkommnisses in Osteuropa (konkret nannte er einen deutschen Luftangriff auf Polen) in einen Krieg gezogen zu werden. „In einen Krieg für etwas gezogen zu werden, was in Westeuropa geschehe, sei eine gänzlich andere Angelegenheit“, meinte er zugleich.<sup>22</sup> Im Januar 1935 gelangte das Kabinett zu der Auffassung, daß eine Besetzung der entmilitarisierten Rheinlandzone, die in Frankreich als wichtiger Schutzschild auch in Hinblick auf die Ostverbündeten galt, „kein vitales britisches Interesse“ berühre.<sup>23</sup> Der französisch-sowjetische Pakt vom Mai 1935 wurde weithin als Haupthindernis einer Verständigung mit Deutschland bezeichnet.

Nach der Ratifizierung dieses Paktes in Paris im Februar 1936 nahmen Zahl und Einfluß derjenigen weiter zu, die für zweiseitige Vereinbarungen mit Deutschland (also ohne Frankreich) eintraten, die an Osteuropa desinteressiert waren und von Frankreich noch mehr abrücken wollten, zumal es dort jetzt eine Volksfrontregierung gab. Die Stabschefs der Streitkräfte hielten eine „Rektifizierung der Ostgrenzen Deutschlands“ für wichtig, wenngleich sie einräumen mußten, daß es nicht ungefährlich sei, den Deutschen in „Mittel- und Osteuropa freie Hand“ zu geben.<sup>24</sup> Harold Nicolson notierte im Juli 1936 in seinem Tagebuch, die Mehrheit der Tory-Partei wünsche „eine feste Vereinbarung mit Deutschland und vielleicht Italien, mit der wir Frieden auf Kosten der kleineren Staaten erkaufen könnten“.<sup>25</sup> Außenminister Anthony Eden und sein Staatssekretär Robert Vansittart warnten; auch Lord Halifax, der Eden zeitweilig vertrat, befürchtete (im Juli 1936), daß [37:] eine im Osten entfachte Flamme „sich nach dem Westen ausbreiten könnte“.<sup>26</sup> Doch Finanzminister Chamberlain (der designierte Premier) wandte sich im Winter 1936/37 scharf gegen „kontinentale Abenteuer“ und sprach von „Streitigkeiten, die uns nichts angehen“; diese Einstellung zu Mittel-, Ost- und

<sup>18</sup> Zit. in: John W. Wheeler-Bennett: King George VI: His Life and Reign, London 1959, S. 346.

<sup>19</sup> DBFP, Serie IA, Bd. 1, S. 847.

<sup>20</sup> Auszüge aus der Debatte sind abgedruckt in Martin Gilbert: Britain and Germany between the Wars, London 1964, S. 75.

<sup>21</sup> PRO: CAB 52/53, C. O. S. 310.

<sup>22</sup> Zit. in: Keith Middlemas/John Barnes: Baldwin. A Biography, London 1969, S. 768.

<sup>23</sup> PRO: CAB 23/81, Cab. 3 (35).

<sup>24</sup> DBFP, 2. Serie, Bd. 17, Nr. 156 (1.9.1936)

<sup>25</sup> Nicolson, S. 269.

<sup>26</sup> DBFP, 2. Serie, Bd. 16, Nr. 447.

Südosteuropa mündete bei einigen führenden Militärs und Politikern in die Auffassung, kriegerische Aktionen Deutschlands im Osten könnten für Großbritannien von Nutzen sein. Zugleich wurde der Druck auf Frankreich erhöht. Die Pariser Politiker neigten zwar mehrheitlich dazu, sich den Briten unterzuordnen, doch viele sahen die aus einer deutschen Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent erwachsenden Gefahren, weshalb sie eine Schwächung ihrer Ostverbündeten mit Sorge erfüllte. Gerade deshalb lehnte London die von den Pariser Regierungen seit der Rheinlandbesetzung geforderten Generalstabsgespräche ab. Auf der britisch-französischen Gipfelkonferenz im April 1938 bekamen die Franzosen zu hören, daß für den Fall, daß Großbritannien doch einmal gezwungen sein könnte, Frankreich militärisch beizustehen, lediglich zwei Divisionen zur Verfügung stünden. Die könnten zudem erst zwei Wochen nach einer Entscheidung, sie zu entsenden, in Frankreich landen. Ob sie überhaupt jemals bereitgestellt würden, sei nicht sicher; eine bindende Verpflichtung lehne Großbritannien ab.<sup>27</sup>

Im Herbst 1938 hofften die Appeaser, das jetzt noch dreister auftretende Deutschland werde nur in Richtung Südosteuropa und UdSSR expandieren. Auf der Gipfelkonferenz am 24. November in Paris sprach Chamberlain davon, daß die Deutschen „die Zerschlagung Rußlands durch Förderung einer Agitation für eine unabhängige Ukraine beginnen könnten“, und fragte den französischen Regierungschef besorgt, ob der Pakt mit Moskau wirksam würde, „wenn Rußland Frankreich um Hilfe bitten sollte, weil in der Ukraine eine separatistische Bewegung durch Deutschland hervorgerufen werde“.<sup>28</sup> Schon knapp eine Woche später meinte allerdings Außenminister Halifax, „es sei nicht wünschenswert, irgend etwas zu tun, was so aussähe, als zeige man Rußland die kalte Schulter“.<sup>29</sup> Es war nämlich nicht zu übersehen, daß Deutschland aggressive Ziele auch im Westen verfolgte und daß eine Expansion nach Osten den Rivalen weiter stärken könnte. Und so äußerte Halifax Mitte Januar 1939 in einer Denkschrift, bisher sei allgemein erwartet worden, daß Hitler im Osten und insbesondere gegen die Ukraine [38:] losschlagen werde; jüngste Berichte zeigten aber, daß er vielleicht beabsichtige, „einen überwältigenden Schlag gegen die Westmächte zu führen“.<sup>30</sup>

Diese drei Grundfaktoren waren bei fast allen Hauptstationen und Höhepunkten der Beschwichtigungspolitik präsent. Sie wirkten manchmal nebeneinander, waren oft miteinander verwoben und brachten sich unterschiedlich stark zur Geltung. Dabei stand bei den einen dieses im Vordergrund, bei anderen anderes, und überdies veränderten so manche Politiker die Betonung in ihren Darlegungen. Dazu kommt, daß Argumente, auf die man in den Quellen stößt, oft nur bedingt den tatsächlichen Motiven entsprachen. Politiker und Militärs versuchten häufig, sich und anderen etwas einzureden, und es gab auch Heuchelei. Hierauf zielte eine Bemerkung ab, die Arnold Toynbee, langjähriger Direktor des renommierten Royal Institute of International Affairs, kurz vor der Annexion Österreichs machte, und dies in einem Vortrag über Grundfragen der britischen Außenpolitik. Toynbee sagte: „Offenheit ist vielleicht keine sehr alltägliche britische Tugend. Ausländer denken, wir stellen unsere Motive nur ihnen falsch dar. Tatsächlich aber verbergen wir unsere Motive oft auch vor uns selbst. Das ist es, was britische Scheinheiligkeit genannt wird. Ihr Ausmaß ist größer als Ausländer sich vergegenwärtigen.“<sup>31</sup>

Es gibt natürlich noch weitere Ursachen- und Motivfelder. Auf drei von ihnen will ich kurz eingehen.

Man stößt in der Literatur oft auf Formulierungen wie, die Appeaser hätten Frieden um jeden oder fast jeden Preis gewollt, die Schrecken des ersten Weltkriegs seien ihnen stets gegenwärtig gewesen. Das ist gewiß nicht falsch. Löst man das aber von den dargestellten spezifischen Interessenlagen ab, müßte oder könnte man sagen, die Gegner des Appeasement oder Politiker wie Barthou seien weniger oder nicht friedfertig gewesen. Zudem waren Chamberlain und seine Anhänger nur auf sich selbst bedacht. Ihr Wille zur Friedenssicherung erstreckte sich nicht auf Chinesen, Äthiopier, Tschechoslowaken,

---

<sup>27</sup> Ebenda, 3. Serie, Bd. 1, Nr. 164 (Record of Anglo-French Conversations).

<sup>28</sup> Ebenda, Bd. 3, Nr. 325 (Record of Anglo-French Conversations).

<sup>29</sup> PRO: CAB 23/96, Cab. 57 (38).

<sup>30</sup> Ebenda, CAB 27/627, FP (36) 74.

<sup>31</sup> Der Vortrag wurde veröffentlicht in: International Affairs (London), Bd. 17 (1938), 3 (Zitat S. 3071.).

Polen und Russen. Sie gingen mehrheitlich von der Teilbarkeit des Friedens aus, und diejenigen, die dessen Unteilbarkeit betonten – wie Anthony Eden –, wurden unwirksam gemacht oder aus der Regierung verdrängt.

Eine gewichtige Ursache liegt zweifellos in der ungewöhnlich großen Selbstgefälligkeit und Arroganz Chamberlains, die verhängnisvolle Selbsttäuschungen zur Folge hatten. Der Premier bildete sich ein, mit Hitler und Mussolini umgehen zu können, und er meinte, anders als das (bis Februar 1938 noch [39:] von Eden geleitete) Foreign Office sei er, Chamberlain, imstande, den „günstigen Moment“ im Umgang mit den Diktatoren, deren „Stimmungslage“ zu nutzen. Wenn man sie „in der richtigen Stimmung“ erwische, gäben sie einem alles, was man wolle, schrieb er am 7. August 1937 an Halifax<sup>32</sup>, und einen Tag danach sprach er von dem „wunderbaren Machtgefühl, das das Amt des Premierministers einem gibt. Als Finanzminister hätte ich kaum einen Kieselstein bewegen können: jetzt brauche ich nur einen Finger zu rühren, und das ganze Gesicht Europas ist verändert.“<sup>33</sup> Als er gut ein Jahr später von seinem zweiten Treffen mit Hitler zurückkam, sagte er im Kabinett, Hitler „würde nicht mit Vorbedacht einen Mann täuschen, den er respektiere und mit dem er in Verhandlungen gestanden habe, und er sei sicher, daß Herr Hitler jetzt einigen Respekt für ihn empfinde.“ Der Kanzler habe ihm erklärt, er stelle keine weiteren territorialen Ansprüche und erstrebe nicht die Vorherrschaft in Europa. Er (Chamberlain) „glaube, daß Herr Hitler die Wahrheit sage“.<sup>34</sup>

In der Literatur wurden oftmals – Argumenten von Appeasern folgend – eine rüstungsmäßige und militärische Schwäche Großbritanniens und der sich daraus ergebende Wunsch nach Zeitgewinn als wichtige oder gar wichtigste Ursache der Münchener Politik bezeichnet. Hierzu zweierlei:

*Erstens:* Abgesehen davon, daß Chamberlain meinte, sein Vorgehen mache große Rüstungsausgaben überflüssig, hätten Befürchtungen über solche Schwächen nun eigentlich dazu führen müssen, sich endlich um Verbündete zu bemühen. Das Gegenteil aber war der Fall. Nicht nur Frankreich, sondern auch die USA wurden auf Distanz gehalten, von der UdSSR ganz zu schweigen.

*Zweitens:* Als in den Wochen nach dem Münchener Abkommen Zweifel, Unbehagen und kritische Stimmen rasch zunahmen, klagte der Premier, eine Menge Leute schienen „den Kopf zu verlieren und zu reden und zu denken, als wenn München einen Krieg mehr anstatt weniger imminent gemacht hätte“.<sup>35</sup> Am 9. November sprach er in einer öffentlichen Rede davon, daß Europa jetzt „ruhigeren Zeiten“ entgegengehe. Er wollte nicht verstehen, warum Militärs und konservative Opposition jetzt mehr Rüstung [40:] verlangten.<sup>36</sup> In dem neuesten Buch über Chamberlains Vorkriegspolitik weist der Autor das Argument Zeitgewinn als falsch zurück und schreibt: „Dies war Chamberlains eigene Selbstrechtfertigung ..., aber sie stimmt nicht hinreichend mit den Tatsachen überein.“<sup>37</sup>

Nach dem März 1939 kamen die Appeaser nicht umhin, Veränderungen an ihrem politischen Kurs vorzunehmen. Die wichtigsten waren die Garantieerklärung für Polen, Kontakte zur UdSSR sowie Rüstungs- und militärpolitische Maßnahmen. Doch sie waren unzureichend und halbherzig, zumal es Chamberlain und seinen politischen Freunden primär darum ging, die anschwellende Opposition im Lande zu besänftigen und die deutsche Führung unter Druck zu setzen.

---

<sup>32</sup> Zit. in: Anthony R. Peters: Anthony Eden of the Foreign Office 1931-1938, New York 1986, S. 284.

<sup>33</sup> Zit. in: Telford Taylor: Munich, the price of peace, London 1979, S. 557.

<sup>34</sup> PRO: CAB 23/95, Cob. 42 (38).

<sup>35</sup> Zit. in: Keith Middlemas: Diplomacy of Illusion. The British Government and Germany 1937-39, London 1972, S. 4141. (22. Oktober).

<sup>36</sup> Am 31. Oktober sagte er im Kabinett: „A good deal of false emphasis had been placed on rearmament, as though one result of the Munich Agreement had been that it would be necessary for us to add to our rearmament programmes.“ [„Es wurde viel falscher Nachdruck auf die Wiederbewaffnung gelegt, als ob ein Ergebnis des Münchner Abkommens darin bestünde, daß wir unsere Aufrüstungsprogramme erweitern müßten.“] (PRO: CAB 23/96, Cob. 51 (38)).

<sup>37</sup> Frank McDonough: Neville Chamberlain, appeasement an the British road to war, Manchester 1998, S. 158. In der neuesten Auflage der Oxford History of Britain, hg. von Kenneth O. Morgan, Oxford 1999, S. 619, heißt es, die Verfechter dieses Arguments „do not find support from the records of Cabinet deliberations.“ [„finden keine Unterstützung in den Aufzeichnungen der Kabinettsberatungen.“]

Was die Garantiepolitik betrifft, so machte Chamberlain bereits am 20. März 1939 klar, daß er „keine Garantie der bestehenden Grenzen und der unbeschränkten Aufrechterhaltung des Status quo“ wünsche.<sup>38</sup> Dennoch verkündete er elf Tage später die Erklärung für Polen. Am 1. April betonte die Londoner Times, das „Schlüsselwort“ sei „nicht Integrität, sondern ‚Unabhängigkeit‘“, die Erklärung beinhalte „kein blindes Akzeptieren des Status quo“. Und Chamberlain schrieb am 3. April an seine Schwester, nur die Times habe begriffen, daß es uns „nicht um die Grenzen von Staaten, sondern um Angriffe auf ihre Unabhängigkeit geht. Und wir sind es, die darüber entscheiden werden, ob diese Unabhängigkeit bedroht ist oder nicht.“<sup>39</sup> Bei den Ende März begonnenen ausgedehnten britisch-französischen Generalstabsgesprächen war die konkrete Organisierung eines militärischen Beistands für Polen kein Thema.

Das entsprach der Absicht Chamberlains, auch weiterhin auf eine Verständigung mit Deutschland hinarbeiten, das durch die Garantiepolitik und durch die Kontakte zur und dann (ab Juni) Verhandlungen mit der UdSSR nur abgeschreckt werden sollte. So schrieb dann auch Henry Channon, ein hoher Beamter im Foreign Office, Mitte Mai in sein Tagebuch, Chamberlain und Halifax „bedauern die polnische Garantie. Sie sind entschlossen, eine anglo-russische Allianz, das Lieblingsschema der linken Clique im [41:] Foreign Office, zu verhindern.“<sup>40</sup> Fünf Tage später notierte Alexander Cadogan, der Vansittart als Ständigen Staatssekretär im Außenministerium abgelöst hatte: „P. M. sagt, er will lieber zurücktreten als Allianz mit Sowjets unterzeichnen.“<sup>41</sup> Ende Mai, als Parlament, Zeitungen und öffentliche Meinung seinen Kurs immer heftiger kritisierten, klagte der Premier in einem privaten Brief, es gebe „kein Anzeichen einer Ablehnung des Bündnisses [mit der UdSSR] in der Presse“, und es sei „offensichtlich, daß eine Weigerung zu immensen Schwierigkeiten im Unterhaus führen würde, selbst wenn ich mein Kabinett überzeugen könnte.“ So habe er mit Horace Willson einen Plan entwickelt, „der den Russen gibt, was sie wollen“, aber, „die Idee eines Bündnisses vermeidet und durch eine Absichtserklärung unter bestimmten Voraussetzungen ersetzt“.<sup>42</sup> Im Juni sprachen sich bei einer Meinungsumfrage 84 Prozent der Befragten für ein Militärbündnis zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland“ aus – im März hatten ebenfalls 84 Prozent für bessere Beziehungen zur UdSSR votiert.<sup>43</sup> Chamberlain bewegte sich auch in den folgenden Wochen und Monaten nicht, und es gelang ihm, sich im Amt zu halten.

So wurde die letzte Möglichkeit, den drohenden Krieg zu verhindern, vertan. Hektische Versuche Londons, noch in den letzten Friedenstag zu einem Ausgleich mit Deutschland zu gelangen, scheiterten an der Entschlossenheit der Naziführer, die Verblendung der Appeaser kaltblütig auszunutzen.

---

<sup>38</sup> PRO: CAB 23/98, Cob. 13 (39).

<sup>39</sup> Zit. in: Martin Gilbert: Winston S. Churchill, Bd. 5, London 1976, S. 1053.

<sup>40</sup> Chips. The Diaries of Sir Henry Channon, hg. von Robert Rhodes James, London 1967, S. 199.

<sup>41</sup> The Diaries of Sir Alexander Cadogan 1938-1945, hg. von David Dilks, New York 1972, S. 182.

<sup>42</sup> Zit. in: Gilbert, Churchill, S. 1073. Hervorhebung im Original. Wilson war Chamberlains wichtigster außenpolitischer Berater und wichtigster britischer Unterhändler bei den Geheimgesprächen mit Deutschland im Sommer 1939.

<sup>43</sup> Einzelheiten hierzu in: Anthony Adamthwaite: The Lost Peace. International Relations in Europe 1918-1939, London 1980, S. 2161.

[42:]

KURT PÄTZOLD

### 1938 – das Jahr auf der Schwelle zum zweiten Weltkrieg.<sup>1</sup>

Die Vorstellungen, die sich von Deutschland und dem Leben der Deutschen im Jahre 1938 im Gedächtnis von Zeitgenossen erhalten haben und auch den Nachgeborenen zu Bewußtsein gebracht werden, ähneln bis heute ungleich mehr dem Propagandabild der damaligen Machthaber als der geschichtlichen Wirklichkeit. Sie sind viel stärker ein Produkt des Joseph Goebbels, gleichsam ein Ausdruck seines späten Triumphs, als das Resultat kritischer Historiographie. Wie läßt sich das erklären? Die wenigen Überlebenden jener Zeit, die eigene Erinnerungen besitzen, mögen an das letzte Jahr des Friedens denken, als ihnen ihre Welt noch heil zu sein schien und sie voller Lebenspläne waren, die dann unwiederbringlich zerstoßen. Den Nachgeborenen, der überwiegenden Mehrheit der heute lebenden Deutschen, wird vor allem via Fernsehfilm, in Gestalt sogenannter Dokumentationen, und auf Glanzpapier, in Form sogenannter Chroniken, zumeist eine Zusammenstellung jenes Bildmaterials vorgeführt, das nahezu ausschließlich aus der Fabrikation der Fachleute des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda stammt. Sie zeigten weisungsgemäß die Festtage des Regimes: den auf Kundgebungen umjubelten Führer, begeisterte Menschenmassen, die Bürgersteige von Straßen dicht besetzend, die Hitlers Fahrzeugkolonne passierte oder auf denen Paraden der Wehrmacht oder die Vorbeimärsche der verschiedenen Formationen stattfanden. Sie führten die nach Zehntausenden zählenden Bauern beim Reichserntedankfest auf dem Bückeberg vor, die Arbeiter beim Bau von Reichsautobahnen, bei Stapelläufen mit Schiffstauen und bei anderen Gelegenheiten, die durchweg von den Ergebnissen emsiger Arbeit zeugen, die Erholung suchenden Urlauber während Fahrten von KdF-Schiffen und auf Wanderungen in den Bergen usw. ad infinitum oder soweit die Filmmeter reichten. In diese Bildwelt hinein paßt dann die These aus Joachim Fests Hitlerbiografie: „Wenn Hitler Ende 1938 einem Attentat zum Opfer gefallen wäre, würden nur wenige [43:] zögern, ihn einen der größten Staatsmänner der Deutschen, vielleicht den Vollender ihrer Geschichte zu nennen.“ Diese Feststellung wurde 1973 gedruckt und mit den vielen, die Hitler solchen Lorbeer winden würden, war mithin nicht die Generation an seiner vorgestellten Bahre gemeint.

Nun sind besagte Fotografien und Filmstreifen jede und jeder für sich genommen keine Fälschungen. Diesen Führerkult gab es ebenso wie die Glücksgefühle von Millionen. Doch wieviel Wirklichkeit enthalten die eingefangenen Momente und die berechnend gewählten optischen Perspektiven? Wie groß sind die Ausschnitte, die sie vom Leben der Masse der Deutschen wirklich bieten? Und was sagen sie über die Richtung aus, in der sich die deutsche Geschichte bewegte? Wer darauf antworten will, muß diese Zeitdokumente mit anderen konfrontieren, an denen es in den Archiven nicht fehlt, die aber den Zwecken abendlicher Fernsehunterhaltung mit und durch Geschichte nicht dienen können.

Von besonderer Aussagekraft ist der erste der überlieferten, umfassenden Jahresberichte, den das von Reinhard Heydrich geleitete Sicherheitshauptamt des Regimes über die deutschen Zustände im Jahre 1938 anfertigte. Dieser Text liegt wie alle Berichte aus der Zentrale des Sicherheitsdienstes seit 1984 auch im Druck vor, doch haben deren Inhalte, die ein kritisches Bild von der jeweiligen innenpolitischen Lage geben, ebensowenig wie verwandte Dokumente Eingang in das öffentliche Geschichtsbild gefunden. Auch die gebräuchlichen Schulgeschichtsbücher bedienen sich zur Illustration ihrer Darstellungen der Fotos, Plakate und Bilder, mit denen die Propaganda operierte, ohne eine Handhabe anzubieten, sie kritisch zu lesen. Sie verzichten ganz oder weitgehend darauf, die von den Machthabern selbst angefertigten wirklichkeitsnahen Eingeständnisse vom Leben der Massen und der Wenigen, der Reichen und der Armen, der Herrschenden und der Beherrschten heranzuziehen, die doch und nicht zuletzt – dies nebenbei – auch wirksame Argumente gegen Verklärungen neonazistischer Demagogen bieten könnten.

---

<sup>1</sup> Vortrag auf der Tagung „Der Fall Weimar. Moderne und Antimoderne im Spannungsfeld des 20. Jahrhunderts“ der Hochschule für Musik Franz Liszt Weimar vom 3. bis 6. Juni 1999. Das Thema wurde mit Bezug auf den Tag gewählt, an dem die Ausstellung „Entartete Musik“ in Düsseldorf aus Anlaß der „Reichsmusiktage 1938“ gezeigt wurde.

In diesen SD-Berichten finden sich freilich auch Aussagen, die das in der Bundesrepublik vorherrschende Gesamtbild vom Wesen der faschistischen Diktatur in Frage stellen. Das ist nicht das Thema dieses Vortrags, mag aber wenigstens anhand zweier Textstellen belegt werden. Über die Situation im Bankgewerbe wird festgestellt: „Die politische Entwicklung des Jahres (1938) brachte im Bankwesen eine weitere Verschiebung zu Gunsten der Großbanken ... Hinzukommt, daß die wichtigen Arisierungen mit Hilfe der Großbanken erfolgten, die sich meist einen entscheidenden Einfluß sicherten. Die Neuordnung in der Ostmark und im Sudetengebiet kam fast [44:] restlos den Großbanken zugute.“<sup>2</sup> Den seit 1933 eingetretenen Wandel in den Eigentumsverhältnissen in der deutschen Industrie, die sich immer stärker zur Rüstungsindustrie hin entwickelte, schildern die Spezialisten des Sicherheitsdienstes so: Es sei „die Verlagerung des Kräfteverhältnisses zwischen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb ... zu Gunsten der Großbetriebe und Konzerne in der gesamten Industriegewirtschaft zu erkennen ..., sowie die weiterhin ungehinderte Expansionsbewegung dieser wirtschaftlichen Gebilde aus eigenem Machtstreben.“<sup>3</sup>

Der Jahresbericht 1938 beginnt – das entsprach der Hauptaufgabe des Dienstes – mit der Analyse wirklicher oder vermeintlicher gegnerischer Kräfte und ihres Wirkens und endet mit einem Abschnitt über die Wirtschaft, der zugleich der umfassendste des gesamten Dokuments darstellt. Was ist sein Fazit über das Leben im eben mehrfach – durch die Liquidierung Österreichs und die Aneignung der Sudelengebiete – vergrößerten Reich? In seinem Teil über die wirtschaftliche Entwicklung besteht er aus einer Aneinanderreihung von Warnsignalen, die auf bereits eingetretene oder zu erwartende Fehlentwicklungen hinweisen und Gegenmaßnahmen anraten. Die Kernaussage lautet: In Deutschland wurden auf dem Wege der äußersten Forderung der Rüstungswirtschaft die vorhandenen materiellen und menschlichen Reserven bereits weitgehend erschöpft, die zu Gebote stehenden Kräfte sind bedenklich überspannt, in der Wirtschaft erhebliche Disproportionen entstanden und krisenhafte Erscheinungen nicht mehr zu übersehen. Letzteres gelte auch für die Naturwissenschaften, in denen sich eine Verlagerung der Kräfte von den Grundlagen- auf die Zweckforschung vollzogen habe, weshalb Deutschlands führende Stellung insbesondere auf dem Gebiet von Physik und Chemie verloren zu gehen drohe mit allen sich daraus in späteren Jahren ergebenden wirtschaftlichen Folgen.<sup>4</sup> Ein „beachtlicher Prozentsatz der gesamten deutschen Lehrstühle“ sei „unbesetzt oder nur kommissarisch besetzt“.<sup>5</sup> Das hieß, die Deutschen lebten 1938 zu einem bedenklichen Teil auf Kosten von Leistungen der Vergangenheit und unter Vernachlässigung der Vorsorge für die Zukunft. Das Erscheinungsbild der Gesellschaft und die ihrer Entwicklung innewohnende Tendenz fielen mithin weit auseinander.

Diese Urteile gründen sich auf eine Vielzahl von Fakten, von denen hier nur die markantesten genannt werden können. Die Politik des auf die Kriegs- [45:] und das hieß: Angriffsfähigkeit gerichteten Vierjahresplans mit den industriellen Investitionen hatte zu einer zunehmenden Landflucht geführt, die bei gleichzeitiger Erweiterung des Inlandmarktes in der Landwirtschaft zu einem Rückgang der Erzeugung und zu extensiven Methoden der Produktion führte. Die Einbringung der Ernte wurde vielfach nur durch Sondereinsätze der Wehrmacht, des Reichsarbeitsdienstes und von Einheiten der faschistischen Organisationen gesichert, deren Arbeit das wirkliche Ausmaß der Krise noch überdecken konnten. Trotz der Zuwanderung von Arbeitskräften in die Städte reichte das Potential an verfügbaren Arbeitern in vielen Industriezweigen und Bereichen nicht mehr aus, denn gleichzeitig wurde ein wachsender Teil von jungen und leistungsfähigen Arbeitern von der Wehrmacht eingezogen oder sonst im Prozeß der Militarisierung der Gesellschaft aus Arbeitsprozessen gerissen. Die Folge war eine Verlängerung des Arbeitstages erheblich über acht Stunden hinaus mit bereits deutlich zu bemerkenden Erscheinungen sinkender Intensität und mit zunehmenden Unfällen und Krankheiten.

Die kritischsten Entwicklungen waren im Verkehrs- und im Bauwesen zu bemerken. Die Vernachlässigung von Investitionen bei der Reichsbahn führte zu spürbaren und die arbeitende Bevölkerung

---

<sup>2</sup> Meldungen aus dem Reich. Die Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SD 1938-1945 herausgegeben und eingeleitet, Herrsching 1984, (im folgenden: Meldungen 2) S. 182.

<sup>3</sup> Ebd., S. 187.

<sup>4</sup> Ebd., S. 81.

<sup>5</sup> Ebd., S. 82.

zunehmend belastenden Ausfällen oder Verzögerungen von Transporten. Der Wohnungsbau hatte wegen des Einsatzes von Menschen und Material beim Bau des Westwalls und anderen Militärbauten sowie bei der Errichtung von repräsentativen Staatsgebäuden einen absoluten Tiefstand erreicht und mit ihm herrschte in vielen Städten, insbesondere in den Großstädten, Wohnungsnot. Die Vernachlässigung des Wohnungsbaus und der -instandsetzung galt als derjenige Faktor, der am stärksten auf die Stimmung von Teilen der Bevölkerung drückte und eine das Regime ablehnende Haltung begründete. Ausbleibende Investitionen und fehlende Arbeitskräfte brachten es beispielsweise auch mit sich, daß es an Einrichtungen der Kinderbetreuung fehlte. In Berlin wurde die Zahl der – so die Formulierung des SD-Berichts – herumlungern Kinder, deren Eltern arbeiteten, auf etwa 5.000 geschätzt. Natürlich hat sie kein Filmakteur vor eine Kamera geholt; ebensowenig die Tausende, die in der Reichshauptstadt in überfüllten Kellerwohnungen lebten. Die Bilder, auf denen kraftstrotzende Männer des Reichsarbeitsdienstes mit dem geputzten und geschulterten Spaten zu sehen sind oder die gutgenährte und gepflegte Mädchen bei Sport und Spiel vorführen, sind eine Kulisse vor weiten Bereichen der Wirklichkeit und vor allem vor der Tatsache, daß ein erheblicher Teil der deutschen Bevölkerung nicht so sehr mangelhaft, aber falsch und schlecht, mit in der Qualität verschlechterten Nahrungsmitteln ernährt wurde.

[46:] In den Reden, die Rudolf Heß alljährlich am Ende der Nürnberger Reichsparteitage vor den Gau- und Kreisleitern der NSDAP hielt und die nur intern veröffentlicht wurden, gab der „Stellvertreter des Führers“ ein Bild von der tatsächlichen Lage der arbeitenden Massen, das von jenem der Propaganda weit abwich. Zugleich aber begründete er, warum sich die Parteifunktionäre nicht zum Sprecher einer Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter zu machen hätten. Viele Löhne, sagte er 1936, würden sich „an der Grenze des Existenzminimums bewegen“. Würden sie nicht auf diesem niedrigsten Niveau belassen, würde sich die kaufkräftigen Nachfrage auf dem Markt für Nahrungsmittel niederschlagen und folglich müßten mehr Devisen für deren Einfuhr aufgewendet werden. Diese aber seien für den Import von Rüstungsrohstoffen bestimmt. Klar war Heß auch, daß sich als Folge der Vierjahresplan-Politik auf Jahre hinaus am „Wohnungselend der breiten Masse“ nichts ändern würde.<sup>6</sup> 1938 kam der „Stellvertreter“ vor der gleichen Zuhörerschaft wieder auf die „sehr geringen Löhne“ zu sprechen und verteidigte sie diesmal zusätzlich mit der wohlfeilen These vom „Volk auf zu engem Raum“.<sup>7</sup>

Wer die SD-Berichte liest und dazu die erwähnten und weitere interne Reden des Stellvertreters des Führers heranzieht, wird zu der Frage gedrängt, welche Tatsachen die negativen Wirkungen der genannten mehr oder weniger kompensierten und dem Regime dennoch jene Gefolgschaft sicherten, über die es gebieten konnte. Nach übereinstimmenden Urteilen von Nazigegnern, wie sie etwa den Bewertungen zu entnehmen sind, die von Sozialdemokraten vorgenommen, ins Ausland geschafft, beim Exilvorstand gesammelt und in dessen Informationsberichten verbreitet wurden, war das hauptsächlichste Argument zugunsten der Machthaber, mit dem sich wieder und wieder eigene und fremde Einwände zum Schweigen bringen ließen, einfach und lautete: „Aber sie haben Arbeit geschaffen“. Dessen Wirkung wird nur ermessens, wer die kaum fünf Jahre zurückliegende Massenarbeitslosigkeit in Rechnung stellt, deren zermürbende und verelendende Wirkungen heutige Erscheinungen weit übertrafen. Alles andere schien demgegenüber sekundär. Die massenpsychologische Wirkung dieser Veränderung bestand in erster Linie darin, daß den Machthabern auch zugetraut wurde, daß sie ihre Versprechungen über eine Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter, Bauern und Angestellten noch einlösen würden. Das war freilich mehr als leichtsinnig und nur jenen – allerdings vielen – Deutschen möglich, die erhebliche Verdrängungskünstler waren.

[47:] Hinzu kam, daß ein Teil der Arbeiter nicht nur wieder Arbeit erhalten hatte, sondern eine hochqualifizierte Minderheit der Arbeiter – ungeachtet der verkündeten Politik des Lohnstopps – wurde aufgrund der zunehmenden Konkurrenz um sie mit höheren Löhnen und besonderen Vergünstigungen gelockt und geworben. Andere Arbeitergruppen verdienten mehr aufgrund der erhöhten Entlohnung

<sup>6</sup> Rede auf dem Parteitag der NSDAP, zum internen Gebrauch verschickt am 15. April 1937. BA NS 802, Bl. 78 ff. Hier die S. 7 u. 9.

<sup>7</sup> Beispielsweise in der Parteitagsrede 1938. BA NS 6/802, Bl. 94.

ihrer Überstunden. Wenn auch diese Mehrverdienste sich infolge von Preiserhöhungen nur teilweise in vermehrter Kaufkraft niederschlugen und das Warenangebot der Konsumgüterindustrie quantitativ und qualitativ erhebliche Lücken aufwies, so war der Zugriff von Millionen auf den Markt doch vermehrt und die Hoffnung geweckt, mit den Jahren würde sich mancher Wunsch erfüllen lassen. Den verstärkte auch die Propaganda, die den Eindruck erweckte, daß – wäre erst die sogenannte Wehrfreiheit erreicht, die Rüstung der Wehrmacht bis zu einem gewissen Punkte gebracht – die Aufwendungen vor allem der besseren Versorgung mit Lebensmitteln, Industriewaren und Wohnungen dienen würden. So glaubten 1938 viele, eines Tages würden auch sie gleichsam „an die Reihe“ kommen. Diese Hoffnungen machte ein Jahr darauf der Beginn des Krieges zunächst für unbestimmte Zeit und dann für immer zunichte.

1938 aber war es eine Mischung von erfüllten und gehegten Erwartungen, die dem faschistischen Regime eine außerordentliche innere Stabilität gaben, von der die Regierenden in den meisten anderen kapitalistischen Staaten Europas nur träumen konnten. Frankreich erlebte in diesem Jahre drei Regierungen und einen Massenstreik gegen den Abbau der Gesetze, die unter den Volksfrontkabinetten beschlossen worden waren. In Großbritannien kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verfechtern und den Gegnern der Appeasement-Politik, und der Rücktritt des Außenministers Anthony Eden löste eine Regierungskrise en miniature aus. In Spanien tobte das dritte Jahr der Bürgerkrieg. Deutschland erschien auch vor diesem Hintergrund als eine Insel der volksgemeinschaftlichen Eintracht, seine Bewohner schienen nach den Jahren der scharfen und erbitterten politischen Auseinandersetzungen des Kampfes müde und von dem Bedürfnis nach nationaler Harmonie beherrscht. Nicht wenige Angehörige der herrschenden Schichten in anderen europäischen Staaten wünschten sich ähnliche Zustände auch in ihren Ländern, was nicht bedeuten mußte, daß sie die Methoden der Faschisten anzuwenden gedachten.

Die Machthaber in Deutschland aber waren mit dem Erreichten nicht gleichermaßen zufrieden. Das lag an den Maßstäben, die sie anlegten, und die waren von dem unverrückbaren Vorsatz hergeleitet, in einen Eroberungskrieg zu ziehen, genauer: durch eine Kette von Kriegen ihre imperialistischen Ziele zu erreichen, die weiter und partiell anders abgesteckt waren [48:] als diejenigen, die der kaiserlich deutsche Imperialismus von 1914 bis 1918 verfolgt hatte. So gemessen, waren sie mit ihren Erfolgen auf ideologischem Feld viel weniger zufrieden als auf dem Gebiet der materiellen und organisatorischen Kriegsvorbereitung. An diesem Zustand waren sie, wie sie sich insgeheim eingestanden, selbst nicht schuldlos. Sie hatten sich vom ersten Tage ihrer Herrschaft an vorgenommen, mit den Kommunisten und den Sozialdemokraten alle Pazifisten zu bekämpfen und ihnen tatsächlich jedwede Möglichkeit der Organisation und des Wirkens genommen. Gleichzeitig aber waren sie, da sie ihre aggressiven Absichten tarnen mußten, selbst zu Reklamerednern des Friedens geworden. Die fortgesetzten Beteuerungen des Friedenswillens – bei Hitler etwa unter Berufung auf seine Erlebnisse als Soldat des ersten Weltkriegs – klangen den Deutschen wohl. Dann erlebten sie, was wider ihr Erwarten ohne Schuß, ja nicht einmal durch Drohung und Säbelrasseln erreicht werden konnte. Aus Österreich wurde sozusagen über Nacht die „Ostmark“. Die Feiern anlässlich der Ausrufung von „Großdeutschland“ waren überschwänglich. Doch konnten außenpolitische Erfolge stets nur ein kurzzeitiges Stimmungshoch schaffen, danach schlugen die Sorgen des Alltags wieder unabgelenkt durch.

Ein halbes Jahr später, als die fünfte Kolonne der Sudetendeutschen mobilisiert wurde, um die Tschechoslowakische Republik durch eine Amputation aus dem europäischen Kräftefeld auszuschalten, kam es zu einem internationalen Konflikt, der alsbald als die „Septemberkrise“ bezeichnet wurde. In Europa roch es – nahezu zwanzig Jahre waren vergangen – das erste Mal seit 1918 wieder nach Pulver und Blei. Hitler, inzwischen Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberkommandierender der Streitkräfte in einer Person, drohte dem Nachbarstaat unverhohlen mit Krieg. Über mehrere Wochen wurde die deutsche Bevölkerung unter Ausnutzung des Informationsmonopols mit Lügen über die Politik der Prager Regierung überschüttet und Edvard Beneš zum alleinigen Störenfried in Europa erklärt. Mehrere Staaten begannen, ihre Armeen zu mobilisieren. Doch die übergroße Mehrheit der Deutschen ließ erkennen, daß sie Frieden wollte und nicht gesonnen war, wegen der angeblich von Ausrottung bedrohten deutschen Minderheit in einen Krieg zu ziehen. Die Beobachter des Sicherheitsdienstes

stellten fest, daß das Abhören der ausländischen Rundfunksender zunahm, weil den Meldungen der deutschen Nachrichtenagentur mißtraut wurde.<sup>8</sup> Deutlich spürbar war die Erleichterung, als in München mit der Hilfestellung Frankreichs, [49:] Großbritanniens und Italiens auf diplomatischem Wege erreicht wurde, wonach es den deutschen Machthabern auf dem Wege in den Krieg gelüstete.

Die Mehrheit der Deutschen, noch immer meinent, der „Führer“ setze berechnete nationale Forderungen durch, beruhigte sich rasch und vertraute darauf, daß dieser ihnen als genial präsentierte Politiker alles erreichen würde, indem er am Rande des Krieges operierte. Das Erlebte des Spätsommers 1938 wurde nicht als ein Menetekel gedeutet und verstanden, sondern als Beweis dafür, daß die Politik der Drohung erfolgreich sein könne und Hitler ein Fingerspitzengefühl dafür besäße, wie weit er gehen könne. Auch die längst nicht mehr geheim gebliebene Tatsache, daß sich deutsche Soldaten der Luftwaffe und der Kriegsmarine schwerstbewaffnet in Spanien an einem blutigen Bürgerkrieg beteiligten, wurde nicht als Warnung begriffen. Gleiches galt für die Bündnisbeziehungen mit Italien, das Abessinien bekriegt, erobert und annektiert hatte, und mit Japan, das auf dem asiatischen Kontinent auf Eroberungen ausging.

Hitler hingegen reagierte auf die Erfahrung der Septemberkrise umgehend. Er instruierte die für die Meinungsmanipulation verantwortlichen Spezialisten selbst über ihre Aufgabe, den Deutschen zu erklären, daß nicht alles, was wünschbar sei, auf die gleiche oder eine ähnliche Art und Weise gewonnen werden könnte wie Österreich und die Randgebiete Böhmens und Mährens. Dabei erweckte er während seiner Rede am 10. November 1938 vor etwa 400 Spezialisten der Propaganda den Eindruck, als sei während der eben zurückliegenden Wochen bereits bewirkt worden, was doch in Wirklichkeit erst zu erreichen war. Er benutzte das Präteritum, meinte aber doch das Futurum, als er sagte, es sei notwendig gewesen, dem Volke „langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nur die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann.“

Indessen hatte trotz aller Anstrengungen diese „innere Stimme“ der übergroßen Mehrheit der Deutschen weder noch Krieg geschrien noch auch nur geschwiegen, sondern sich gegenüber einem Krieg spürbar ablehnend geäußert. Wiewohl Hitler diesen Sachverhalt natürlich kannte und sich schwerlich der Illusion hingab, die Stimmung im Berliner Sportpalast, wo Hitler am 26. September 1938 eine chauvinistische Rede gehalten hatte<sup>9</sup>, sei die der Mil-[50:]lionenmassen im Lande gewesen, war er nicht einmal in diesem Kreis bereit, den Sachverhalt unumwunden zu benennen. Doch seine Zuhörer verstanden, daß sie die Propaganda jetzt umzusteuern hatten, um die Deutschen, wie Hitler das formulierte, dazu zu bringen, „geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt“.<sup>10</sup> Der „Führer“ wies dabei selbst die Wege, wie seine vielzitierte Rede am 30. Januar 1939<sup>11</sup> zeigte, die meist nur als Beleg für die Absicht zitiert wird, die Juden zu vernichten. Jedoch wurde sie gerade durch jenen Prozeß der Umsteuerung charakterisiert und stellte eine Mischung von Friedensdemagogie („die Völker wollen nicht mehr auf den Schlachtfeldern sterben“) und der direkten Vorbereitung auf einen Krieg dar. In diesem Zusammenhang wurde das „internationale Judentum“ als sein allein denkbarer Urheber vormarkiert, während in Wahrheit der Krieg an der Regimespitze ein beschlossenes und seit Anfang April 1939 auch ein durch Befehl fixiertes Vorhaben war.

---

<sup>8</sup> Diese Erscheinung flaute nach dem Ende der Krise nicht ab. Im SD-Bericht für das erste Vierteljahr 1939 hieß es im Abschnitt Rundfunk: „Fast in allen deutschen Hörerkreisen werden seit der Septemberkrise nach wie vor regelmäßig deutschsprachige Nachrichten und Sendungen ausländischer Sender gehört. Es handelt sich hierbei vorwiegend um die Sender London, Straßburg, Lille, Nizza.“ Meldungen 2, S. 278.

<sup>9</sup> Sie gipfelte in der Herausforderung Hitlers, „Herr Benesch“ habe jetzt die Entscheidung in der Hand „Frieden oder Krieg“. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem [50:] Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 14. November 1945-1. Oktober 1946 (im folgenden IMG), Bd. XXXIX, Nürnberg 1949, S. 281.

<sup>10</sup> Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte, 1958, H. 2, S. 182 f.

<sup>11</sup> Rede Hitlers vor dem „Großdeutschen Reichstag“ aus Anlaß des 6. Jahrestages der „Machtergreifung“. Zitiert in: Verfolgung – Vertreibung – Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933-1942, hg. Kurt Pätzold, Leipzig 1983, S. 215 ff.

In die Atmosphäre des Vorkriegs gehören auch die Aktivitäten der Machthaber, die sich nur mit einigem Widerwillen unter dem Begriff Kulturpolitik zusammenfassen lassen. Um ihre Ausgangspunkte wie ihre Zielsetzungen zu verstehen, muß bedacht werden, daß die Politiker um Hitler durchweg Zeitgenossen der Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg gewesen waren. Die Legende, daß dieser Krieg verloren worden war, weil der Front der Dolch in den Rücken gestoßen worden sei, war nicht nur für die tumbe Toren bestimmt, sondern gehörte zu ihren Grundüberzeugungen und bei einigen zu ihren geradezu traumatischen Erinnerungen. Die immer wieder beschwörend vorgetragene Prophezeiung, es werde in der deutschen Geschichte keinen zweiten 9. November 1918 geben, war zugleich eine programmatische Aussage. Bereits im Vorkrieg sollte eine Einheit des Denkens, Wollens und Handelns hergestellt werden, die allen Belastungen standhalten würde. Die Deutschen, so das Idealbild, müßten als eine geschlossene Marschkolonie in den Krieg und bis zum Endsieg ziehen. Dies und nicht nur der Grundsatz der Machtbefestigung in und für Friedenszeit bestimmten die Maßnahmen, die im Verlauf des Jahres 1938 ergriffen wurden.

Die zahlreichsten Opfer dieses Kriegskurses wurden 1938 die deutschen Juden, denn der Übergang zu ihrer forcierten Vertreibung, für den der Pogrom des 9./10. November den Auftakt gab, zielte darauf, möglichst viele [51:] der als *Rassefeinde* diffamierten Menschen aus dem Reichsgebiet zu treiben<sup>12</sup> und durch deren Beraubung auch die Rüstungskasse zu füllen. Es konnte nach allem, was ihnen angetan worden war, nicht erwartet werden, daß sie im Kriege, den sie nach ihrer ganzen Lage nicht zu sabotieren imstande waren, einen deutschen Sieg herbeiwünschen würden. Gleichzeitig wurde in diesem Jahr turbulenter innerer und außenpolitischer Ereignisse versucht, jeden nicht völlig systemkonformen geistigen Einfluß auf die deutsche Bevölkerung zurückzudrängen und am besten völlig auszuschalten. Zu diesem Zweck wurden die letzten Reste selbständiger organisatorischer Zusammenschlüsse beseitigt, die aus der Weimarer Zeit noch überdauert hatten. Während die einen dem nationalsozialistischen Organisationsgefüge eingegliedert wurden, verfielen andere – Verbände, Vereine, Gesellschaften etc. – dem Verbot. Weiteren, insbesondere den großen Kirchen und Religionsgemeinschaften, wurde ihr Aktionsradius eingeschränkt. Partei- und Staatsbürokratie arbeiteten auf die totale „Gleichschaltung“ hin, die 1933 begonnen worden war und nun vollendet werden sollte. Ein permanentes Thema namentlich unter den Ideologen der Führungsgruppe bildete die Frage, wie die einstigen Angehörigen als verdächtig geltender Zusammenschlüsse – etwa die Freimaurer oder die früheren Mitglieder der Anthroposophischen Gesellschaft – zu behandeln, namentlich welche Chancen ihnen im Staate zu gewähren oder zu verbauen wären.

Das Interesse der totalen geistigen Ausrichtung der Deutschen nach den Normen der rassistisch-imperialistischen Weltanschauung regierte auch gegenüber den Wissenschaften und den Künsten und stieß hier zum Ärger der Machthaber auf besondere Hindernisse. Deren Ursachen waren nicht in erster Linie gefestigte antinazistische Überzeugungen in der Intelligenz oder gar die Entschlossenheit zum Widerstand. Sie entsprangen vielmehr dem Unwillen, sich bedingungslos auf Forderungen einzulassen, die schlechthin als dilettantisch, dogmatisch, unvernünftig, auch als grotesk oder absurd erschienen. Insbesondere auf den Gebieten wissenschaftlicher und künstlerischer Betätigung, auf denen die Arbeit ganz oder weitgehend vereinzelt geleistet wird, beobachteten die Machthaber trotz der seit 1933 erfolgten zwangsweisen Erfassung der Künstler und Publizisten aller Genres und Sparten in der sogenannten Kulturkammer bzw. ihren Gliederungen viele Erscheinungen, die ihnen nicht als „nationalsozialistisch“ galten, ein Kriterium, mit dessen Bestimmung sie freilich permanent Schwierigkeiten hatten. Darauf weist auch die Tatsache hin, daß sie viel häufiger zur negativen Bestimmung ihrer Forderungen griffen, also sagten und schrieben, was sie nicht lesen, [52:] sehen oder hören wollten, als daß sie ihre eigenen Standpunkte anders als phrasen- und nebelhaft hätten formulieren können. Darin drückte sich nicht nur intellektuelles Unvermögen aus. Die tiefste Ursache dieses Zustands lag darin begründet, daß sie sowohl in den Künsten als auch auf Gebieten der Wissenschaft vermeiden mußten, ihre letzten Zwecke zu enthüllen, ja sie im vielmehr Dunkeln zu halten wünschten. Deutlicher und früher als in der Musik zeigte sich, was gewollt wurde, in den bildenden Künsten,

---

<sup>12</sup> Hitler in der Rede am 30. Januar 1939: „Wir sind entschlossen, ... dieses Volk (tatsächlich: die deutschen Juden – K. P.) abzuschieben“. Ebd. S. 215 f.

als 1937 die „Große Deutsche Kunstausstellung“ in München eröffnet wurde, der 1938 die über die „Entartete Musik“ in Düsseldorf folgte. Hitler verlangte von Malern und Bildhauern, daß sie die „Größe der Zeit“ darstellten. Was gemeint war, sagte am klarsten die Auswahl der ausgestellten Porträts von Militärführern, unter denen auch im Katalog diejenigen der Generalfeldmarschälle August von Mackensen, des hochbetagten Parteigängers des Regimes, und Werner von Blomberg, des Generalobersten Eugen Ritter von Schobert und der Generale Hans von Seeckt und Franz Xaver Ritter von Epp besonders hervorgehoben wurden. Der eingeforderte Kriegseinsatz der Künste wie der Wissenschaft begann viel früher als der Krieg. Doch wurde diese Arbeit nicht so benannt, bis vorgeblich „zurückgeschossen“ wurde und sich die Deutschen im „uns aufgezwungenen Krieg“ – dies die beiden Grundlügen der Eroberer – befanden.

Nur wer die programmatische Rede, mit der Hitler das „Haus der deutschen Kunst“ eröffnete, sehr genau verfolgte, konnte seinen Worten entnehmen, wohin Deutschland und die Deutschen gesteuert wurden. Denn die wenigen „Eingeständnisse“ des hauptsächlich Gewollten, waren überwuchert von einem Dschungel aus unflätigen Beschimpfungen, mit denen die Künstler und Kunstrichtungen belegt wurden, deren Geltung offenbar im Verständnis des Redners nichts anderes war als eine betrügerische jüdische Mache, angefertigt, die Deutschen ihres Wesens zu berauben und sie zu verdummen: „Sogenannte Kunst“, „Verfallkunst“, „Auchkünstler“, „Dilettanten“, „Nichtsköner“, „Kultur-“ und „Kunstsowjetisten“ lauteten schon die Beschimpfungen minderen Grades. Dann folgte eine ununterbrochene Reihe von Schimpfwörtern, die hier nur in Erinnerung gebracht werden, um die ungeistige und jeden Abweichenden bedrohende Atmosphäre zu verdeutlichen: „Kleine Gegenwartskunstabrikanten“, „Kunstschmierantentum“, „kleinste Kunstproduzenten“, „kleinste Kunstlibellen“, „Kunstschwärze“, „Kunstschwadronen“, „Kunstvertreiber“, „Kunstkleckser“, „Kunstpinsler“, „prähistorische Kunststotterer“, „Kunstmißhandler“, „Kunstscheißer“, „Kultur-Steinzeitler“, „klägliches Wicht“, „Schmiererei“, „Schund“, „Frechheit“, „Wahnsinn“, „Kunstgestammel“, „internationale Kritzeleien“. Wer sich nicht zum „Künder deutscher Art und deutschen Wesens“ machen wollte, dem drohte Hitler die Irrenanstalt oder den Staatsanwalt oder den Chirurgen an, der entsprechend [53:] dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses zum Operationsbesteck greifen müßte. Diese Rede war beispiellos. Nun sollte Kunst wieder aus „tiefstem deutschen Herzen“ geschaffen werden. Welche? Die Gegenüberstellungen, die das zu verdeutlichen hatten, besaßen das entsprechende Niveau. Nicht länger entartet, sondern artgemäß, nicht krank, sondern gesund, nicht unverständlich, sondern einfach und klar, nicht modern, gegenwärtig und vergänglich, sondern erhaben und ewig, nicht häßlich, sondern schön, nicht international, sondern deutsch und volksverbunden und – wie die Deutschen eben so sind – aufrichtig, anständig und wahr. Jede dieser Kennzeichnungen entstammt dem Redetext, in dem an einer einzigen Stelle und auch da geschwollen und verquast formuliert wurde, wohin die geschichtliche Entwicklung auch durch den Einsatz der Kunst im „Endresultat“ führen sollte. Wir wünschen uns eine Kunst, sagte Hitler, „die immer mehr der Vereinheitlichung dieses Rassegefüges (damit war das deutsche Volk gemeint, das in dieser Rede bemerkenswerterweise nicht als reinrassig, sondern als das Produkt einer Mischung hingestellt wurde, allerdings mit einem „Kernbestand“ – K. P.) Rechnung trägt und damit einen einheitlich geschlossenen Zug annimmt“.<sup>13</sup> 65 Millionen Deutsche als geschlossene Kolonne unter dem Befehl ihrer Führer, die mit Panzern und Sturzkampfflugzeugen Weltgeschichte schreiben wollten.

Im bereits mehrfach herangezogenen Jahreslagebericht des Sicherheitshauptamtes 1938 hieß es dann, daß im Jahresverlauf eine „Besserung ... vor allem im Musikschaffen und in der bildenden Kunst“ festgestellt worden sei und sich das „nationalsozialistisch ausgerichtete Musikleben“ vor allem unter Anteilnahme der Jugend entwickelt habe. „Dagegen“, wird dem sogleich hinzugefügt, wäre „die Isolierung negativer Kräfte aus dem Musikschaffen“ auch im zurückliegenden Jahr „nur zu einem geringen Teil“ erreicht worden. Im einzelnen wird beklagt, daß die Entwicklung, die sich angeblich von Gemeinschafts- immer mehr zu Einzelleistungen hin verlagert habe, „auch in Bahnen volksfremden Schaffens“ gelangt sei und „den Gleichklang völkischer Gemeinsamkeit vermissen“ lasse. Dessen

---

<sup>13</sup> Rede Hitlers zur Eröffnung der Großen Deutschen Kunstausstellung 1937, in: Die „Kunststadt“ München 1937. Nationalsozialismus und „Entartete Kunst“, hg. von Peter-Klaus Schuster, München 1987, S. 242 ff., hier: S. 246.

Herstellung stand nach Ansicht der Autoren im Wege, daß in deutschen Konzertsälen zu viele ausländische Musiker aufträten, die Juden aus dem Musikschaffen nicht restlos ausgeschaltet wären, führende Musikverlage noch immer Notenwerke „jüdischer Komponisten“ herausgeben würden und im Handel noch Schallplatten „jüdischer Künstler und Komponisten“ zu kaufen seien. Das Fazit lautete, daß auf dem gedachten Wege, der einmal „Erneuerungsbestrebun-[54:]gen auf musikalischem Gebiet“ genannt wird, dann wieder „kulturpolitischer Aufbau auf musikalischem Gebiet“ heißt, „von „einem einheitlichen und klar herausgearbeiteten Standpunkt noch nicht gesprochen werden“ könne.<sup>14</sup>

Im ersten Vierteljahresbericht 1939 – freilich auch dort nur zwischen den Zeilen –, wird dann eingestanden, daß die klaffenden Lücken, welche die Politik der Judenvertreibung gerade auf dem Gebiet des Musiklebens geschlagen hatte, unschließbar waren. Da finden sich ohne nähere Erläuterungen Klagen über dilettantische Ausbildung des Nachwuchses und die Feststellung, daß während der Reichsmusiktage Kompositionen junger Autoren, die als „HJ-Angehörige“ apostrophiert werden, „allgemeine Ablehnung“ erfahren hätten.<sup>15</sup> Daß in den Berichten, die aus dem Amte Heydrichs kamen, immer wieder Bezug auf die im ganzen unbefriedigende Situation der Nachwuchsausbildung und auf die Rolle der Hitlerjugend im Musikleben Bezug genommen wird, läßt ebenfalls das Hauptinteresse der Machthaber erkennen, insbesondere aus den Jahrgängen der jungen Generation auf dem Weg in den Krieg eine singende und dröhnende Kolonne zu formieren. Mit allen ästhetischen und mehr noch ideologischen Folgen ist das weitgehend gelungen. Die faschistischen Liedtexte hafteten fester als die in den Schulen gelernten unvertonten Gedichte der Nazibarden. Als bald wurden die zu jedem neueröffneten Feldzug geschaffenen Märsche und deren Texte so etwas wie die neuen deutschen Volkslieder. Die Szene hatte gewechselt. Noch 1937 verbot Rudolf Heß den Formationen der NSDAP in einer Weisung das Singen des Liedes ‚Siegreich woll’n wir Frankreich schlagen‘, auch in einer, wie es hieß, in letzter Zeit zu hörenden Umdichtung, in der Frankreich durch Rußland ersetzt worden war. Keine drei Jahre vergingen und es tönte tagtäglich „Über die Scheide, die Maas und den Rhein, ziehen wir siegreich noch Frankreich hinein“.<sup>16</sup>

Im Jahr 1938, dem Jahr auf der Schwelle zum Kriege, gewann der Plan der Eroberungen in den Köpfen der führenden Politiker und Militärs mehr und mehr Kontur. Während in Hitlers Weisung an die Wehrmacht vom 21. Oktober 1938<sup>17</sup> die „Erledigung der Rest-Tschechei“ und die „Inbesitznahme des Memellandes“ als diejenigen „Fälle“ bezeichnet wurden, auf welche sich die Streitkräfte vorzubereiten hätten, reichten die Kriegsplanungen bereits über diese vorbereitenden Schritte hinaus und richteten sich auf die Hauptgegner. Hermann Göring, dazu neigend, die eigene Politik brutaler [55:] zu charakterisieren als viele andere Mitführer Hitlers, bekannte in einer Rede, die er am 8. Juli 1938 vor Flugzeugindustriellen hielt, seine Überzeugung, „daß es doch einmal einen größeren Kladderdatsch geben wird und daß wir dann einmal den großen Kampf machen müssen“. Das werde, davon hatte schon bald nach dem Ende des ersten Weltkriegs Hans von Seeckt gesprochen, wieder ein Krieg gegen eine Übermacht sein. In den Worten des Oberbefehlshabers der Luftwaffe und Chefs der Behörde für den Vierjahresplan hörte sich das so an: „Denn wenn es zur Entscheidung kommt, werden wir wieder zunächst einmal eine Masse uns gegenüber haben, wenn ich das ganze Weltreservoir sehe, das die Feindstaaten besitzen.“ Die gleiche Sicht entwickelte der Chef der deutschen Kriegsmarine, Admiral Ralf Carls, im September 1938, der es ebenfalls für unwahrscheinlich hielt, daß Deutschland eine „gesicherte Weltmachtstellung“ ohne Krieg mit Großbritannien würde erreichen können. Er schrieb in einer Stellungnahme zur „Entwurfstudie Seekriegführung gegen England“: „Der Krieg gegen England bedeutet gleichzeitig Krieg gegen das Empire, gegen Frankreich, wahrscheinlich auch gegen Rußland und eine große Reihe überseeischer Staaten, also gegen 1/2 bis 2/3 der Gesamtwelt.“<sup>18</sup>

---

<sup>14</sup> Ebd., S. 113 ff.

<sup>15</sup> Ebd., S. 274.

<sup>16</sup> Amtliche Mitteilungen der Reichsmusikkammer, IV/9, 1. Juli 1937, S. 45. Zitiert nach Fred K. Prieberg: Musik im NS-Staat, Frankfurt a. M. 1982, S. 376.

<sup>17</sup> IMG, Bd. II, Nürnberg 1947, S. 140 f.

<sup>18</sup> IMG, Bd. II, S. 1631.

Unter diesen Vorzeichen verband sich die Vorstellung vom zu erreichenden Sieg mit dem Einsatz von zwei Faktoren: der rascheren Vorbereitung auf den Krieg und der Ausbildung und Ausschöpfung der angeblich überlegenen Willensqualitäten der Deutschen. Noch einmal in Görings Wortwahl: „Es kommt nur darauf an, daß nicht wieder schlapp gemacht wird.“<sup>19</sup>

Die deutschen Militärs planten wieder in kontinentweiten politisch-geographischen Dimensionen. Jeder praktische Schritt zum Kriege hin prägte diese ihre Mentalität weiter aus. In Spanien betraten deutsche Offiziere und Soldaten nach dem verlorenen Krieg zum ersten Mal wieder ein Schlachtfeld mit scharfem Schuß. Prompt galt es dem zum Oberkommando der Kriegsmarine gehörenden Fregatkapitän Hellmuth Heye in einem Bericht als selbstverständlich, daß Deutschland durch die Teilnahme am Bürgerkrieg sich auf der Pyrenäen-Halbinsel dauernd eine „ausreichende Gewähr für die Wahrung unserer politischen und militärischen Interessen“ zu sichern habe.<sup>20</sup>

[56:] Umstritten war zu jener Zeit in den Kreisen der zivilen und militärischen Eliten nicht mehr, daß ein neuer „großer“ Krieg geführt werden müsse, sondern – und das war nach den Erfahrungen von 1918 nichts weniger denn verwunderlich – der Grad des Risikos, das dabei eingegangen werden solle. Arnold Rechberg schlug am 18. November 1938 in einer Denkschrift, die er an den Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers richtete, vor, sich auf den „deutschen Expansionskrieg gegen Osten“ zu konzentrieren und Gebiete „bis einschließlich des Ural mit seinen gewaltigen Erzvorkommen“ zu erobern. Das sollte in einer „europäischen Front“ der Antibolschewisten geschehen. Erst wenn sie nicht zustande gebracht werden könne, „muß ... das Risiko des deutschen Expansions-Krieges gegen Osten auch gegen den Widerstand der Westmächte gelaufen werden.“<sup>21</sup> Joachim von Ribbentrop, der nur Wochen später zum Reichsaußenminister berufen wurde, befaßte sich am zweiten Tag des Jahres 1938 ebenfalls mit dem Umfang des einzugehenden Risikos, als er sich in einer Niederschrift zur „Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen“ unter dem Gesichtspunkt äußerte, wie die Neutralität Großbritanniens und Frankreichs zu erreichen wäre, wenn Deutschland „den status quo im Osten“ gewaltsam ändere. Seine Antwort lautete, und sie verwies auf das Ausmaß des gedachten Krieges, es müßten Italien und Japan zu einer drohenden Haltung gegenüber Großbritannien gebracht werden, um die beiden Westmächte dazu zu drängen, die deutschen Eroberer im Osten gewähren zu lassen. Auch auf die Frage, wie diese Haltung der beiden Verbündeten zu bewerkstelligen sei, besaß Ribbentrop bereits eine vage, aber doch vielsagende Antwort: durch den Hinweis „auf später zu lösende gemeinsame Ziele“.<sup>22</sup> Göring malte am Ende seiner schon zitierten Rede den Luftfahrtindustriellen, sie zur Akzeptanz des hohen ökonomischen und politischen Risikos anspornend, das Resultat eines gewonnenen Krieges aus: „Dann ist Deutschland die erste Macht der Welt, dann gehört Deutschland der Markt der Welt, dann kommt die Stunde, wo Deutschland reich ist. Aber man muß was riskieren, man muß was einsetzen.“<sup>23</sup>

---

<sup>19</sup> IMG, Bd. XXXVIII, Nürnberg 1949, S. 379 ff.

<sup>20</sup> Zitiert in: Horst Kühne: Revolutionäre Militärpolitik 1936-1939. Militärpolitische Aspekte des nationalrevolutionären Krieges in Spanien, Berlin 1969, S. 352. Heye brachte es im Kriege bis zum Vizeadmiral und Befehlshaber der sog. Kleinkampfverbände. In dieser Eigenschaft feuerte er die jungen deutschen Soldaten, die mit den Einmann-Torpedobooten in zumeist tödlich endende Kriegsabenteuer kommandiert wurden, in einem Befehl an, „Winkelriede für die hart kämpfende Landfront“ zu sein, die in Frankreich vergeblich die Invasion zu stoppen versuchte. BA/MA, Freiburg, RM 7/63, Bl. 72, KTB/SKL vom 4.8.44.

<sup>21</sup> Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, herausgegeben und eingeleitet von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin 1969, S. 194.

<sup>22</sup> IMG, Bd. XXXIX, S. 91 ff.

<sup>23</sup> IMG, Bd. XXXVIII, Nürnberg 1949, S. 379 f.

[57:]

BABETTE QUINKERT

### „Hitler, der Befreier!“

#### Zur psychologischen Kriegführung gegen die Zivilbevölkerung der besetzten sowjetischen Gebiete 1941-1944

Der 22. Juni 1941 markiert den Beginn einer neuen Qualität faschistischer Besatzungspolitik in Europa. Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde bereits in seiner Planungs- und Vorbereitungsphase als erbarungsloser Raub- und Vernichtungsfeldzug konzipiert.<sup>1</sup> Die langfristigen wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Kriegszielplanungen sahen die Vertreibung und teilweise Vernichtung von 30 bis 40 Millionen „rassisch minderwertiger“ Menschen vor – Juden, Sinti und Roma, Slawen und Asiaten. Die verbliebene Bevölkerung sollte zu Sklavenarbeiten für die Deutschen herangezogen werden.<sup>2</sup>

[58:] Zwischen 1941 und 1945 starben infolge des Krieges insgesamt 26,4 Millionen sowjetische Bürgerinnen und Bürger, darunter 16,9 Millionen Zivilisten.<sup>3</sup> Allein in Belorußland, das zu einem der Hauptschauplätze der terroristischen Okkupationspolitik wurde, fielen dem Genozid an Juden und Jüdinnen und anderen als „rassisch minderwertig“ definierten Bevölkerungsteilen, den Morden an den kommunistischer Gesinnung verdächtigten Menschen, den Morden an „Kranken“, den Massakern im Rahmen der sog. Bandenbekämpfung, dem willkürlichen Terror gegenüber der Zivilbevölkerung sowie Hungersnöten und Seuchen 2,23 Millionen Menschen zum Opfer – ein Viertel der Bevölkerung.

Neuere Aktenfunde in osteuropäischen Archiven zeigen, daß die deutschen Besatzungsbehörden neben dem Terror gegenüber der Bevölkerung auch umfangreiche propagandistische Aktivitäten entwickelten. Die Frage nach der Rolle und dem Umfang der psychologischen Kriegführung gegen die sowjetische Zivilbevölkerung spielte in der westlichen Forschung zur Okkupationspolitik nach 1945 eine wichtige Rolle. Alexander Dallin richtete in seiner bis heute gültigen Gesamtdarstellung der deutschen Besatzungsherrschaft in den sowjetischen Gebieten<sup>4</sup> besonderes Augenmerk auf Diskussionen innerhalb der NS-Führungsschicht, in denen nach dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie Ende 1941 und verstärkt im Zusammenhang mit der sich abzeichnenden grundlegenden Kriegswende im

---

<sup>1</sup> Zum Komplex der verbrecherischen Befehle vgl. Norbert Müller: Wehrmacht und Okkupation 1941-1944. Zur Rolle der Wehrmacht und ihrer Führungsorgane im Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus auf sowjetischem Territorium, Berlin 1971; Okkupation, Raub, Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium 1941 bis 1944, hg. von Norbert Müller, Berlin 1980; „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Berichte, Analysen, Dokumente, hg. von Gerd R. Ueberschar/Wolfram Wette, Frankfurt a. M. 1984, gekürzt erschienen als: Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. „Unternehmen Barbarossa“ 1941, Frankfurt a. M. 1991; Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition. Hg. von einem Kollegium unter der Leitung von Wolfgang Schumann u. a., Bd. 5: Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941-1944), Dokumentenauswahl und Einleitung von Norbert Müller, Berlin 1991 (im folgenden zit.: Europa unterm Hakenkreuz/Sowjetunion).

<sup>2</sup> Die Planer gingen davon aus, daß bei der anvisierten rücksichtslosen wirtschaftlichen Ausplünderung in den eroberten Gebieten „zweifelloso zig Millionen Menschen verhungern“ würden (aus der Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre vom 2.5.1941, IMT, Dok. PS-2718). Zum Zusammenhang von Ernährungs- und Vernichtungspolitik vgl. Christian Gerlach: Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941-1944, Diss. TU Berlin 1997; ds.: Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Homburg 1998. Zu den langfristigen wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Kriegszielplanungen vgl. Rolf-Dieter Müller: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik, Frankfurt a. M. 1991; Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, hg. von Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher, Berlin 1993; Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, hg. von Czesław Madajczyk, München u. a. 1994.

<sup>3</sup> Vgl. Boris Sokolow: Der Preis des Sieges. Anmerkungen zu den Menschenverlusten in der UdSSR (1941-1945), in: Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941-1995, hg. von Hans-Adolf Jacobsen u. a., Baden-Baden 1995, S. 531.

<sup>4</sup> Alexander Dallin: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945, Düsseldorf 1958 (unveränderter Nachdruck 1981). Amerikanische Originalausgabe New York/London 1957.

Frühjahr/Sommer 1943 eine Modifizierung der Besatzungspolitik im Osten erwogen wurde.<sup>5</sup> Die Vorschläge interpretierte er dahingehend, daß sie zumindest teilweise eine grundlegend andere Qualität der Besatzungspolitik zum Ziel gehabt hätten. Er ging davon aus, daß es „Experimente ‚politischer Kriegführung‘“ erst im letzten Kriegsjahr gegeben habe, da diese vorher für „ideologisch tabu, politisch gefährlich und militärisch überflüssig“ gehalten worden seien.<sup>6</sup> Der Ableh-[59:]nung jeglicher psychologischer Kriegführung von Seiten Hitlers habe allerdings eine Reihe von Männern gegenübergestanden, die Dallin als „Opposition gegen die offizielle Ostpolitik“<sup>7</sup> charakterisierte. Er stellte die These auf, daß bei einer früheren Berücksichtigung der Vorschläge eine Niederlage Deutschlands möglicherweise hätte verhindert werden können: „In den ersten Stadien des Feldzuges hätte die Anwendung politischer Kriegführung das Zünglein an der Waage zwischen Sieg und Niederlage abgeben können.“<sup>8</sup> Deutschland habe es aber „gänzlich versäumt“, die Gelegenheit wahrzunehmen, in einem „geschickten Versuch, einen Keil zwischen Herrschern und Beherrschten zu treiben“ und „aus den Sowjetvölkern Partner des Reiches zu machen“.<sup>9</sup>

Dallins Argumentation erklärt sich aus dem historisch-politischen Entstehungskontext seiner Arbeit. Anfang der 50er Jahre wurden im Rahmen des kalten Krieges US-amerikanische Forschungsprogramme durchgeführt, in denen die deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR untersucht wurde, um aus der Analyse der „Fehler“ des deutschen Okkupationsregimes Möglichkeiten einer erfolgreichen psychologischen Kriegführung ableiten zu können.<sup>10</sup>

In dem wenige Jahre später erschienenen Werk von Gerald Reitlinger<sup>11</sup> wurde ebenfalls die Sichtweise vertreten, daß es grundlegende Differenzen über den Charakter der Ostpolitik gegeben habe.<sup>12</sup> Auch Reitlinger stellte die spekulative Frage, was gewesen wäre, wenn Hitler erklärt hätte, „daß er nicht gegen das russische Volk Krieg führe, sondern gegen den Bolschewismus“<sup>13</sup>. Ebenso wie Dallin ging Reitlinger davon aus, daß propagandistische Aktivitäten im Rahmen einer psychologischen Kriegführung vor und während des Überfalls auf die Sowjetunion nicht geplant waren, sondern erst im Verlauf der Besatzungsherrschaft als Modifizierungsvorschläge in die Debatte kamen. Beiden Autoren gemeinsam ist die Auffassung, daß Vertre-[60:]ter einer „aufrichtigen“ psychologischen Kriegführung im Widerspruch zur terroristischen NS-Besatzungspolitik gestanden haben.<sup>14</sup>

---

<sup>5</sup> Diese meist in Denkschriften niedergelegten Stellungnahmen kamen aus Wehrmachts- und Wirtschaftskreisen, von Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes, des Reichspropagandaministeriums sowie des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete. Es sind u. a. Stellungnahmen von Theodor Oberländer, Otto Bräutigam, Reinhard Gehlen, Wilfried Strik-Strikfeldt, Gustav Hilger, Werner von der Schulenburg, Gerhard von Mende, Peter Kleist, Ernst August Köstring und Anatol von der Milwe-Schroeden überliefert. Die Vorschläge umfaßten sowohl propagandistische Appelle an die sowjetische Zivilbevölkerung, die Durchführung einer Agrarreform als auch formal unabhängige Selbstverwaltungsstrukturen oder die Aufstellung von „Ostruppen“ zur Unterstützung von Wehrmacht und SS.

<sup>6</sup> Dallin, Herrschaft, S. 6, 509. Der von Dallin verwendete Terminus „politische“ Kriegführung ist synonym mit dem in den 20er Jahren entstandenen Begriff der „geistigen“ Krieg-[59:]führung (s. u.) sowie dem in den 40er Jahren in den USA geprägten Terminus „psychological warfare“ – psychologische Kriegführung – zu lesen. Vgl. Ladislav Farago: German psychological warfare, New York 1941; Paul M. A. Linebarger: Psychological Warfare, Washington 1948; Die Waffe, die auf die Seele zielt. Psychologische Kriegführung 1939-1945, hg. von Ortwin Buchbender/Horst Schuh, Stuttgart 1983.

<sup>7</sup> Dallin, Herrschaft, S. 523.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 523.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 693, 515.

<sup>10</sup> Vgl. Rolf-Dieter Müller/Gerd R. Ueberschär: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen und das Unternehmen „Barbarossa“ 1941 im Spiegel der Geschichtsschreibung. Eine kommentierte Auswahlbibliographie, in: „Unternehmen Barbarossa“, S. 268.

<sup>11</sup> Gerald Reitlinger: Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941-1944, Hamburg 1962. Originalausgabe London 1960.

<sup>12</sup> Vgl. ebenda, S. 20 ff.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 26.

<sup>14</sup> Die marxistische Forschung kritisierte die dargestellte Interpretationsrichtung als eine Überbewertung der Differenzen und verwies auf den grundsätzlichen Konsens aller am Besatzungsregime beteiligten Kräfte in Bezug auf die Kriegsziele. Vgl. Günter Rosenfeld: Zur Entstehung des Programms der sogenannten „politischen Kriegführung“ gegen die Sowjetunion und seinen Apologeten in der Gegenwart, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg. Bd. 3. Materialien der wissenschaftlichen Konferenz der Historiker der DDR und der UdSSR vom 14.

Diese Argumentation findet sich auch in den apologetischen Schriften der Beteiligten nach dem zweiten Weltkrieg, die im Interesse ihrer Rehabilitierung jegliche Verantwortung für die geschehenen Verbrechen von sich wiesen und jeweils anderen Vertretern des NS-Herrschaftsapparates anlasteten.<sup>15</sup> Die Ende der 70er Jahre erschienene Arbeit von Ortwin Buchbender über die Wehrmachtpropaganda in der Sowjetunion steht ebenfalls in dieser Tradition.<sup>16</sup>

In der nichtmarxistischen Forschung wurden umfassende Untersuchungen zur Besatzungspolitik in der Sowjetunion bis in die jüngste Zeit weitgehend [61:] vernachlässigt.<sup>17</sup> Die nach wie vor unwiderprochene Annahme<sup>18</sup>, wonach das NS-Regime beim Überfall auf die Sowjetunion angesichts des erwarteten Blitzkrieges „alle Möglichkeiten einer schlagkräftigen Propagandakriegführung außer acht gelassen“<sup>19</sup> und sich erst im Winter 1941/42 auf eine solche besonnen habe, soll im Folgenden kritisch überprüft werden; ebenso die These, daß es sich bei den in der NS-Führungsschicht debattierten Modifizierungsvorschlägen bezüglich der herrschenden Besatzungspolitik in der Sowjetunion um eine grundlegende Kritik terroristischen Vergehens gehandelt habe.

Es soll gezeigt werden, daß Aspekte der psychologischen Kriegführung nicht erst nach dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie gegen die Sowjetunion diskutiert wurden. Sie standen vielmehr in der Kontinuität eines in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg in Militärkreisen entwickelten Konzepts des „totalen Krieges“, das die nazistischen Auffassungen von Propaganda und Kriegführung maßgeblich beeinflusste. Dementsprechend wurde in den 30er Jahren der Bereich der psychologischen – zeitgenössisch bezeichnet als „geistige“ – Kriegführung konzeptionell und praktisch weiterentwickelt sowie institutionell ausgebaut. Beim Überfall auf die Sowjetunion stand der deutschen Okkupationsmacht nicht nur ein umfassender institutioneller Apparat zur Verfügung; psychologische Kriegführung spielte auch von Beginn an eine wesentliche Rolle in der Okkupationspolitik. Eine Untersuchung dieser Seite der Besatzungsherrschaft – hier exemplarisch anhand der Besatzungspolitik im sog. Generalkommissariat

---

bis 19. Dezember 1959 in Berlin, hg. von Leo Stern u. a., Berlin 1962, S. 167; Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion. 6 Bde., hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin 1962-1968, Bd. 3, S. 521; N. Müller, Wehrmacht und Okkupation, S. 144 f.; Deutschland im zweiten Weltkrieg. 6 Bde., hg. von Wolfgang Schumann u. a., Berlin 1974-1985, Bd. 2, S. 422, Bd. 3, S. 340 ff., Bd. 4, S. 169.

<sup>15</sup> Dabei war die Schuldzuweisung vom jeweiligen Standort bestimmt. Vertreter der Wehrmacht schoben die Verantwortung auf die politische Führung um Hitler bzw. das RMVP. Vgl. Hasso von Wedel: Die Propagandatruppen der deutschen Wehrmacht, Neckergmünd 1962, S. 148. Vertreter des RMVP machten das RMO verantwortlich. Vgl. Eberhard Taubert: Der antisowjetische Apparat des deutschen Propagandaministeriums (BA, Kl. Erw. 617, fol. 9). Dessen Beamte beschuldigten wiederum Hitler, Himmler etc. Vgl. Peter Kleist: Zwischen Stalin und Hitler 1939-45. Aufzeichnungen, Bonn 1950, S. 94 f.; Otto Bräutigam: So hat es sich zugetragen. Ein Leben als Soldat und Diplomat, Würzburg 1968, S. 319 ff. Vgl. auch die apologetischen „Besatzungsstudien“ des Tübinger Instituts für Besatzungsfragen (u. a. Otto Bräutigam: Überblick über die besetzten Ostgebiete während des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1954; Robert Herzog: Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den ost- und südosteuropäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1955; ds.: Besatzungsverwaltung in den besetzten Ostgebieten. Abteilung Jugend. Insbesondere: Heuaktion und SS-Helfer-Aktion, Tübingen 1960) oder „Die Wildente“, eine nach dem Krieg von Angehörigen der Propagandakompanien herausgegebene Zeitschrift (1952-1966).

<sup>16</sup> Ortwin Buchbender: Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978. Buchbender – heute leitender wissenschaftlicher Direktor der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg – erklärte die Propagandisten der Wehrmacht nicht nur zu „Opfer[n] der ‚hohen Politik‘“; er ging noch einen Schritt weiter, indem er mit der Gleichsetzung von Tätern und Opfern die Verbrechen der Besatzungsmacht relativierte: Die Propagandisten seien „wie die Bevölkerung im Osten, zum ‚Spielball der Verhältnisse‘ und damit ‚zum Spielball der Politik‘“ geworden (ebenda, S. 291).

<sup>17</sup> Ende der 80er Jahre übernahm Timothy P. Mulligan im wesentlichen Dallins Thesen, vgl. The Politics of Illusion and Empire. German Occupation in the Soviet Union 1942-1943, New York u. a. 1988. Zu Belarus vgl. insbesondere Jerry Turonek: Bialorus pod okupacja niemiecko, Warschau 1989; Gerlach, Wirtschafts- und Vernichtungspolitik (dort findet sich auch ein Überblick über den Forschungsstand zu Einzelaspekten der Okkupationspolitik, S. 6 ff.).

<sup>18</sup> Vgl. hierzu ebenfalls die Untersuchungen zur Kriegspropaganda: Kriegspropaganda 1939-1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, hg. von Willi A. Boelcke, Stuttgart 1966, S. 167; Peter Longe- rich: Propagandisten im Krieg. Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop, München 1987, S. 82.

<sup>19</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 167.

Weißruthenien<sup>20</sup> – zeigt, daß die innerhalb [62:] der NS-Führungsschicht formulierten Modifikationsvorschläge kein oppositionelles Gegenkonzept zur terroristischen Besatzungspolitik war, sondern vielmehr taktische Verschiebungen im Kontext einer „geistigen“ Kriegführung, die Terror und Propaganda als sich ergänzende Funktionselemente der Okkupationspolitik begriff.

### „Propaganda als Waffe“: Die „geistige“ Kriegführung im Konzept des „totalen“ Krieges

Propaganda<sup>21</sup> als Mittel der Politik gewann in den seit Mitte der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts erstarkenden Forderungen nach einer deutschen „Weltpolitik“ und den damit korrespondierenden Vorbereitungen auf kriegerische Expansionsmöglichkeiten zunehmend an Bedeutung.<sup>22</sup> Wurden bereits in den Jahren vor 1914 besondere Anstrengungen zur inneren Mobilmachung der Bevölkerung unternommen – u. a. unter dem Aspekt der Abwehr der pazifistischen Forderungen der Sozialdemokratie – so verwandelte sich die Propaganda im Verlauf des ersten Weltkrieges zu einem festen Bestandteil der Kriegführung. Die historischen und technischen Veränderungen des Krieges bewirkten, daß immer größere Teile der Bevölkerung zu Kombattanten wurden und die restliche Zivilbevölkerung in wachsendem Maß ökonomisch sowie als direkt Betroffene in das Kriegsgeschehen eingebunden wurde.<sup>23</sup> Damit gewann ihre Beeinflussung einen neuen Stellenwert. In einem bis dahin unbekanntem Umfang richteten sich propagandistische Aktionen nunmehr nicht nur auf die Front, sondern ebenfalls auf das Hinterland des Gegners.<sup>24</sup>

Nach dem ersten Weltkrieg entstand erstmals eine – von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommene und getragene – Debatte über Formen und Methoden der politischen Propaganda, die auch den Entstehungskontext nazistischer [63:] Propagandaauffassungen bildete.<sup>25</sup> Ein Ausgangspunkt der Diskussionen wurde die von der Reichswehrführung verbreitete Legende, Deutschland habe den Krieg nicht militärisch verloren, sondern wäre einer Kombination aus skrupelloser feindlicher Propaganda und sozialistischer Agitation im Innern erlegen gewesen. Zunächst von General Erich Ludendorff in seinen „Kriegserinnerungen“ verbreitet<sup>26</sup>, wurde die „Dolchstoßlegende“ von den politischen und wirtschaftlichen Führungsschichten, rasch aufgegriffen und verbreitet.<sup>27</sup>

In Militärkreisen bemühte man sich intensiv, aus der Analyse der alliierten Propaganda Lehren für einen künftigen Krieg zu ziehen. In dem neu formulierten Konzept des „totalen“ Krieges sollte der

---

<sup>20</sup> Westlich an das unter Militärverwaltung gestellte Territorium schloß sich das Gebiet unter Zivilverwaltung (Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, RMO) an. Das Generalkommissariat Weißruthenien (GKW), das den westlichen Teil Belorußlands umfaßte, bildete (neben den drei baltischen Gebieten) eine der vier Verwaltungseinheiten des Reichskommissariats Ostland (RKO). „Ruthenien“, eine veraltete, romanisierte Form des Wortes „Rußland“ (vgl. Dallin, Herrschaft, S. 212, Fn. 2), kam in nationalistischen Kreisen Belorußlands nach der Russischen Revolution von 1905 auf (vgl. Eugen von Engelhard: Weißruthenien. Volk und Land, Berlin 1943, S. 18). Während des ersten Weltkrieges wurden diese Kreise von der deutsche Militärverwaltung unterstützt, die auch die Begriffe „Weißruthenien“ und „weißruthenisch“ einführte (vgl. Weissruthenien. Land, Bewohner, Geschich-[62:]te, Volkswirtschaft, Kultur, Dichtung, hg. von Woher Jäger, Berlin 1919, S. 3). Zum Aspekt der Dekompositionspolitik s. u.

<sup>21</sup> Im folgenden wird unter Propaganda jedes Mittel verstanden, das auf die Beeinflussung der Bevölkerung zielt: Zeitungen, Flugblätter, Plakate, Broschüren, Aufrufe, Filme, Festakte, Feiertage, Umzüge etc. (vgl. u. a. Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, hg. v. Gerald Diesner/Rainer Gries, Darmstadt 1996, S. IX ff.). Zur Begriffsgeschichte: Wolfgang Schieder/Christof Dipper: Propaganda, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. von Otto Brunner, Stuttgart 1984, S. 1071.

<sup>22</sup> Vgl. Fritz Fischer: Griff noch der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1984, insbesondere S. 15, 22, 27, 341.

<sup>23</sup> Vgl. Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung. Interdisziplinäre Studien, hg. v. Marcel van der Linden/Gottfried Mergner, Berlin 1991, S. 12 ff.

<sup>24</sup> Vgl. Klaus Kirchner: Flugblattpropaganda. Das nicht gewaltsame Kriegsmittel, in: Flugblattpropaganda im 2. Weltkrieg, hg. von der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, Wiesbaden 1980, S. 31 ff.

<sup>25</sup> Vgl. Schieder/Dipper, Propaganda, S. 107 f.; Peter Longerich: Nationalsozialistische Propaganda, in: Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, hg. von Karl Dietrich Brecher u. a., Bonn 1993, S. 292 f.

<sup>26</sup> Vgl. Erich Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen 1914-1918, o. O. 1919, S. 285.

<sup>27</sup> Vgl. Jutta Sywottek: Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, Opladen 1976, S. 13.

„geistigen“ Kriegführung, neben der wirtschaftlichen und der militärischen, eine möglicherweise sogar ausschlaggebende Rolle zukommen. Forderungen nach einer langfristigen und umfassenden propagandistischen Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf einen künftigen Krieg und die größere Einbeziehung der „Propaganda als Waffe“ im Kriegsverlauf selbst wurden aufgestellt.<sup>28</sup>

Als Hitler Mitte der 20er Jahre in „Mein Kampf“ seine Vorstellungen einer effektiven Propaganda entwickelte, die er als fast allmächtiges Instrument zur Beeinflussung und beliebigen Lenkung einer unmündigen Masse begriff, war er von diesen Thesen stark beeinflusst.<sup>29</sup> Mit Hilfe einer rein zweckmäßig ausgerichteten Propaganda sollte zunächst „die neue Weltanschauung möglichst allen Menschen gelehrt und, wenn notwendig, später aufgezwungen“ werden.<sup>30</sup> Der Rundfunkpropagandist Eugen Hadamovsky formulierte das Motto, daß „Propaganda und Terror [...] niemals absolute Gegenpole“<sup>31</sup> bil-[64:]deten. Das nazistische Propagandaverständnis implizierte immer auch die offene Gewaltanwendung und Terrorisierung eines Teils der Bevölkerung. Die nach der Machtübergabe angestrebte Formierung einer „Volksgemeinschaft“ – als „ideologisches und propagandistisches Integrationsinstrument im Dienste der Kriegsvorbereitung“<sup>32</sup> – enthielt den Terror als integralen Bestandteil.

In Absprache mit der Reichswehrführung begann die NSDAP 1933 die gezielte „Wiederwehrhaftmachung“ der deutschen Bevölkerung und versuchte damit das Konzept einer „geistigen“ Kriegführung umzusetzen.<sup>33</sup> Zu deren Aufgaben gehörte aber nicht nur die langfristige „Verschweißung einer Nation zur inneren Geschlossenheit“, wie es Albrecht Blau, Major im „Psychologischen Laboratorium“ des Reichskriegsministeriums, ausdrückte.<sup>34</sup> Darüber hinaus zählte der Einsatz der „Propaganda als Waffe“ gegen die Truppen und die Zivilbevölkerung der feindlichen Staaten zu den wichtigsten Mitteln der bevorstehenden Kriegführung.<sup>35</sup>

### **Der Ausbau des Propagandaapparates bis zum Überfall auf die Sowjetunion**

Die seit dem Ende des ersten Weltkrieges geführte Diskussion über das Verhältnis von Propaganda und Kriegführung im Konzept eines „totalen“ Krie-[65:]ges schlug sich noch 1933 auf institutioneller

---

<sup>28</sup> Vgl. Wolfram Wette: Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzung der Kriegspolitik des Dritten Reiches, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1: Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans Erich Volkmann/Wolfram Wette: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Frankfurt a. M. 1989, S. 144 f.

<sup>29</sup> Vgl. Adolf Hitler: Mein Kampf, München 1931. Insbesondere die Kapitel „Kriegspropaganda“ (S. 193-204) und „Propaganda und Organisation“ (S. 649-669).

<sup>30</sup> Ebenda, S. 654.

<sup>31</sup> Eugen Hadamovsky: Propaganda und nationale Macht. Die Organisation der öffentlichen Meinung für die nationale Politik, Oldenburg 1933, S. 22. Goebbels bewertete die SA als „aktivste und wirkungsvollste Propagandawaffe der Bewegung“. Joseph Goebbels: Der Kampf und seine Mittel, in: Almanach der nationalsozialistischen Revolution, hg. von Wilhelm Kube, Berlin 1934, S. 107. Zur Rolle des Terrors vgl. auch Zbynek A. B. Zeman: Nazi-Propaganda, London 1964, S. 21, 29, 182.

<sup>32</sup> Wette, Ideologien, S. 207, 192.

<sup>33</sup> Vgl. Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41), ausgewählt und eingeleitet von Erhard Moritz, Berlin 1970, S. 52; Wette, Ideologien, S. 147. Grundlegend hierzu Sywottek, Mobilmachung.

<sup>34</sup> Albrecht Blau: Geistige Kriegführung, Potsdam 1937, S. 75.

<sup>35</sup> 1935 setzte sich Blau für den internen Gebrauch mit den Anforderungen einer Kriegführung gegen die Sowjetunion auseinander (vgl. ds.: Propaganda als Waffe, Potsdam 1935). Auf diesen Titel bezieht sich auch Willi Münzenbergs zwei Jahre später erschienene Kritik der NS-Propaganda (Willi Münzenberg: Propaganda als Waffe, Basel 1937). Blaus besonderes Augenmerk richtete sich auf den von ihm mit einer Mischung aus Furcht und Respekt dargestellten Propagandaapparat der Roten Armee, insbesondere auf die Institution der „politischen Kommissare“. Diese Einschätzungen müssen im Kontext der federführenden Aktivitäten des OKW bei der Formulierung des sog. Kommissarbefehls im Vorfeld des Überfalls auf die Sowjetunion 1941 gesehen werden, der nicht nur den traditionellen Antislawismus und Antikommunismus der führenden Militärs ausdrückte, sondern aus der Perspektive der Wehrmacht Teil einer rationalen, den neuen Anforderungen eines „totalen“ Krieges entsprechenden Kriegführungsstrategie war. Der als äußerst effektiv eingeschätzte Propagandaapparat des Gegners mußte im Kontext einer „geistigen“ Kriegführung vollständig ausgeschaltet werden. Vgl. Blau, Propaganda, S. 50, 52 ff.; ds., Geistige Kriegführung, S. 40. Als Leiter der „Gruppe Völkerpsychologie“ des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), die 1939 in der Gruppe IV der Abteilung Wehrmachtpropaganda (OKW/WPr) aufging, war Blau maßgeblich an der Vorbereitung des Überfalls und der Durchführung des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion beteiligt.

Ebene nieder.<sup>36</sup> Ab 1933/34 begannen RMVP und Reichswehr bzw. Wehrmacht in enger Kooperation die Vorbereitungen für spezielle Propaganda-Abteilungen.<sup>37</sup> Ihren ersten Einsatz bestritten die Propaganda-Kompanien am 1. Oktober 1938 beim Überfall auf die ČSR, wo ihnen u. a. die Aufgabe zufiel, die geplanten Völkerrechtsverstöße der Wehrmacht in den von ihr eroberten und besetzten Gebieten zu rechtfertigen bzw. zu verschleiern.<sup>38</sup> Der „Fall Grün“ wurde das erste Beispiel systematisch angewandter psychologischer Kriegführung.<sup>39</sup>

Die Propaganda-Kompanien bildeten den Apparat der am 1. April 1939 gegründeten Abteilung Wehrmachtpropaganda im Oberkommando der Wehrmacht (OKW/WPr). General Jodl unterstellt, übernahm der damalige Oberstleutnant des Generalstabes und spätere Generalmajor Hasso von Wedel die Leitung der Abteilung. Die Gruppe IV, in der auch die frühere „Gruppe Völkerpsychologie“ aufging, sollte unter der Leitung Albrecht Blaus sowohl die eigene als auch die gegnerische Propaganda überwachen.<sup>40</sup> Die Monate des Jahres 1939 bis zum Überfall auf Polen wurden zur intensiven Schulung der PK-Einheiten genutzt.<sup>41</sup> Am 1. September 1939 beteiligten sich sieben Propaganda-Kompanien mit je 204 Mann am Einmarsch.<sup>42</sup>

Beim Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 rückten bereits elf Propaganda-Kompanien mit insgesamt ca. 2.250 Mann mit dem Heer auf sowjetischem Territorium vor.<sup>43</sup> Die Abteilung Wehrmachtpropaganda hatte in der [66:] Vorbereitungsphase des Krieges u. a. in Abstimmung mit dem OKH die am 19. Mai 1941 erlassenen „Richtlinien für das Verhalten der Truppe“ erarbeitet, welche die Wehrmachtsoldaten auf die Durchführung des Vernichtungskrieges vorbereiteten sollten.<sup>44</sup> Sie wurden durch die „Weisungen für die Handhabung der Propaganda im Fall ‚Barbarossa‘“ ergänzt und verstärkt.<sup>45</sup>

Nach dem Einmarsch konzentrierten sich die Propaganda-Kompanien zunächst auf die Kriegsberichterstattung.<sup>46</sup> Zu ihren vornehmlichen Aufgaben in den eigenen Verbänden gehörte die Durchsetzung des Feindbildes vom „jüdisch-bolschewistischen“ Gegner, den es zu vernichten galt.<sup>47</sup> Die Haß- und Diffamierungskampagne gegen die Politischen Kommissarinnen und Kommissare der Roten Armee

---

<sup>36</sup> Zur inneren Mobilmachung vgl. Sywottek, *Mobilmachung*, S. 36 ff.

<sup>37</sup> Vgl. hierzu Klaus Scheel: *Der Aufbau der faschistischen PK-Einheiten vor dem zweiten Weltkrieg*, in: *Zeitschrift für Militärgeschichte* 4/1965, S. 446 ff.; Buchbender, *Erz*, S. 16 ff.; Wette, *Ideologien*, S. 149.

<sup>38</sup> Vorschlag in Tabellenform des OKW vom 1.10.1938 zur propagandistischen Behandlung möglicher, durch deutsche oder feindliche Truppen hervorgerufener Verstöße gegen das Völkerrecht (IMT, Bd. 34, S. 145-158, Dok. C-002).

<sup>39</sup> Zur psychologischen Kriegführung im Vorfeld des Einmarsches vgl. Werner Röhr: *September 1938. Diversion und Demagogie bei der Erzeugung einer Kriegspsychose durch den Hitlerfaschismus und seine Fünfte Kolonne in der ČSR*, in: *Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939)*, hg. von Dietrich Eichholtz/Kurt Pätzold, Köln 1989, S. 212 ff.

<sup>40</sup> Vgl. Buchbender, *Erz*, S. 25.

<sup>41</sup> Vgl. Helmut Gerzer/Ludwig Noack: *Erster PK-Lehrgang in der Berliner Alexanderkaserne 1939*, in: *Die Wildente* 19/1958, S. 26 ff.

<sup>42</sup> In den rückwärtigen besetzten Gebieten waren zivile Propagandaabteilungen eingesetzt, die noch dem Ende der Kämpfe in die Besatzungsorganisation des Generalgouvernements integriert wurden. Die Propaganda-Kompanien wurden in den folgenden Kriegsjahren kontinuierlich durch weitere Einheiten ergänzt, ausgebaut und schließlich zu einer eigenständigen Waffengattung ernannt. Bis zum Jahr 1942 sollte die Gesamtzahl der eingesetzten PK-Berichter auf rund 12.000 ansteigen (vgl. Scheel, *Aufbau*, S. 455, Fn. 50).

<sup>43</sup> Die Abteilung Wehrmachtpropaganda beim OKW spielte bereits im Vorfeld des Krieges eine wichtige Rolle. Sie war für die Tarnung des geplanten Überfalls verantwortlich, ent-[66:]warf Richtlinien für das Verhalten der Truppe sowie Flugblätter mit antibolschewistischer Tendenz für die Verbreitung unter der Bevölkerung der eroberten Gebiete und zum Einsatz gegen die Rote Armee. Vgl. Buchbender, *Erz*, S. 39; Wolfram Wette: *Die propagandistische Begleitmusik zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion*, in: *Der deutsche Überfall*, S. 49 ff.

<sup>44</sup> Vgl. Jürgen Förster: *Das Unternehmen „Barbarossa“ als Eroberungs- und Vernichtungskrieg*, in: *Der Angriff auf die Sowjetunion*, hg. von Horst Boog u. a., Frankfurt a. M. 1991, S. 525 f.

<sup>45</sup> Vgl. ebd., S. 527; Wette, *Ideologien*, S. 18 ff.

<sup>46</sup> Vgl. Longerich, *Propaganda*, S. 301, 307.

<sup>47</sup> Vgl. Wolfram Wette: *„Rassenfeind“*. Die rassistischen Elemente in der deutschen Propaganda gegen die Sowjetunion, in: *Zeitenwende*, S. 198 ff.

bildete dementsprechend von Beginn an das „Kernstück“<sup>48</sup> der Flugblattpropaganda. Der sog. Kommissarbefehl, der die sofortige Ermordung dieser Rotormisten verlangte, besaß für die Wehrmachtpropaganda die „Bedeutung eines propagandistischen Dogmas“<sup>49</sup>. Die propagandistische „Betreuung“ der Zivilbevölkerung in den rückwärtigen Heeresgebieten übernahmen sog. Propaganda-Staffeln, die in größeren Städten stationiert waren.<sup>50</sup>

Ebenso wie die Wehrmacht bereitete sich auch das RMVP intensiv auf den Propagandakrieg vor. Anfang April 1941 ließ Goebbels den antibolschewistischen Propagandaapparat reaktivieren, der während des Nichtangriffsvertrags mit der Sowjetunion seit 1939 verdeckt gearbeitet hatte.<sup>51</sup> Er beauftragte damit Eberhard Taubert (1907-1976), die Schlüsselfigur in der Propagandatätigkeit gegen die Sowjetunion.<sup>52</sup> Das von Taubert aufgebaute [67:] und geleitete „Generalreferat Ostraum“ – ab 1942 Abteilung Ost – zeichnete sowohl für die Propaganda gegenüber der Roten Armee und den Kriegsgefangenen als auch gegenüber der sowjetischen Zivilbevölkerung verantwortlich.<sup>53</sup> Sie übernahm, zusammen mit den Dienststellen Antikomintern<sup>54</sup> und Vineta e.V., die Massenproduktion der Propagandaerzeugnisse.<sup>55</sup> Die Vineta e. V., von Taubert unter strenger Geheimhaltung kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion aufgebaut, fungierte als zentraler Übersetzerapparat und belieferte alle Ressorts des RMVP und des RMO. In bis zu 15 osteuropäischen Sprachen verfaßten Dolmetscher Flugblätter, Plakate, Broschüren, Zeitungsartikel und Ausstellungstexte oder erarbeiteten bzw. sprachen Rundfunktexte, die Sender im Kampfgebiet sowie im besetzten Gebiet ausstrahlten.<sup>56</sup> Schallplatten und Filme für die Propaganda unter der Zivilbevölkerung ergänzten die Produktion.<sup>57</sup>

---

<sup>48</sup> Aus dem Schreiben des OKW/WPr v. 12.9.41 an Chef des Wehrmachtführungsstabs, betr. Propaganda gegen die Rote Armee und die sowjetische Zivilbevölkerung, zit. n. Buchbender, Erz, S. 356, Fn. 89.

<sup>49</sup> Buchbender, Erz, S. 96.

<sup>50</sup> Vgl. Scheel, Aufbau, S. 446 ff.; Buchbender, Erz, S. 19 ff., 51 ff., 272 ff.

<sup>51</sup> Vgl. Eberhard Taubert: Der Antisowjetische Apparat, BA Koblenz, Kl. Erw. 617, fol. 7.

<sup>52</sup> Zur Biographie Tauberts und seiner Nachkriegskarriere vgl. Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, hg. vom Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der [67:] DDR, Berlin 1965, S. 356; Joy W. Baird: L'expert en bolschewisme du Dr. Goebbels, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale, 96/1974, S. 13 ff.; Buchbender, Erz, S. 33 ff.; Bernt Engelmann: Großes Bundesverdienstkreuz mit Stern, Göttingen 1987; Klaus Körner: Von der antibolschewistischen zur antisowjetischen Propaganda. Dr. Eberhard Taubert, in: Jahrbuch hist. Friedensforschung 2(1994), S. 54-68.

<sup>53</sup> Zu einem späteren Zeitpunkt „betreute“ sie auch die „Freiwilligen-Verbände der Ostvölker“ und die „Ostarbeiter“ im Reich. Zur Abteilung Ost vgl. Buchbender, Erz, S. 33 ff. Zur Propaganda unter den „Ostarbeitern“ vgl. auch Thomas Schiller: Lagerzeitungen für Fremdarbeiter. NS-Propaganda für den „Arbeitseinsatz“ 1939-1945, in: 1999, 4/1997, S. 58 ff.

<sup>54</sup> 1933 hatte Taubert den „Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen“ (Antikomintern) gegründet. Formal als unabhängiger Verein eingetragen, war er de facto eine nachgeordnete Dienststelle des RMVP (vgl. Sywottek, Mobilmachung, S. 105). 1939 hatte die Antikomintern 48, 1943 170 Mitarbeiter (vgl. Findbuch zu Beständen des Bundesarchivs Bd. 15, Bestand R 55. Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Koblenz 1979, S. XXII).

<sup>55</sup> Im Lagerverzeichnis der Abteilung Ost, das als Bestellkatalog fungierte, sind über 150 verschiedene Plakate nachgewiesen, zudem Broschüren, Faltblätter, Ausstellungen, Filme etc. (vgl. BA R55/1299).

<sup>56</sup> Hauptsächlich in russisch, ukrainisch, belorussisch („weißruthenisch“) und den baltischen Sprachen, aber auch armenisch, aserbeidschanisch, georgisch, kalmükisch, krimtatarisch, täbris-aserbeidschanisch, tschetschenisch, wolga-tatarisch und usbekisch (vgl. Organisationsschema der Dienststelle Vineta in BA R55/372/fol. 27). Bei Vineta e. V. waren im Januar 1943 395 Mitarbeiter, im Januar 1944 932 beschäftigt, bevor die Abteilung im Zuge des „totalen Kriegseinsatzes“ bis September 1944 wieder auf 306 Beschäftigte reduziert wurde. Zusätzlich arbeiteten für Vineta im Sommer 1944 etwa 1400 ausländische Frauen und Männer. Vgl. Buchbender, Erz, S. 40.

<sup>57</sup> Die Anfertigung des Materials übernahm das dem RMVP direkt unterstellte Deutsche Propaganda-Atelier in Berlin-Lichterfelde, das ab Oktober 1942 die Monopolstellung für die Herstellung aller Propagandamittel auf dem staatlichen Sektor erhielt (vgl. Klaus Scheel: Meinungsmanipulation im Faschismus. Die faschistische Propagandamaschinerie. Bestandteil des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Nazideutschland, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 17/1969, S. 1297 f.; Buchbender, Erz, S. 44 ff.) Zur Filmproduktion wurde eine eigene Gesellschaft gegründet: die Zentralfilmgesellschaft Ost mbH [68:] mit der Ostland Film GmbH (Riga) und Ukraine Film GmbH (Kiew). Hierzu, u. a. mit Angaben über Propagandafilme für die Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten 1942-1944, BA R55/506, außerdem BA R55/564; 1288; 1289; 1292; 1298; 1299; 1366.

[68:] Die Taubert unterstehenden Abteilungen hatten in Koordination mit der Reichspropagandaleitung nicht nur entscheidenden Einfluß auf die Personalauswahl der Propagandaabteilungen in den besetzten Ostgebieten, sie produzierten den Hauptteil der Propagandamaterialien und belieferten damit die Propaganda-Kompanien der Wehrmacht ebenso wie die Propaganda-Abteilungen der Zivilverwaltung.

Neben der Wehrmacht und dem RMVP fungierte das von Alfred Rosenberg geleitete RMO als dritter Hauptträger der Propaganda.<sup>58</sup> Ihm unterstanden die zivilen Verwaltungsstrukturen in den besetzten sowjetischen Gebieten, die im Laufe des Sommers 1941 eingerichteten Reichskommissariate Ostland und Ukraine. Bei den Reichskommissariaten entstanden – ebenso wie bei den ihnen unterstellten General- und Gebietskommissariaten – eigene Propagandaabteilungen.

Das RMO übernahm die Verantwortung für die politische Ausrichtung der Propaganda im Osten, was eine Koordination sowohl mit der Wehrmacht als auch dem RMVP notwendig machte. Das RMVP sandte den Leiter der Abteilung Ost, Taubert, als Verbindungsmann zum RMO; für die Wehrmacht übernahm diese Funktion Nicolaus von Grote von der Abteilung IV des OKW/WPr.<sup>59</sup> Propagandaentwürfe der im RMO zuständigen Gruppe Aktivpropaganda in der Abteilung Presse und Aufklärung wurden an die Abteilung Ost weitergeleitet und von deren Apparat produziert.

Trotz weitestgehender Übereinstimmung in inhaltlichen Fragen versuchte Goebbels die Einflußmöglichkeiten Rosenbergs zurückzudrängen und eine alleinige Zuständigkeit durchzusetzen. Das Herstellungs- und Vertriebsmonopol der Abteilung Ost nutzend, konnte er im Sommer 1943 den Konkurrenzstreit für sein Ministerium entscheiden. Mit der Führeranordnung vom 15. August 1943 ging die Ostpropaganda in den alleinigen Zuständigkeitsbereich des RMVP über. Aus den entsprechenden Abteilungen der Zivilver-[69:]waltung wurden sog. Propaganda-Ämter gebildet.<sup>60</sup> Dies hatte jedoch keine Auswirkungen auf die inhaltliche Ausrichtung der Propaganda.

### Die „geistige“ Kriegführung in der Sowjetunion

Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Sowjetunion wurden Flugblätter in millionenfacher Auflage unter der Zivilbevölkerung verteilt.<sup>61</sup> Den Anforderungen an eine „geistige“ Kriegführung entsprechend, maßen alle an der Okkupation beteiligten Kräfte der Propaganda unter der Zivilbevölkerung großes Gewicht bei.<sup>62</sup> Nach dem Einmarsch forderten die SD-Einsatzgruppen begleitend zu den von ihnen durchgeführten Massakern ein „beschleunigtes Einsetzen der deutschen Propaganda zwecks Aufklärung und Beeinflussung der Bevölkerung“.<sup>63</sup> Zu diesem Zweck wurden ihnen von der Abteilung Ost jeweils zwei Propagandisten zugewiesen.<sup>64</sup>

Kurz nach seinem Amtsantritt im September 1941 stellte der Generalkommissar für Weißruthenien, Wilhelm Kube, ein „Propagandavakuum“ fest, das die „stellenweise noch wirksame kommunistische Geheimpropaganda“ ausnutze, „um die Bevölkerung gegen Deutschland noch weiter aufzuhetzen und die deutschen Verwaltungsmaßnahmen zu sabotieren“. Er forderte, „möglichst ungesäumt“ mit

<sup>58</sup> Das Auswärtige Amt hatte sich noch 1939 ebenfalls um Einflußmöglichkeiten auf die Propaganda in den besetzten Gebieten bemüht. Prägende Einwirkungen konstatiert Peter Longerich jedoch nur in Bezug auf die Propagandaabteilung „Südost“. Obwohl sich das AA vor dem Überfall auf die Sowjetunion noch an den Diskussionen zur psychologischen Kriegführung beteiligte, war es zu Beginn des Krieges „fast vollständig aus der inhaltlichen Gestaltung der Ostpropaganda ausgeschaltet“ (Longerich, Propagandisten, S. 92, s. o. S. 82 f., 119).

<sup>59</sup> Vgl. Buchbender, Erz, S. 201.

<sup>60</sup> Vgl. ebenda, S. 201 ff.

<sup>61</sup> Vgl. ebenda, Erz, S. 56 ff.; Die Waffe, die auf die Seele zielt, S. 35 ff.; Wette, Begleitmusik, S. 50.

<sup>62</sup> Fast alle Besatzungsinstitutionen beschäftigten sich auch mit dem Aspekt der psychologischen Kriegführung. Vgl. u. a. Rundschreiben der Gebietsleitung Nowogradok [Nowogrodek, B. Q.], NSDAP, Landesleitung Ostland – Hauptarbeitsgebiet Propaganda, Riga, den 16.3.43, betr. Material für die antibolschewistische Propaganda-Aktion (NA Belarus 558/1/5/ fol. 91); Monatsbericht des WiStab Ost in BA R6/281/ fol. 76 RS; Propaganda-Rahmenprogramm für die Erzeugung, Wi In Mitte, Chefgruppe Landwirtschaft, I b 6, Rundverfügung Nr. 8 v. 6.2.43 (NA Belarus 370/1/401/ fol. 42-42 RS); Schreiben Rosenbergs an Sauckel v. 29.7.43 (BA R6/46/ fol. 24).

<sup>63</sup> Ereignismeldung (im folgenden EM) Nr. 73 v. 4.9.41 (BNRSB/2 16/ fol. 283).

<sup>64</sup> Vgl. Fragen der Besoldung und Versorgung der den SD-Einsatzgruppen zugeteilten Propagandisten, BA/R55/221/ fol. 120 ff.; Die Propagandalage im Osten, Bericht Taubert/Hadamovsky v. 17.9.42, BA/R55/1434/ fol. 2 f.

der „nachhaltigen Aufklärung der Bevölkerung in unserem Sinne“ zu beginnen und befahl als erste Maßnahmen: 1. die Aufstellung von Wandkarten an gut zugänglichen Plätzen, auf denen der aktuelle Frontverlauf markiert werden sollte, 2. den Aufbau von Vertriebs- und Plakatierungsstrukturen durch die Gebietskommissare, 3. den Vertrieb und die Überwachung der propagandistischen Wirkung der an die Stadt- sowie Landbevölkerung gerichteten Zeitungen, deren wöchentliches bzw. halbwochentliches Erscheinen für die nächste Zeit geplant sei, sowie 4. die Herstellung [70:] und Anwendung von Lautsprecherwagen, welche die Rundfunksendungen in belorussischer, russischer und polnischer Sprache übertragen sollten.<sup>65</sup>

Im Frühjahr 1942 wurden nach Angaben des RMO in Belorußland sechs Zeitungen mit einer Auflage von 75.000 Exemplaren vertrieben, der Landessender Minsk hatte seinen Betrieb aufgenommen, und sechs Kurzfilme mit antisowjetischer und antijüdischer „Tendenz“ sowie fünfzig unertitelte deutsche Filme in 460 Kopien standen zur Verfügung.<sup>66</sup>

Die Abteilung Ost belieferte die besetzten Gebiete regelmäßig mit einer großen Anzahl von Materialien, die über die Verwaltung des GK Weißruthenien verbreitet wurden. In einem ersten Rechenschaftsbericht vom 20. März 1942 gab Taubert an, daß der Rundfunk in den besetzten Gebieten Sendungen in neun Sprachen ausstrahlen würde, neben der Tätigkeit zweier Geheimsender. Die in sechs Sprachen synchronisierte Auslandswochenschau sei seit Juli 1941 laufend geliefert worden; ebenso wie unertitelte Kultur- und Spielfilme seit Oktober 1941 und fünf speziell hergestellte Propagandafilme in jeweils ukrainischer, „weißruthenischer“ und russischer Fassung. Zehn Plakate mit einer Auflage von 6,6 Millionen Exemplaren seien ausgeliefert, sechs weitere (Auflage 2,5 Mio.) sowie drei Wandzeitungen (1 Mio.) im Druck. Von 16 Broschüren und Leporellos mit einer Gesamtauflage von 23 Mio. Stück war ein Teil bereits verteilt, ein anderer in Produktion. Speziell für die besetzten Gebiete hatte die Abteilung drei Flugblätter in einer Auflage von 22,4 Mio. hergestellt. Insgesamt wurden bis März 1942 mit der Reichsbahn 23 Waggons mit Propagandamaterial in den Osten geschickt, 15 Waggons sollten allein in den folgenden vier Wochen hinzukommen.<sup>67</sup> Minsk erreichten bis Juli 1942 fünf Waggons mit 325.000 Plakaten.<sup>68</sup> Im Frühjahr 1942 galt der Aufbau des Propagandaapparates in den besetzten Gebieten der Sowjetunion als abgeschlossen.<sup>69</sup>

### Die Hauptthemen der Propaganda

Während Reichssicherheitshauptamt, Wehrmacht und Propagandaministerium mit ihren Propagandakampagnen über den „slawischen Untermenschen“ nach dem Einmarsch in die Sowjetunion bemüht waren, den reibungslosen [71:] Ablauf der Massenmorde in den besetzten Gebieten sicherzustellen<sup>70</sup>, wurden zeitgleich Propagandamaterialien für die sowjetische Zivilbevölkerung produziert – mit einem gänzlich anderen Tenor.

Die ersten Bekanntmachungen der deutschen Truppen in den eroberten Gebieten verkündeten, daß die Wehrmacht eingerückt sei, um die „Werk tätigen, Arbeiter und Bauern“ vom „bolschewistischen Joch“ zu befreien. Die Bevölkerung wurde aufgerufen, im Interesse ihrer „Ernährung und Sicherung des Lebens“ an den Arbeitsplätzen zu bleiben, und es wurde versprochen, daß keinem, „der ehrlich seine Pflicht erfüllt“, durch „den deutschen Soldaten das geringste geschehen“ würde. Die Menschen sollten sich „ruhig und friedlich“ verhalten sowie Vorräte, Wirtschaftsanlagen, Verkehrseinrichtungen vor Sabotage schützen. Den kommunistischen Parteifunktionären wurde die Verantwortung für die Situation zugeschoben, und die deutsche Okkupationsmacht als „befreiende“ Alternative vorgestellt: „Wenn die *großen* an Eurem Elend schuldigen Kommissare Euer Land oder die Stadt verlassen

<sup>65</sup> Generalkommissar für Weißruthenien, Minsk 19.9.41, „Betr. Propagandamaßnahmen“ (NA Belarus 370/1/1/fol. 1 f.).

<sup>66</sup> Vgl. Lagebericht zur Ostpropaganda v. 18.4.42 (BA/R6/192/fol. 39 ff.).

<sup>67</sup> Vgl. Taubert, Rechenschaftsbericht für die ersten acht Monate v. 20.3.42 (BA R55/1289/fol. 78 ff.).

<sup>68</sup> Vgl. Bericht zu Inspektionsreise Taubert/Hadamovsky März 1943, BA R55/1435/fol. 88.

<sup>69</sup> Vgl. Taubert, Rechenschaftsbericht für die ersten acht Monate v. 20.3.42 (BA R55/1289/fol. 82).

<sup>70</sup> Vgl. Der Untermensch, hg. vom Reichsführer SS, SS-Hauptamt, Berlin 1942; Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbelskonferenzen 1939.1943, hg. von Willi A. Boelcke, Herrsching 1989, S. 182 ff.; Wette, Begeleitmusik, S. 56 ff.; Wette, „Rassenfeind“, S. 200.

haben, so werden auf Euren Vorschlag die deutschen Truppen Euch eine vorläufige Obrigkeit bestimmen, bis später mit der deutschen Führung der Aufbau Eures Landes begonnen wird.“ Am Schluß folgte die offene Drohung: „*Wenn Ihr obige Weisungen nicht befolgt, dann droht Euch Hunger und im Interesse aller eine strenge Bestrafung.*“<sup>71</sup>

Begleitet wurden diese Aufrufe von einer ersten großen Plakatkampagne im Juni/Juli 1941. Die Besatzer plakatierten das Porträt Hitlers mit der Parole „Adolf Hitler, der Befreier!“ in russischer, ukrainischer, belorussischer, litauischer, lettischer oder estnischer Sprache.<sup>72</sup> Dieser Kampagne folgten in den ersten Monaten der Okkupation Materialien, deren dominierendes Thema eine Kombination aus Greuelpropaganda gegen das Sowjetsystem und der Darstellung der Wehrmacht als Retter und Befreier war. Der Bevölkerung wurde eine „glücklichere Zukunft“ in einem „neuen Europa“ versprochen – bedingungslosen Gehorsam, Unterordnung und Arbeitswillen vorausgesetzt. Dieses Vorgehen entsprach den vom OKW/WPr ausgearbeiteten „Weisungen für die Handhabung der Propaganda im Fall ‚Barbarossa‘“. Gegner Deutschlands seien „nicht die Völker der Sowjetunion“, sondern „ausschließ- [72:]lich die jüdisch-bolschewistische Sowjetregierung“. Die Propaganda sollte die „Grausamkeiten und völkerrechtswidrigen Handlungen“ der Roten Armee besonders herausstellen und insgesamt betonen, daß die deutsche Wehrmacht „nicht als Feind ins Land“ komme, sie werde die Bevölkerung „vielmehr von der Tyrannei der Sowjets erlösen“. In dem Fall jedoch, daß „von den nichtbolschewistischen Volksteilen Widerstand geleistet werden“ sollte, sei die Wehrmacht „gezwungen, ihn zu brechen, wo und von wem auch immer er geleistet wird“. Die Hauptaufgabe der Propaganda gegenüber der Bevölkerung wurde darin gesehen, diese „in beruhigendem Sinne zu beeinflussen und von jeder Art von Sabotageakten abzuhalten“ und ihr „die Notwendigkeit zu beweisen, daß jeder auf seinem Arbeitsplatz zu bleiben hat“. Aus wirtschaftlichen Gründen kämen „Landaufteilung und Zerschlagung der Kollektivbetriebe vorerst nicht in Frage“ und auch Parolen, „die auf den Zerfall der Sowjetunion in Einzelstaaten gerichtet sind, dürfen zunächst nicht zur Anwendung gebracht werden“.<sup>73</sup>

Ganz ähnlich hatte sich auch Rosenberg in seiner Rede vom 20. Juni 1941 geäußert. Als propagandistische Leitlinien für die Bevölkerung in den besetzten Gebieten schlug er vor, den Völkern generell deutlich zu machen, daß man sie „vom bolschewistischen Joch befreit“ habe. Die Propaganda sollte damit argumentieren, daß in der Sowjetunion anstelle der „alten“, zaristischen Leibeigenschaft ein „neues Leibeigentum“ eingetreten sei: „Wohnungselend, [...] Frauenverhöhnung und vor allen Dingen die *Judenherrschaft*, die trotz Tarnung bis heute besteht“. Man würde „nicht das russische Volk“ ansprechen, „sondern sich an die *Völker der ehemaligen Sowjetunion* richten“. Die Propaganda sollte die Bevölkerung auffordern, in „ihrem eigenen Interesse“ an den Arbeitsplätzen zu bleiben und zudem immer wieder „die *Unüberwindlichkeit der deutschen Wehrmacht* betonen“.<sup>74</sup>

Damit sind wesentliche inhaltliche Paradigmen der NS-Propaganda in den besetzten Gebieten benannt, die im Laufe der Besatzung durch aktuelle Kampagnen ergänzt wurden. Bevor nun auf einzelne Themenkomplexe der Propaganda eingegangen wird, soll noch einmal auf die latente und offene Straf- und Gewaltandrohung verwiesen werden, die sich in den Richtlinien immer wieder ausdrückt. Um diesen Zusammenhang von Versprechen und Drohung in seiner Konsequenz nachvollziehen zu können, muß man sich die Besatzungsrealität vor Augen führen. Die propagandistische Wirkung des Terrors einbeziehend, verfügte ein Erlaß des OKW vom September 1941, [73:] daß bei jedem Anzeichen der Auflehnung gegen die deutsche Besatzungsmacht sofort „die schärfsten Mittel“ anzuwenden seien. Da, wie Keitel meinte, „ein Menschenleben in den betroffenen Ländern vielfach nichts gilt und eine abschreckende Wirkung nur durch ungewöhnliche Härte erreicht werden kann“, schlug er als „Sühne für ein deutsches Soldatenleben“ die „Todesstrafe für 50-100 Kommunisten“

<sup>71</sup> Dreisprachiger Aufruf (deutsch, russisch, belorussisch) aus dem NA Belarus, Hervhg. i. Orig. Reproduktion in der Ausstellung „Deutsche Propaganda in Weißrußland 1941-1944“ (Berlin, Rathaus Steglitz v. 8.5.-22.6.1996).

<sup>72</sup> Das zweite Plakat – ein anderes Porträt Hitlers mit dem gleichen Text – konnte auch auf georgisch, armenisch, aserbeidschanisch oder kalmükisch bestellt werden (vgl. Lagerverzeichnis der Abt. Ost, BAR 55/1299/fol. 3 ff.).  
<sup>73</sup> Weisungen für die Handhabung der Propaganda im Fall ‚Barbarossa‘ (IMT Bd. 34, S. 191-195, Dok. 02 6-C).

<sup>74</sup> Rede Rosenbergs vor den engsten Beteiligten am Ostproblem v. 20.6.41 (IMT Bd. 26, S. 626, Dok. PS-1058, Hervhg. i. Orig.).

vor. Um die Wirkung des Terrors noch zu steigern, befahl er: „Die Art der Vollstreckung muss die abschreckende Wirkung noch erhöhen.“<sup>75</sup>

### „Das weißruthenische Volkstum“ in der „Neuordnung Europas“

Der Krieg wurde von der nazistischen Propaganda als „Befreiungskrieg für Europa“, als Kampf „für die Freiheit der Völker Europas“ dargestellt.<sup>76</sup> Intern gaben selbst NS-Ideologen wie Rosenberg zu, daß der Sinn des „Kreuzzug[es]“ gegen den Bolschewismus“ nicht darin bestehe, „allein den ‚armen Russen‘ vor diesem Bolschewismus für alle Zeiten zu erretten, sondern um deutsche Weltpolitik zu treiben und das Deutsche Reich zu sichern“.<sup>77</sup> Die ideologischen Begründungen einer „Neuordnung Europas“ lieferten völkische Theorien, deren Wurzeln bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen.<sup>78</sup> Die Forderungen nach Veränderung der Staatsgrenzen im Sinne von „Volkstumsgrenzen“ stellte bereits vor, während und auch nach dem ersten Weltkrieg ein Charakteristikum deutscher Außenpolitik im (ost-)europäischen Raum dar.<sup>79</sup> Eine entsprechende Dekompositionspolitik gegenüber Rußland, d. h. der Versuch, eine Reihe von „Randstaaten“ vom Russischen Reich abzuspalten und dementsprechend antirussische nationalistische Bewegungen zu initiieren und zu fördern, war im ersten Weltkrieg zentraler Bestandteil der Rußlandpolitik.<sup>80</sup>

[74:] Nachdem die „Volkstums“-Propaganda schon beim Einmarsch in die Tschechoslowakei und bei der Annexion Österreichs eine immense Bedeutung erlangt hatte,<sup>81</sup> vertrat Heinrich Himmler nach dem Überfall auf Polen die Auffassung, daß bei der „Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ darauf geachtet werden müsse, „soviel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen und zu pflegen“. Man habe „nicht nur das größte Interesse daran [...], die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern“.<sup>82</sup>

Vor dem Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion erinnerte Rosenberg noch einmal daran, daß es bei der Beherrschung dieses Territoriums die „Aufgabe unserer Politik“ sei, „die Freiheitsbestrebungen aller dieser Völker in einer klugen und zielsicheren Form wieder aufzugreifen und sie in ganz bestimmte staatliche Formen zu bringen, d. h. aus dem Riesenterritorium der Sowjetunion Staatsgebilde organisch herauszuschneiden und gegen Moskau aufzubauen“.<sup>83</sup> Eine politische Eigenständigkeit oder ein Mitspracherecht der osteuropäischen Bevölkerung wurde aber explizit ausgeschlossen. In seinen ersten Instruktionen vom 21.7.1941 forderte Rosenberg den Reichskommissar Ostland, Hinrich Lohse, auf, jegliche „Ansprüche auf einen von Deutschland unabhängigen estnischen, lettischen, litauischen oder weißruthenischen Staat“ zu verhindern – was „öffentlich aber nicht ausgesprochen werden braucht“.<sup>84</sup>

Gegenüber der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete verbreitete die Propaganda die Parole der „Konzeption eines Neuen Europas“, welche die „Wahrung der Volkstümer“ vorsehe.<sup>85</sup> Mit antisemitischen, antibolschewistischen und manchmal – wie in Teilen Belorußlands – auch antipolnischen Parolen

<sup>75</sup> Erlaß des Chefs des OKW Keitel über Vergeltungsmaßnahmen bei Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht vom 16. September 1941 (in: Der Überfall, S. 305 ff., Dok. 28)

<sup>76</sup> Aufruf Kubes „Weissruthenen und Weissrutheninnen!“ (NA Belarus 370/6/103/fol. 5). Vgl. auch Kubes Rede „Zusammenarbeit für das neue Europa!“ anlässlich der Einberufung des Weißruthenischen Vertrauensausschusses am 27. Juni 1943 (NA Belarus 370/1/486 S. 4-8).

<sup>77</sup> Rosenbergs Rede vor den engsten Beteiligten am Ostproblem v. 20.6.1941 (IMT Bd. 26, S. 614, Dok. PS-1058).

<sup>78</sup> Zur Entstehung völkischer Ideologie im 19. Jahrhundert vgl. u. a. Lutz Hoffmann: Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge – Aktualität und Entstehungsgeschichte, Köln 1994; Jost Hermand: Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus, Weinheim 1995.

<sup>79</sup> Zum Zusammenhang von Volkstumspolitik und Expansion vgl. Walter v. Goldendach/Hans-Rüdiger Minow: „Deutschtum erwache!“ Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Berlin 1994.

<sup>80</sup> Vgl. Fischer, Griff.

<sup>81</sup> Vgl. Sywottek, Mobilmachung, S. 121 ff.

<sup>82</sup> Heinrich Himmler: Einige Gedanken zur Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, Mai 1940, in: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945), Dokumentenauswahl und Einleitung von Werner Röhr, Berlin 1989 (Europa unterm Hakenkreuz Bd. 2), S. 171 f., Dok. 61.

<sup>83</sup> Rosenbergs Rede vor den engsten Beteiligten am Ostproblem v. 20.6.1941 (IMT Bd. 26, S. 616, Dok. PS-1058).

<sup>84</sup> Rosenberg an Lohse, Erste Instruktionen v. 21.7.41 (NA Belarus 370/1/49/fol. 31).

<sup>85</sup> Manuskript „Die weißruthenische Frage“, o. Verf. (NA Belarus 370/1/396/fol. 52).

sollte die Bevölkerung in einzelne konkurrierende Gruppen gespalten werden nach dem von Georg Leibbrandt, Leiter der Hauptabteilung Politik im RMO, formulierten Prinzip: „Alle sind gegeneinander aufzuhetzen. Dies ist das Gesetz, das über allem steht.“<sup>86</sup>

[75:] Als Adressat der Parolen galt ein „weißruthenisches Volkstum“ im besetzten Belorußland. Doch war dies kaum mehr als ein völkisch-rassistisches Konstrukt, das als Gegenbild zum „Großrussentum“ entworfen wurde<sup>87</sup> und überdies auch die Spaltung noch innen forcieren sollte. Dem angeblich rassistisch hochstehenden „Weissruthenen“ – in der Darstellung stark, blond und gesund –, der des Schutzes der Wehrmacht bedurfte, stellte die Propaganda den mordenden, plündernden und zerstörenden „jüdisch-bolschewistischen Partisan“ bzw. „Untermensch“ gegenüber, den es restlos zu vernichten galt.<sup>88</sup> Die angedrohte Vernichtung war den Parolen immanent: Unterordnung oder Tod.

Es stellte sich schnell heraus, daß das „weißruthenische Volkstum“ eine realitätsferne Konstruktion der Besatzungsmacht war.<sup>89</sup> Um trotzdem „Ansatzmöglichkeiten“ für „eine nationale weißruthenische Propaganda“ zu schaffen, wurden belorussische Zivilisten auf der untersten Verwaltungsebene der Besatzungsbehörden als Dorf- oder Gemeindevorsteher eingesetzt – mit der Betonung, daß damit „zukünftigen Entscheidungen über das Schicksal der Weißruthenen“ nicht „vorgegriffen“ werden sollte.<sup>90</sup>

Am 22. Oktober 1941 gründete die Zivilverwaltung das „Weissruthenische Selbsthilfewerk“, eine in der Propaganda als unabhängig dargestellte Organisation, die faktisch keinerlei Eigenständigkeit hatte.<sup>91</sup> Bis zur vorgesehenen Vertreibung oder Vernichtung der langfristig als „überflüssig“ bewerteten belorussischen Bevölkerung gab die deutsche Besatzungsmacht ihre Versuche nicht auf, diese mit nationalistischen Propagandaparolen einzubinden bzw. ruhig zu halten.<sup>92</sup> Je defensiver die Position der Okkupanten [76:] im Verlauf des Krieges wurde, desto mehr formale „Selbstverwaltungsstrukturen“ entstanden (bei zeitgleicher Ausweitung des Terrors gegenüber den Widerstands- und Partisanenstrukturen). Generalkommissar Wilhelm Kube ordnete im Frühjahr 1943 den Ausbau der einheimischen „Selbstverwaltung“ an, weil er es für falsch halte, „nur eine weissruthenische Organisation zu haben, man muss sie nach dem alten Grundsatz auch gegeneinander ausspielen können“.<sup>93</sup> So entstanden im Laufe des letzten Jahres der Besatzung das „Weißruthenische Jugendwerk“, der „Vertrauensrat“, der „Zentralrat“, die „Kulturgemeinschaft“, die „Frauenarbeit“, „Betriebsgemeinschaften“, die „Wissenschaftliche Gesellschaft“ und die „Heimatwehr“.<sup>94</sup> Der Versuch der deutschen

---

<sup>86</sup> Aufzeichnung über die Besprechung mit den Wirtschaftsinspektoren der rückwärtigen Heeresgebiete im WiStab Ost am 23. und 24.2.42 (zit. noch N. Müller, Wehrmacht und Okkupation, S. 206).

<sup>87</sup> Vgl. EM Nr. 21 v. 13.7.41 (BA/R58/214/fol. 145).

<sup>88</sup> Vgl. Deutsche Propaganda in Weißrußland 1941-1944. Eine Konfrontation von Propaganda und Wirklichkeit, hg. von Johannes Schlootz, Berlin 1996, S. 46 ff.

<sup>89</sup> Der SD mußte zugeben, daß „insbesondere im altsowjetischen Gebiet [...] das Weißruthenische Selbstbewußtsein fast völlig erloschen“ sei und das „Weißruthentum [...] in der breiten Masse der Bevölkerung nur in der Sprache weiter[lebt]“, EM Nr. 21 v. 13.7.41 (BA R58/214/fol. 145). Auch die Versuche, Pogrome an der jüdischen Bevölkerung zu initiieren, scheiterten, EM Nr. 67 v. 29.8.41 (BA/R58/216/fol. 223); vgl. ähnliche Einschätzungen in EM Nr. 31 v. 23.7.41 (BA/R58/215/fol. 8), EM Nr. 43 v. 5.8.41 (BA/R58/215/fol. 170) oder EM Nr. 154 v. 12.1.42 (BA/R58/220/fol. 81).

<sup>90</sup> EM Nr. 21 v. 13.7.41 (BA/R58/214/fol. 145). Nach dem Generalplan Ost waren 75% der belorussischen Bevölkerung zur „Aussiedlung“ vorgesehen, wobei die „rassische Bestandsaufnahme“ als noch nicht abgeschlossen galt. Vgl. Stellungnahme zum Generalplan Ost des Reichsführers SS von Erhard Wetzel v. 27.4.1942, in: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, hg. von Reinhard Opitz, Köln 1977, S. 881.

<sup>91</sup> Entsprechend den Vorstellungen des RMO zur Aufgabe der „Selbstverwaltung“ (vgl. Pressechef des RMO zu Ausbau der Aufklärung und Propaganda im Ostraum v. April 1942, BA R6/192/fol. 14).

<sup>92</sup> Bei einer Besprechung in Berlin am 5. Januar 1942, an der Vertreter des RMO, des SD und der Zivilverwaltung in Minsk teilnahmen, wurde nochmals erörtert, „ob die Schaffung [76:] eines weissruthenischen Volkes überhaupt angestrebt und bereits jetzt gefördert werden solle, da noch keine Entscheidung darüber vorliege, was mit dem weissruthenischen Volk überhaupt geschehen soll“. Man kam zu dem Schluß, daß aus kriegspolitischen Erwägungen zunächst „eine positive Politik betrieben werden muß, unbeschadet dessen, was in der Zukunft entschieden wird“, Vermerk über eine Besprechung betr. Einheimisches Selbsthilfewerk Weissruthenien, v. 8.1.43 (BA R6/106/fol. 1).

<sup>93</sup> Rede Kubes auf der Tagung der Gebietskommissare etc. vom 8. bis 10.4.43 in Minsk (NA Belarus 370/1/1262/fol. 37 RS).

<sup>94</sup> Vgl. Zu den Organisationen vgl. Dallin, Herrschaft, S. 229 ff.

Okkupationsmacht, eine „weissruthenische Volkstumsbewegung“ zu initiieren, scheiterte jedoch vollständig.<sup>95</sup>

### Die „jüdisch - bolschewistische Weltverschwörung“

Antimarxismus und Antisemitismus spitzten sich in der Propagandaparole von der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ zu. Plakate verkündeten: „Der Jude ist Euer ewiger Feind! Stalin und die Juden sind eine große Verbrecherclique!“<sup>96</sup> Um die Bevölkerung von jeglicher Sympathie für das Sowjetsystem abzubringen und eine widerstandslose Unterordnung unter deutsche Herrschaft zu garantieren, sollte, so Hadamovsky und Taubert, die „antibolschewistische Propaganda“ zu einer „absoluten Greuelpropaganda“ gesteigert werden. „Neben jedem positiven Versprechen von uns, muss immer wieder die Demaskierung des Bolschewismus stehen, die Aufzeigung seiner Sklaverei und seiner Menschenunterdrückung.“ Den „Slawen“, die nur für eine starke Propaganda empfänglich seien, müsse gesagt werden, wenn „je der Bolschewismus zurückkäme, würdet ihr alle unter fürchterlichen Folterqualen [77:] Todesopfer der GPU!“<sup>97</sup> Diesem Vorgehen entsprechend sprach die Propaganda von „Blutorgien des Bolschewismus an allen Völkern der Sowjetunion“.<sup>98</sup>

Als personifiziertes Feindbild fungierte Stalin, der als „Blutsäufer“ und „Menschenfresser“ angeprangert wurde.<sup>99</sup> Eines der ersten Plakate der Abteilung Ost zeigt ihn mit einer Fackel über einer brennenden Stadt, der von einem Arm mit Hakenkreuzbinde am Kragen gepackt und weggezogen wird. Der Schriftzug des Plakats verkündet: „Der Mörder und Brandstifter Stalin hat sein Spiel beendet!“ Neben Stalin ist ein Schriftblatt zu sehen, welches das „Programm des Mordbrenners“ enthält: „Vernichtung von Euren Vorräten, damit Ihr verhungert. Abbrennen von Euren Städten und Dörfern, damit Ihr ohne Dach über dem Kopf seid. Zerstörung Eurer Arbeitsplätze und Fabriken, wo Ihr täglich Euer Brot erwerbt. Zerstörung von Straßen und Brücken, damit man die Städte nicht mehr mit Lebensmitteln versorgen kann. Das waren die Absichten von Stalin.“<sup>100</sup>

Diese Greuelpropaganda wurde durch unkonkrete, positive Zukunftsversprechungen ergänzt, welche die Bevölkerung noch der „Befreiung“ durch die deutschen Okkupanten erwartete. Auf einem Plakat blicken dunkel gekleidete sowjetische Männer, Frauen und Kinder durch einen Mauerdurchbruch auf blühende Landschaften: „Die Mauer ist zerstört, Stalin hielt Euch hinter der Mauer. Er wußte, daß Ihr durch die Berührung mit einer anderen Welt den niederträchtigen Betrug der bolschewistischen Ordnung erfahren würdet. Jetzt ist die Mauer durchbrochen, und es kommt Euch eine glückliche Zukunft entgegen.“<sup>101</sup>

Die propagandistische Rolle der deutschen Besatzer war ebenfalls festgelegt: „Die deutsche Wehrmacht ist Dein Schutz und Deine Befreiung!“<sup>102</sup> Auf einem Plakat sah man einen freundlich lachenden deutschen Soldaten mit einem Kind auf dem Arm mit der Parole „Soldaten Hitlers sind Freunde des Volkes“. Das Bild sollte – so der Kommentar der Abteilung Ost – „Vertrauen bei der Bevölkerung zur deutschen Wehrmacht [...] erwecken“. Vorsorglich wurde noch hinzugefügt, daß dieses Plakat „sich nur zum Einsatz in Gebieten mit [78:] gesicherter Ernährungslage“ eigne.<sup>103</sup> Dort, wo „Hungers- oder Wohnungsnot oder Arbeitslosigkeit“ herrschte, klebten die Deutschen die Wandzeitung „Bedankt Euch bei Stalin“.<sup>104</sup>

<sup>95</sup> Vgl. Dallin, Herrschaft, S. 226 f.; Bernhard Chiari: Deutsche Zivilverwaltung in Weißrußland 1941-1944. Die lokale Perspektive der Besatzungsgeschichte, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 52/1993, S. 73.

<sup>96</sup> Vgl. Lagerverzeichnis, Plakat (P) 4 (BA R55/1299/fol. 6).

<sup>97</sup> Bericht über die Propagandalage im Osten v. 17. September 1942 v. Hadamovsky und Taubert (BA R55/1234/fol. 40).

<sup>98</sup> Kubes Rede „Zusammenarbeit für das neue Europa!“ anlässlich der Einberufung des Weißruthenischen Vertrauensausschusses am 27. Juni 1943 (NA Belarus 370/1/486/fol. 7).

<sup>99</sup> Flugblattentwurf des Leiters der Propagandaabteilung in Minsk, Schröter, v. 19.11.43 (NA Belarus 370/1/1283/fol. 8, s. a. Deutsche Propaganda, S. 31).

<sup>100</sup> Vgl. Lagerverzeichnis, P 6 (BA R55/1299/fol. 8). Abgedr. in: Deutsche Propaganda, S. 32.

<sup>101</sup> Lagerverzeichnis, P 30 (BA R55/1299/fol. 35). Plakat abgedr. in: Deutsche Propaganda, S. 20.

<sup>102</sup> Plakat abgedr. in: Deutsche Propaganda, S. 18, vgl. ebd., S. 30, 46.

<sup>103</sup> Lagerverzeichnis, P 5 (BA R55/1299/fol. 7 f.). Abgedr. in: Buchbender, Erz, S. 268.

<sup>104</sup> Lagerverzeichnis, P 17 (BA R55/1299/fol. 19 f.).

Die gesamte Propaganda durchzog eine latente Gewaltandrohung. Die ständig wiederholte Behauptung „Vor Euch steht die mächtige, unbesiegbare deutsche Wehrmacht!“<sup>105</sup> sollte die militärische Überlegenheit Deutschlands suggerieren und die Bevölkerung einschüchtern. Mit der zunehmenden Defensive der Besatzer gewannen Darstellungen der angeblich überlegenen deutschen Waffentechnik bzw. entsprechende Gegenüberstellungen der deutschen und sowjetischen Rüstungsproduktion immer mehr an Bedeutung.<sup>106</sup>

### „Eure Arbeit ist Eure Dankbarkeit“<sup>107</sup>

Bei ihrem Ziel, die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes auszubeuten, waren die Deutschen in gewissem Umfang auf die Mitwirkung der Bevölkerung angewiesen. Zwangsrequirierungen, Beschlagnahme und Plünderungen konnten nicht vollständig verhindern, daß Lebensmittel versteckt und dem Zugriff der Besatzer entzogen wurden. Zwei Wochen nachdem Rosenberg am 15. Februar 1942 die „Neue Agrarordnung“ verkündet hatte,<sup>108</sup> setzte in den besetzten Gebieten schlagartig eine neue Propagandakampagne ein. Faltblätter, Plakate und Wandzeitungen, welche die „Neue Agrarordnung“ priesen, wurden massenhaft verbreitet. Textplakate informierten über den Agrarerlaß, und das Bildplakat „lachender Bauer“ behauptete: „Die Deutschen geben mir und jedem tüchtigen Bauern Land“ und der „Bauer mit Garbe“ meinte: „Der Agrarerlaß und mein Fleiß sind die Grundlagen meiner Zukunft!“ Unter dem militärischen „Schutz“ der Wehrmacht sollte die Ausbeutung gesichert werden: „Der deutsche Soldat schützt Dich und Deine bessere Zukunft. Gewissenhafte Erfüllung der Lieferverpflichtungen ist Ehren-[79:]pflicht jedes Bauern. Diese Karte informiert Dich rechtzeitig über die Menge der Lieferungen.“<sup>109</sup>

Ziel sei es, so die Wirtschaftsinspektion Mitte in ihrer Verfügung zum „Propaganda-Rahmenprogramm für die Erzeugung“, „den russischen Bauern zur Überzeugung“ zu bringen, „daß alle von ihm verlangten Maßnahmen sich ausschließlich zu *seinem eigenen* Vorteil auswirken“.<sup>110</sup> Die Parolen rekurrten ebenfalls auf das reale Elend der Zivilbevölkerung, indem die Arbeitsaufforderung mit der Aussicht auf ein schnelleres Kriegsende verbunden wurde.<sup>111</sup>

Propaganda als Teil der psychologischen Kriegführung ist ohne ihren Gegenpart – den Terror – nicht begreifbar. So implizierte die Propaganda nicht nur eine latente Gewaltandrohung<sup>112</sup>, bei Propagandaaktionen wurde auch bewußt die propagandistische Wirkung des Terrors einbezogen: anlässlich einer Feierstunde zur Landübergabe an „gehorsame“ Bauern wurde die öffentliche Erschießung „unzuverlässiger“ Bauern inszeniert.<sup>113</sup>

<sup>105</sup> Aufruf Kubes „Weissruthenen und Weissrutheneninnen!“, Juni 1943 (NA Belarus 370//6/1 03/fol. 5).

<sup>106</sup> Vgl. Lagerverzeichnis, P 77 ff. (BA R55/1299/fol. 83 ff.) und Plakatbeispiele in: Buchbender, Erz, S. 48; Deutsche Propaganda, S. 69 f.

<sup>107</sup> Vgl. Lagerverzeichnis (BA R55/1299). Abgedr. in: Deutsche Propaganda, S. 46.

<sup>108</sup> Zur „Neuen Agrarordnung“ und den diesbezüglichen Kontroversen vgl. Europa unterm Hakenkreuz/Sowjetunion, S. 58 ff., 245 ff.; Christian Gerlach: Die deutsche Agrarreform und die Bevölkerungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa. Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 12, hg. von Christoph Dieckmann u. a., Berlin 1995, S. 17 ff.

<sup>109</sup> Abgedr. in: Deutsche Propaganda, S. 49. Die Propagandaerzeugnisse zur „Agrarordnung“ machten von der Gesamtproduktion der Abt. Ost zwischen 1941 und 1943 nach Buchbender ca. 7% aus (vgl. Buchbender, Erz, S. 278).

<sup>110</sup> Rundverfügung Nr. 8 der Chefgruppe Landwirtschaft (Wi In Mitte) betr. „Propaganda-Rahmenprogramm für die Erzeugung“ v. 6.2.43 (NA Belarus 370/1/401/fo1. 42-42 RS, Auszüge in: Deutsche Propaganda, S. 47, Hervhg. i. Orig.).

<sup>111</sup> Z. B. „An die Arbeit! Deine Arbeit trägt zum schnelleren Kriegsende bei!“ (Plakat abgedr. in: Deutsche Propaganda, S. 48).

<sup>112</sup> So betonte ein Propagandaredner z. B. am 23. April 1942 auf einer Versammlung zur „Neuen Agrarordnung“, daß „für den faulen und widerspenstigen Bauern [...] in der Gemeinwirtschaft kein Platz“ sei, und ihn „die ganze Strenge der deutschen Militärbehörden“ treffen würde (zit. n. Gerlach, Agrarreform, S. 35).

<sup>113</sup> Vgl. ebenda, S. 38.

## „Vernichtet das Banditentum!“

Trotz Propaganda und Terror war die Besatzungsmacht mit einer von der Bevölkerung getragenen und unterstützten Widerstands- und Partisanenbewegung konfrontiert, die wesentlich zur Befreiung Belorußlands beitrug.<sup>114</sup> Ohne den militärischen Schutz von bewaffneten Kräften war der größte Teil des GK Weißruthenien ab Sommer/Herbst 1942 für die deutschen Besatzer [80:] nicht mehr zugänglich.<sup>115</sup> Das OKW reagierte mit einer Reihe von Weisungen „für die verstärkte Bekämpfung des Bandenunwesens im Osten“<sup>116</sup>, in deren Folge Wehrmacht-, SS- und Polizeieinheiten bei „Säuberungsaktionen“ ganze Gebiete verwüsteten und die Zivilbevölkerung ermordeten oder verschleppten. Auch diese neue Phase des Massenterrors wurde von Propagandamaßnahmen begleitet.

Anfang Mai 1943 holte eine von der Abteilung Politik im RMO zusammengestellte und an die Abteilungsleiter weitergeleitete „Zentralinformation“ zur „Entwicklung der Partisanenbewegung“ empfohlen, flankierend zu der Ausweitung militärischer Aktionen die Denunziationsbereitschaft in der belorussischen Bevölkerung zu fördern: „Hand in Hand mit diesen Maßnahmen müßte durch die politische Leitung eine äußerst geschickte Propaganda betrieben werden mit dem Ziel, die Einheimischen zur aktiven Mitarbeit bei der Bandenbekämpfung z. B. durch Meldung an deutsche Dienststellen zu veranlassen.“<sup>117</sup>

Dieser Ansatz drückte sich auf Flugblättern und Plakaten der Abteilung Ost aus. Auf einem Plakat schlägt ein „weißruthenischer“ Bauer vorbildhaft einen Partisanen mit der Keule nieder: „Vernichtet die Banditen und ihre Helfer unter Euch, weil sie gerade Euch am meisten schaden. Wer die Tätigkeit der Banditen nicht verhindert, ist ihr Mithelfer. Meldet alle verdächtigen Menschen und Vorkommnisse bei der nächsten deutschen Verwaltung oder der Wehrmacht.“<sup>118</sup> Die Propaganda entwarf ein Bild der Partisanen (in der Darstellung ausschließlich Männer) als „Feinde des Volkes“, Verursacher von Hunger und Not, Brandstifter, Mörder und Diebe. Die Plakate zeigten geduckt fliehende Männer, die brennende Gehöfte hinter sich ließen, mit dem Text: „Die roten Partisanen bringen Dir den Tod und Euren Häusern und dem Lande Zerstörung!“<sup>119</sup>

Das Feindbild der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ wurde auch in diesem Zusammenhang bemüht. Auf einem Bildplakat war ein mit Waffen und einer Fackel ausgerüsteter Partisan mit fünfzackigem Stern an der Mütze und antisemitisch stereotypisierten Gesichtszügen zu sehen. Er schaut grinsend zurück auf eine Landschaft der Zerstörung – eine brennende Fabrik, Friedhofskreuze, Erhängte, Skelettreste und die Leiche einer nackten Frau mit ihrem ermordeten Kind. Unterstützt wird er von einem erst auf den [81:] zweiten Blick erkennbaren Wesen mit einem Davidstern auf der Stirn, das zufrieden lachend auf die Zerstörung zeigt. Der Text fragt: „Für wen kämpfen die Banden Stalins?“ und antwortet: „Für die Feinde Eures Volkes!“<sup>120</sup> Die von der Propagandaabteilung in Minsk herausgegebenen Parolen und Flugzeitungen hatten die gleiche Tendenz.<sup>121</sup>

---

<sup>114</sup> Vgl. *Soviet Partisans in World War II*, hg. von John Armstrong, Madison 1964; Heinz Kühnrich: *Der Partisanenkampf in Europa 1939-1945*, Berlin 1968; Reuben Ainsztein: *Jüdischer Widerstand im deutschbesetzten Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges*, Oldenburg 1993; Alexander Orlov: *Die Rote Armee und die sowjetischen Partisanen im Kampf gegen die deutsche Wehrmacht*, in: *Zeitenwende*, S. 329-352. Für Belorußland auch Witalij Wilenchik: *Die Partisanenbewegung in Weißrußland 1941-1944*, in: *Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte* 34/1984, FU Berlin.

<sup>115</sup> Vgl. GKW, Abt. III/ASo, Ref. Arbeitseinsatz, Über die Arbeitseinsatzlage im Generalbezirk, v. 19.10.42 (BA R6/27/fol. 77 ff.).

<sup>116</sup> Vgl. Richtlinien für die verstärkte Bekämpfung des Bandenunwesens im Osten, Weisung Nr. 46 des OKW v. 18.8.42 (Europa unterm Hakenkreuz/Sowjetunion, S. 316 ff., Dok. 117).

<sup>117</sup> Zentralinformation (NA Belarus 370/1/386a S. 24-31 RS, hier: fol. 27).

<sup>118</sup> Abgedr. in: *Deutsche Propaganda*, S. 37.

<sup>119</sup> Ebenda, S. 36.

<sup>120</sup> Ebenda, S. 40.

<sup>121</sup> Vgl. Propaganda-Parolen zum Erntedankfest 1942 (NA Belarus 370/1/15/fol. 15); Flugzeitung. Die Deutschen schenken dem weißruthenischen Bauern das Land zurück“ (NA Belarus 370/1/2407/fol. 61 ff.).

## „Ostarbeiteranwerbung“

Ein weitere Propagandakampagne startete die Abteilung Ost mit dem Beginn der Rekrutierung von Arbeitskräften für den sog. „Reichseinsatz“. Die Bevölkerung unterlag bereits in den besetzten Gebiete einem ausgedehnten System der Zwangsarbeit für die Besatzungsmacht.<sup>122</sup> Nach der grundlegenden Entscheidung auf Reichsebene im Oktober 1941, sowjetische Zivilistinnen und Zivilisten auch als Arbeitskräfte im Reichsgebiet einzusetzen, begann Anfang 1942 die massenhafte Zwangsrekrutierung in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Die „Ostarbeiteranwerbung“ bildete einen umfangreichen Komplex von Terror- und Propagandamaßnahmen, die systematisch ineinandergriffen.<sup>123</sup>

Die Abteilung Ost startete eine große Kampagne zur „Ostarbeiteranwerbung“, in der eine Vielzahl von Flugblättern, Plakaten, Broschüren, Anschlägen und selbst eine Wanderausstellung zur Anwendung kamen.<sup>124</sup> Die Plakate zeigten unterschiedliche Formen von Arbeit (Schweißer, Gießer, Arbeiter an der Schleifmaschine oder am Preßlufthammer) und waren mit Parolen versehen wie: „Deine Arbeit in Deutschland hilft den Bolschewismus vernichten“, „Deine Arbeit in Deutschland verkürzt den Krieg“ oder „Kommt zur Arbeit nach Deutschland! Was Ihr dort lernt, dient später Eurem Fortkommen in der Heimat“.

[82:] Eine besondere Zielgruppe bildeten Mädchen und Frauen, an die sich auch eines der ersten Plakate wandte.<sup>125</sup> Eine junge Frau steht vor einem Zug, aus dem sich weitere Reisende mit freudigen Gesichtern hinauslehnen, und schaut die Betrachter lachend an. Die suggerierte Urlaubsstimmung drückt sich auch in dem von der Abteilung Ost formulierten Bestellcode – „Reiseplakat“ – aus. Der Plakattext lautet: „Ich fahre morgen ab! Wer fährt mit? Deine Arbeit in Deutschland hilft den Bolschewismus vernichten.“<sup>126</sup>

Flugblätter, in der Regel nach ein und demselben Schema aufgebaut, wandten sich an die „Männer und Frauen der vom Bolschewismus befreiten Gebiete!“<sup>127</sup> Den angeblich von Stalin zu verantwortenden Zerstörungen der Betriebe und Fabriken, die viele „ohne Arbeit und Brot“ zurückgelassen haben, wurden neue „Arbeitsmöglichkeiten“ in Deutschland gegenübergestellt. Außerdem wurde auf angenommene Wissensdefizite und eine vermeintlich daraus entstehende Neugier rekurriert: „In der Zeit der bolschewistischen Herrschaft waren Euch der Blick und der Weg in die uebrige Welt vollkommen verschlossen. Was Ihr beispielsweise ueber Deutschland wusstet, waren allein die luegenhaften Parolen der Moskauer Ausbeuter, die sich nicht anders zu helfen wussten, als Euch jede Möglichkeit zu nehmen, die uebrige Welt mit eigenen Augen kennenzulernen. Durch den Arbeitseinsatz in Deutschland oeffnen sich Euch die Pforten dieses hochkultivierten Landes.“<sup>128</sup> Nachdem so versucht wurde, die Meldung zum Arbeitseinsatz im „eigenen Interesse“ zu begründen, wurden als Gegenleistung für „vollwertige Arbeit“, gerechte Entlohnung, anständige Unterkunft, ausreichende

<sup>122</sup> Vgl. hierzu bereits genannte Parolen, die zur „pflichtgemäßen“ und „fleißigen“ Arbeit etc. aufriefen.

<sup>123</sup> Vgl. Babette Quinkert: Terror und Propaganda. Die „Ostarbeiteranwerbung“ im Generalkommissariat Weißruthenien, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 8/1999, S. 700- 721.

<sup>124</sup> Materialien zur „Ostarbeiteranwerbung“ machten zwischen 1941 und 1943 etwa 17% der gesamten Produktion der Abteilung Ost aus, vgl. Buchbender, Erz, S. 278. Für die erste große Kampagne wurden mindestens 13 verschiedene Plakate gedruckt (vgl. Lagerverzeichnis, P 22-37, BA R55/1299/fol. 24 ff.), weitere Plakate befinden sich in Minsker Archiven. Beispiele abgedr. in: Buchbender, Erz, S. 283 f. und Deutsche Propaganda, S. 461 f.

<sup>125</sup> Von den etwa 2,8 Millionen ins Reichsgebiet deportierten „Ostarbeitern“ waren über 50% Mädchen, in der Regel zwischen 15 und 20 Jahren alt (vgl. Bernd Bonwetsch: Sowjetische Zwangsarbeiter vor und nach 1945. Ein doppelter Leidensweg, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 41/1993, S. 534 f).

<sup>126</sup> Lagerverzeichnis, P 23 (BA R55/1299/fol. 25). Ein Plakat zeigte Fotos frauenspezifischer Berufssparten: „So arbeiten Frauen und Mädchen in Deutschland“. Unter dem Titel „Galjo Saslowskaja fährt noch Deutschland“ wurde sowohl ein Plakat als auch eine Broschüre gedruckt (vgl. NA Belarus 370/1/1286/fol. 148 ff.). Eine ganze Reihe weiterer Plakate an diese Zielgruppe entstand im Rahmen der „Hausgehilfinnen-Anwerbung“ (vgl. P 42, 55 ff., BA R55/1299/fol. 47, 60ff.).

<sup>127</sup> Das hier zitierte Flugblatt, das die Propaganda-Kompanie Weißruthenien in den rückwärtigen Heeresgebieten wahrscheinlich im Frühjahr 1942 verteilte (NA Belarus 411/1/6/fol. 17), zeigt exemplarisch die Argumentationsmuster, welche die „Ostarbeiter“-Propaganda insgesamt prägten.

<sup>128</sup> Ebenda.

Verpflegung, gleiche Krankenversorgung wie die deutschen Arbeiter, Möglichkeiten zur Anschaffung von Verbrauchsgütern sowie Unterstützung der zurückbleibenden Angehörigen versprochen. Am Schluß folgte noch ein Hinweis, der neben dem „eigenen“ Interesse auch indirekt die Frage der Rückkehr berührte, ohne sich allerdings auf konkrete Zeitangaben festzulegen: „Während der Arbeit in [83:] Deutschland werdez [Fehler i. Org.] Ihr vieles lernen koennen, was Ihr spaeter fuer Euch selbst und Eure Heimat nutzbringend werdet verwenden koennen.“<sup>129</sup>

## Fazit

Hinsichtlich der Bedeutung, die der Propaganda gegenüber der Zivilbevölkerung im besetzten Belorußland von seiten der deutschen Okkupationsmacht zugemessen wurde, ist festzustellen, daß diese – neben dem Terror – als ein entscheidender Teil der Kriegführung galt. Dies resultierte wesentlich aus den nach dem ersten Weltkrieg geführten Debatten um die Rolle der Propaganda als ein Mittel einer „geistigen“ Kriegführung, die als maßgebliche, wenn nicht sogar ausschlaggebende Ergänzung zur ökonomischen und militärischen Kriegführung aufgefaßt wurde.

Die Propaganda bezog – latent oder offen – die Straf- und Gewaltandrohung stets mit ein, wobei die Wirkung des tatsächlich ausgeübten Terrors explizit mit einkalkuliert wurde: öffentliche Exekutionen, Vergeltungsmaßnahmen oder Geislerschießungen waren Teil der „geistigen“ Kriegführung. Letztere wurden in dem Maße modifiziert, in dem die Okkupationsmacht mehr und mehr in die Defensive geriet. Ziel war es, die Besatzungspolitik effizienter zu gestalten, ohne von den Kriegszielen abzuweichen oder den Charakter der Okkupation grundlegend zu verändern. Die diskutierten Vorschläge waren Ausdruck taktischer Schwerpunktverlagerungen im Konzept der „geistigen“ Kriegführung, aber keine grundsätzliche Abkehr von der praktizierten Okkupationspolitik. Die Ausführungen von Dallin, Reitlinger oder Buchbender haben das apologetische Resultat, die Verfechter politischer bzw. propagandistischer Maßnahmen von ihrer (Mit-)Verantwortung für die Verbrechen der Besatzungsmacht freizusprechen. Ein solches Vorgehen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion stand jedoch keineswegs im Widerspruch zum ausgeübten Terror: Propaganda und Terror bildeten vielmehr zwei komplementäre Seiten der „geistigen“ Kriegführung im totalen“ Krieg.

---

<sup>129</sup> Ebenda.

[84:]

## REZENSIONEN

Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945, hg. von WOLFGANG BENZ, JOHANNES HOUWINK ten CATE, GERHARD OTTO, Metropol-Verlag. Band 1: *Anpassung – Kollaboration – Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation*, hg. von WOLFGANG BENZ, JOHANNES HOUWINK ten CATE, GERHARD OTTO, Berlin 1996, 303 S.

Band 2: *Deutsche Politik im „Protektorat Böhmen und Mähren“ unter Reinhard Heydrich 1941-1942. Eine Dokumentation*, hg. von MIROSLAV KÁRNÝ, JAROSLAVA MILOTOVÁ, MARGITA KÁRNÁ, Berlin 1997, 303 S.

Band 3: *Die „Neuordnung Europas“. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten*, hg. von RICHARD J. OVERY, GERHARD OTTO, JOHANNES HOUWINK ten CATE, Berlin 1997, 299 S.

Band 4: *Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa*, hg. von WOLFGANG BENZ, JOHANNES HOUWINK ten CATE, GERHARD OTTO, Berlin 1998, 223 S.

Band 5: *Kultur – Propaganda – Öffentlichkeit. Intentionen deutscher Besatzungspolitik und Reaktionen auf die Okkupation*, hg. von WOLFGANG BENZ, GERHARD OTTO, ANABELLA WEISMANN, Berlin 1998, 261 S.

Band 6: *Einsatz im „Reichskommissariat Ostland“. Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrußland 1941-1944*, hg. von WOLFGANG BENZ, KONRAD KWIET, JÜRGEN MATIHÄUS, Berlin 1998, 301 S.

Band 7: *Das organisierte Chaos. „Ämterdarwinismus“ und „Gesinnungsethik“. Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft*, hg. von JOHANNES HOUWINK ten CATE und GERHARD OTTO, Berlin 1999, 342 S.

Band 8: *Von Lidice bis Kalavryta. Widerstand und Besatzungsterror. Studien zur Repressalienpraxis im Zweiten Weltkrieg*, hg. von LOUKIA DROULIA und HAGEN FLEISCHER, Berlin 1999, 295 S.

Anzuzeigen ist eine neue Reihe zur deutschen Okkupationspolitik im zweiten Weltkrieg. Unter den ersten acht Bänden befinden sich sechs Konferenzbände und zwei Dokumentationen. Diese Editionen wurden von der European Science Foundation (ESF), Dachorganisation der Forschungsförderung der EU, finanziert. Vorsitzender des Koordinationskomitees eines Netzwerks, das zwischen 1995 und 1997 vier internationale Konferenzen veranstaltete, ist Wolfgang Benz vom Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, als [85:] wissenschaftliche Sekretare zeichnen Johannes Hauwink ten Cate vom Rijksinstitut voor Oorlogsdocumentatie (RIOD) in Amsterdam und Gerhard Otto von der Freien Universität Berlin, der an die Stelle des 1995 verstorbenen Initiators des Netzwerkes, Theo Pirker, trat. Das RIOD und die von Pirker geleitete Forschungsgruppe der FU<sup>1</sup> hatten sich seit Jahren mit Fragen der Okkupationsgeschichte, insbesondere dem Aufbau und den Widersprüchen der Besatzungsverwaltungen beschäftigt. Gemeinsam hatten sie 1991 in Amsterdam eine internationale Konferenz „Das organisierte Chaos“ veranstaltet, deren Tagungsband 1999 als Band 7 dieser Reihe erschienen ist. Wolfgang Benz war bis dahin nicht mit Arbeiten zur Okkupationsgeschichte hervorgetreten. Von der im Rahmen des Netzwerkes erwähnten *Arbeitsgruppe für nationalsozialistische Besatzungspolitik* am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin sind mir bisher keine Forschungsergebnisse bekannt geworden. Im Vorwort des ersten Bandes schreiben die Herausgeber, das Netzwerk solle Intentionen, Wirkungen und Konsequenzen der deutschen Besatzungspolitik in vergleichender Perspektive behandeln. Insbesondere sollten die geschichtswissenschaftliche und auch die sozialwissenschaftliche Forschung durch das Aufzeigen vorhandener Defizite vorangetrieben werden und die immer noch von nationalen Ressentiments dominierten Perspektiven der Historiographie dieser Periode stärker „europäisiert werden“ (S. 7).

---

<sup>1</sup> FG Intermediäre regulative Institutionen

Eine komparatistische Erforschung der deutschen Okkupationspolitik im zweiten Weltkrieg steht seit den 80er Jahren zunehmend auf der Tagesordnung der Geschichtsschreibung. Leider schweigen die Herausgeber über die zahlreichen bis dahin geleisteten Arbeiten, die dieses Bedürfnis produziert und seine Erfüllung möglich gemacht haben. Aus diesem Grunde seien hier wenigstens folgende benannt:

Während die wissenschaftliche Literatur zum zweiten Weltkrieg kaum noch zu überschauen ist, fanden Okkupationspolitik und Okkupationsherrschaft als selbständiger Gegenstand erst relativ spät Anerkennung. Bis in die 70er Jahre spielten sie in der deutschsprachigen Weltkriegsforschung, und nicht nur dort, eine bescheidene Nebenrolle, obwohl Forschungen bereits mit dem Beginn der 60er Jahre eingesetzt hatten. Nicht selten wurde Okkupationsforschung als bloßer Annex der Geschichte der Kampfhandlungen als der „eigentlichen“ Kriegsgeschichte behandelt. In spezielleren Arbeiten zur Okkupationsgeschichte wurde meist ein Land, eine bestimmte Kriegsphase oder ein Strang der Besatzungspolitik erörtert, übergreifende oder vergleichende Arbeiten fehlten nahezu völlig.

[86:] Der entscheidende wissenschaftliche Schritt in Richtung auf Forschungen, die dem historischen Stellenwert der Okkupationen im zweiten Weltkrieg gerechter wurden, war der Übergang zu einem Konzept von Weltkriegsforschung, das Kriegsgeschichte nicht mehr in einem engen Sinne als reine oder vorrangige Militärgeschichte verstand, sondern als eine Gesamtgeschichte der Gesellschaften im Krieg. Dieser Ansatz wurde erstmals in dem sechsbändigen Werk „Deutschland im zweiten Weltkrieg“ (Berlin 1974-1985) verfolgt, das Historiker vor allem der Akademie der Wissenschaften der DDR und des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR erarbeiteten. Ein funktional analoger Ansatz stand auch bei dem auf zehn Bände angelegten Werk „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ Pate, mit dem Forscher des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (damals Freiburg/Br., heute Potsdam) auf die Berliner Herausforderung reagierten (Stuttgart 1979 ff., bisher 6 Bände). In beiden Fällen ermöglichte dieser Ansatz, die Okkupationspolitik als selbständigen Forschungsgegenstand in eine Geschichte des zweiten Weltkrieges einzuordnen. Parallel zu diesen beiden Gesamtdarstellungen entstanden in der Weltkriegsforschung beider deutscher Staaten viele Arbeiten, die sich jeweils auf die Okkupationsgeschichte eines Landes beziehen.<sup>2</sup>

In fast allen ehemals von Deutschland besetzten Ländern ist die Geschichte der Okkupation in Jahrzehnten systematisch und umfassend erforscht, dokumentiert und dargestellt worden. Doch die nationalgeschichtliche Erforschung der eigenen Okkupationsperiode schloß in der Regel eine vergleichende Analyse aus. Die Untersuchung der Okkupation eines Landes aus der Perspektive seiner Nationalgeschichte bestimmte diese zwangsläufig als eine Periode der Fremdherrschaft, die gleichsam aus dem „normalen“ Verlauf der Nationalgeschichte herausfiel. Von Ausnahmen abgesehen, wurde dabei die Politik der Okkupanten nicht systematisch untersucht, deren Genese, deren Zielkonflikte, deren Veränderungen und politische Handhabung kamen nur spezifisch in den Blick der Nationalhistoriker, für die ihre eigene Geschichte im Vordergrund stand. Doch ohne die Geschichte der Politik der Okkupationsmacht läßt sich auch die Okkupationsgeschichte eines Landes nicht hinreichend schreiben.

Zweifelloos bildeten alle Untersuchungen der Okkupationsgeschichte eines Landes, eines Bereiches, einer Phase etc. wichtige Voraussetzungen für eine noch zu leistende vergleichende Okkupationsforschung. Für diese erscheinen [87:] mir drei Arbeiten unmittelbar relevant und unverzichtbar, erstens die neunbändige Dokumentenedition „Europa unterm Hakenkreuz“ (1988-1996), zweitens die übergreifende Darstellung von Hans Umbreit im Band V von „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“ (Bd. V/1, 1988, bzw. V/2, 1999) und drittens Czesław Madajczyk's zweibändige Monographie „Faszyzm i okupacje“ (1983/84).

---

<sup>2</sup> Vgl. die Bibliographie von Margarete Piesche in „Europa unterm Hakenkreuz. Analysen, Quellen, Register. Zusammenge stellt und eingeleitet von Werner Röhr (Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition. Herausgegeben vom Bundesarchiv, Bd. 8), Heidelberg 1996, S. 507-722.

„Europa unterm Hakenkreuz“<sup>3</sup> hat erstmals einem größeren Leserkreis Quellen über die deutsche Okkupationspolitik in allen besetzten Ländern zugänglich gemacht, deren Wortlaut bisher gar nicht oder nur wenigen Fachleuten bekannt war. In ihrer Gesamtheit vermittelt die Edition einen tiefen Einblick in die inneren Mechanismen und Strukturen der deutschen Besatzungsherrschaft, in die Ziele, Determinanten und Praktiken der deutschen Okkupationspolitik und in die furchtbaren Folgen für die Völker der besetzten Länder. Mit diesem Quellenfundus sind günstige Voraussetzungen für eine noch explizit zu leistende vergleichende Untersuchung gegeben. Jeder Band enthält außerdem eine ausführliche Einleitung, die als wissenschaftliche Analyse des Gegenstandes und der bisherigen Forschung konzipiert ist.

Innerhalb der deutschsprachigen Weltkriegsforschung bildete das Verfahren von Hans Umbreit, die Besatzungspolitik nicht unmittelbar in den Kriegsverlauf einzugliedern, sondern ihm gegenüber gesondert und zwar mit einer der Spezifik des Gegenstandes entsprechenden Analytik abzuhandeln, eine Pionierarbeit.<sup>4</sup> Sie ist teils chronologisch nach Ländern, teils komparativ nach Sachgebieten aufgebaut.

Eine alle im zweiten Weltkrieg besetzten Länder übergreifende, nach Sachgebieten gegliederte und explizit komparatistische Analyse der deutschen und der italienischen Besatzungspolitik legte Czesław Madajczyk 1983 und 1984 vor.<sup>5</sup> Da es außer in polnischer Sprache bisher in keiner anderen erschienen ist, wurde dieses grundlegende Werk nur von wenigen Forschern zur Kenntnis genommen.

[88:] Ungeachtet aller bisherigen Forschungsergebnisse steht eine komparatistische Okkupationsforschung noch vielen Desiderata gegenüber. Weder die Anstrengungen der Okkupanten noch der Nutzen, den sie aus der Okkupationsherrschaft für die eigene Kriegführung oder für die Nachkriegskonjunktur zogen, weder die von den Okkupanten eingesetzten Kräfte noch deren Opfer sind derzeit mit abschließenden Zahlen zu belegen. Weder sind die verschiedenen deutschen Okkupationsregime wissenschaftlich ausreichend miteinander zu vergleichen noch diese mit der Okkupationspraxis Italiens, Ungarns, Bulgariens, Finnlands oder Rumäniens, weil für beides die erforderlichen Forschungen noch nicht vorliegen. Die forschungsfördernden Institutionen der Bundesrepublik Deutschland scheinen an einer vergleichenden Okkupationsforschung nicht interessiert zu sein, jedenfalls erwies es sich bislang als unmöglich, derartige Projekte zu finanzieren. Es ist daher von hohem Symbolwert, daß die Editionsreihe von der European Science Foundation finanziert wurde, der dafür Dank gebührt.

Mit fünf geplanten Tagungen wollte das Netzwerk anhand des derzeitigen Forschungsstandes Intentionen, Wirkungen und Konsequenzen der deutschen Besatzungspolitik in vergleichender Perspektive untersuchen, dabei Desiderata aufzeigen und die Forschung „europäisieren“. Bisher liegen vier Tagungsbände vor, Band 1 zu den kollektiven Reaktionen auf die Besetzung, Band 3 zur Wirtschaftspolitik der deutschen Okkupanten, Band 4 über die Verwaltungsstrukturen der Okkupationsherrschaft und Band 5 über die Kulturpolitik in den besetzten Ländern. Ein weiterer Tagungsband über Rassenpolitik und Judenverfolgung ist angekündigt.

Die vier Tagungsbände lassen hinsichtlich ihrer Thematik und ihres Aufbaus keine Forschungskonzeption erkennen. Die Zusammenstellung scheint in hohem Maße vom Zufall des Angebots bestimmt, spricht vom Forschungskonzept des jeweiligen Autors. Die den einzelnen Tagungen jeweils vorgegebenen Fragestellungen blieben konzeptionell zu schwach, um die Beiträge zu strukturieren. Die meisten Autoren trugen Resultate eigener, nicht vom Netzwerk initiierteter Forschungen vor. So bieten die vier Sammelbände den Eindruck vermischter Schriften, die den jeweiligen Gegenstand partiell

<sup>3</sup> Vgl. die Rezension der ganzen Reihe durch Martin Moll in: Bulletin 9, S. 82-87.

<sup>4</sup> Hans Umbreit: Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Bernhard R. Kroener, Rolf Dieter Müller, Hans Umbreit: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 5, Erster Halbband), Stuttgart 1988; Ders.: Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten, in: Ebenda, Zweiter Halbband, Stuttgart 1999, S. 3-273.

<sup>5</sup> Czesław Madajczyk: Faszyzm i okupacje 1938-1945. Wykonywanie okupacji przez państwo Osi w Europie. Tom I: Ukształtowanie się zarządów okupacyjnych, Poznań 1983, Tom II: Mechanizmy realizacji, Poznań 1984.

behandeln. Sie enthalten vorzügliche Forschungsaufsätze, doch insgesamt kann kaum davon gesprochen werden, daß sie den internationalen Forschungsstand verkörpern. In der Regel wird – keineswegs flächendeckend für alle besetzten Länder – die deutsche Okkupationsherrschaft in einem Land untersucht. Eine alle Länder übergreifende Analyse findet sich nur in dem lesenswerten Beitrag von Hagen Fleischer, der im ersten Band eine Synopse der deutschen Okkupationsherrschaften versuchte.

[89:] Eine kritische Rezeption der Vorarbeiten findet sich in keinem Band. Aber offensichtlich will das Netzwerk die neue Reihe als Reaktion auf die mit „Europa unterm Hakenkreuz“ gesetzte Herausforderung verstanden wissen. So fühlt sich Waclaw Dlugoborski im einleitenden Beitrag zum ersten Band bemüßigt, die Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ politisch zu denunzieren: Ihre „recht einseitige Auswahl der Dokumente“ sei „wohl der kommunistischen Herrschafts- und Legitimationsideologie in der damaligen DDR geschuldet“. Wider besseres Wissen, denn die Auswahlprinzipien sind angegeben, behauptet er, die ausgewählten Dokumente „betreffen nur die Pläne und den Verlauf der deutschen Invasion sowie die Errichtung der Besatzungsverwaltungen und ihre Politik unter Betonung der imperialistisch-kapitalistischen Komponente“, „kollektive Reaktionen auf den Einmarsch und die Okkupation werden kaum berücksichtigt, obgleich sie nicht ohne Einfluß auf die jeweilige Besatzungspolitik geblieben sind“.<sup>6</sup> Die Auswahl beschränkte sich in der Tat auf Dokumente der Okkupanten, konnte also Reaktionen der unterdrückten Völker nur insoweit widerspiegeln, wie sie Ausdruck in den Dokumenten der Okkupanten fanden. Doch Schwerpunkt der Dokumentenauswahl war nicht die Invasion und auch nicht die Planungen für die Errichtung von Okkupationsverwaltungen, sondern die Praxis der Okkupationsherrschaft im Hinblick auf die Ausbeutung und Ausplünderung der Länder und die Massenverbrechen an den Völkern.

Der Band „Anpassung, Kollaboration, Widerstand“, für den die Herausgeber Dlugoborski als spiritus rector apostrophieren, will zum einen die Ziele der deutschen Politik im zweiten Weltkrieg und ihre administrative Exekution und zum anderen die Reaktionen der betroffenen Völker auf die Besetzung untersuchen. Leider geht die erste Zielstellung in der Abfolge der Beiträge zunehmend verloren, die zweite wird stark sozialpsychologisch vereinseitigt. Dies war bereits von Dlugoborski vorgegeben, der nach den Befürchtungen und Erwartungen, den Einstellungen und Verhaltensmustern fragte, und damit das wirkliche praktische Verhalten in Anpassung und Kollaboration, Verweigerung und Widerstand in den Hintergrund schob. Die Autoren folgen ihm darin in unterschiedlichem Grade: Jacek Chrobaczynski interessiert allein der vollständige „psychische Zusammenbruch der Polen“, die „verschärfte Depression der gesamten Nation“, während selbst Hagen Fleischer in seiner bemerkenswerten Synopse der Reaktionen die mentale und motivationale Vereinseitigung nur partiell überwinden kann. Immerhin scheint „Europa unter dem Hakenkreuz“ die Autoren des Bandes so angeregt zu haben, daß sie sich [90:] fast alle auf den Kollaborationsbond der Reihe beziehen. Von den Länderspezialisten dieser Edition wurde kein einziger zu einer der Tagungen eingeladen.

Der wesentlich von Richard Overy besorgte Band 3 über die Wirtschaftspolitik der deutschen Okkupanten ist „Die ‚Neuordnung Europas‘“ überschrieben, ohne indes Neuordnungsplanungen und -praxis wirklich zu thematisieren. Wichtigster Gegenstand der meisten länderbezogenen Beiträge ist die Arbeitseinsatzpolitik, an zweiter Stelle stehen Methoden und Instrumentarien wirtschaftlicher Kontrolle und Durchdringung der besetzten Länder. Dabei werden, wie es im Vorwort heißt, die einzelnen Nationalökonomien im besetzten Europa „sozusagen aus einer Binnenperspektive unter dem Aspekt analysiert, inwieweit das ‚normale‘ Verlaufsmuster der endogenen Entwicklung durch Besetzung und Ausbeutung exogen beeinflusst worden ist“ (S. 7), konzeptionell also gerade nicht die faschistische „Neuordnung“ analysiert. Vergleichende Arbeiten zu den komplexen Arbeitseinsatzpolitik und Instrumente wirtschaftlicher Kontrolle fehlen. Übergreifende Aspekte enthalten allein die Beiträge von Richard Overy und Dietrich Eichholtz. Overys äußerst kursorischer Beitrag verweist auf zwei mögliche Ansätze, den übergreifenden, auf die Ziele des Okkupanten abzielenden und den nationalökonomischen und resümiert auf der Grundlogge eigener Studien Ziele der Okkupationspolitik. Eichholtz

---

<sup>6</sup> Woclaw Dlugoborski: Kollektive Reaktionen auf die deutsche Invasion und die Errichtung der NS-Besatzungsherrschaft. Ein Prolegomenon, in Band 1, S. 12.

analysiert vergleichend das institutionelle System wirtschaftlicher Ausbeutung und unterscheidet die Institutionen einmal hinsichtlich der Trägerschaft, also staatliche, Sonderinstitutionen mit Mischcharakter und privatwirtschaftliche, und zweitens hinsichtlich der Funktion, also ob sie der kurzfristigen Ausplünderung, der mittelfristigen Ausbeutung und Kontrolle oder der Realisierung langfristiger Planungen dienen. Leider sind seine Unterscheidungen für die anderen Beiträge des Bandes kaum fruchtbar geworden.<sup>7</sup> Die Mehrzahl der Artikel des Bandes wurde in englischer Sprache publiziert.

Es ist ein Verdienst der Herausgeber, mit den Dokumentenbänden der Reihe dem deutschen Leser einen analytisch aufbereiteten Quellenfundus in die Hand zu geben, so daß er umfassend informiert und zum Urteil befähigt wird. Band 2 dokumentiert die sog. Heydrichiade im „Protektorat Böhmen und Mähren“, also die Politik Reinhard Heydrichs von September 1941, als der Chef des RSHA von Hitler zur Überwindung der Krise der deutschen Okkupationspolitik als stellvertretender, faktisch als Reichsprotektor eingesetzt wurde, bis zu dessen Tod im Juni 1942. Diese Dokumentation ist Bestandteil [91:]teil einer dreibändigen Dokumentenedition zur deutschen Okkupationspolitik im „Protektorat“, die unter Leitung von Miroslav Kárný erarbeitet und in Prag publiziert worden ist. Der erste Band, 1987 erschienen, dokumentiert die Okkupationspolitik unter von Neurath, der zweite, 1989 veröffentlicht, die Krise dieser Politik an der Nahtstelle des Übergangs zu Heydrich. Der dritte Band über Heydrichs Okkupationspolitik erschien in Prag 1991.<sup>8</sup> Die Prager Ausgabe enthält die Dokumente der Okkupanten in der Originalsprache. Drei sehr ausführliche Vorworte von Miroslav Kárný stellen die gegenwärtig vorzüglichste Problemanalyse der deutschen Okkupationspolitik im „Protektorat“ dar.

Die Entscheidung der Herausgeber, Kárnýs dritten Band in die vorliegende Reihe aufzunehmen, ist sehr zu begrüßen. Der Band bringt die Dokumente in chronologischer Reihenfolge. Kárnýs ausführliche Einleitung ist eine wissenschaftliche Arbeit für sich, sie informiert über die Krisensituation, die Heydrich vorfand und bewältigen sollte, und analysiert Heydrichs politische Zielstellung und seine Maßnahmen. Umfassend und souverän erörtert Kárný die Interpretationen dieser Politik in der bisherigen Forschung, insbesondere die Kontroversen über die Bewertung dieser Politik. Gestützt auf umfassende und gründliche Kenntnis der Quellen einschließlich der neu zugänglich gewordenen weist Kárný alle Spekulationen über Heydrichs Absichten und Schritte zurück, für die sich kein Quellenbeleg finden läßt. Es wäre sehr zu wünschen, daß sowohl die vorangegangenen zwei Dokumentationsbände Kárnýs als auch die noch zu erwartenden über die faschistische Okkupationspolitik nach Heydrich ebenfalls dem deutschen Leser zugänglich gemacht würden.

Die von Konrad Kwiet und Jürgen Matthäus gesammelten und in Band 6 publizierten Dokumente zur deutschen Okkupationspolitik in den baltischen Republiken und in Weißrußland betreffen in erster Linie den Völkermord an den Juden. Um dem Leser diese Mordpraxis begreiflicher zu machen, werden auch die Rahmenbedingungen, die übergreifende Planung und die Herrschaftsstruktur einbezogen. Die Herausgeber haben die Dokumente nach fünf Sachgebieten (Rahmenplanungen und übergreifende Bestimmungen, Erste Tötungswelle, Ghetto-System, Zweite Tötungswelle, Konzentrationslager) gegliedert und sie innerhalb derselben chronologisch angeordnet. Jedes dieser fünf Kapitel wird sehr cursorisch von ein bis drei Seiten Einführung eröffnet. Da die Dokumente selbst nur mit sehr wenigen Anmerkungen versehen wurden, hätte man sich diese Einführungen ausführlicher gewünscht, zumal kein Vor- oder Nachwort dem Leser einen Überblick über den Gegenstand des Buches vermittelt.

[92:] Mit dieser Dokumentation des nazistischen Völkermordes an den Juden wird in mancher Hinsicht Neuland betreten, ist er doch für Belorußland bisher wenig erforscht. Zudem sind in den letzten

---

<sup>7</sup> Eichholtz' Beitrag wurde bereits 1996 unter dem Titel „Ausbeutung im Großwehrwirtschaftsraum. Institutionen und Praxis der deutschen Wirtschaftspolitik im besetzten Europa“ veröffentlicht in: „Neuordnung Europas“. Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung 1992-1996, hg. von Werner Röhr und Brigitte Berlekamp, Berlin 1996, S. 59-87.

<sup>8</sup> Vgl. *Protektoratni politika Reinharda Heydricha*, hg. von Miroslav Kárný/Jaroslava Milotova/Margita Kárná, Praha 1991.

Jahren zwei umfangreiche Monographien zum Judenmord in Galizien erschienen<sup>9</sup>, die zum Vergleich herausfordern. In beiden Besatzungsterritorien wirkten SS und zivile Besatzungsverwaltung bei der Verfolgung und Ermordung der Juden eng zusammen, in beiden spielten kollaborierender Polizeiverbände und Teile der Zivilbevölkerung bei diesen Morden eine beträchtliche Rolle. Natürlich kann eine Quellensammlung die fehlende Darstellung nicht ersetzen, aber sie bietet einen direkten Zugang zum historischen Geschehen, Authentizität und Anschaulichkeit. Anliegen der Herausgeber war es insbesondere, der anonymisierten Masse der Opfer ihr Gesicht wiederzugeben.

In die Reihe wurden auch zwei Bände über Tagungen aufgenommen, die nicht von dem genannten Netzwerk veranstaltet wurden und auch kaum als dessen „Vorlaufprojekte“ angesprochen werden können. Band 7 über „Das organisierte Chaos“ – geht auf die genannte Tagung zurück, die das Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie in Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin im Mai 1991 in Amsterdam durchgeführt hat. Band 8 über „Widerstand und Besatzungsterror“ basiert auf einem internationalen Symposium im Nationalen Forschungszentrum Athen vom Dezember 1993.

Unter dem Konferenztitel „Das organisierte Chaos“ war der Band über die Amsterdamer Tagung seit 1992 immer wieder von verschiedenen Verlagen angekündigt worden. In seiner gegenwärtigen Form spiegelt er die Probleme, die Streitpunkte und die Ergebnisse jener Konferenz nur unzureichend wider. Im Vergleich zur Fülle inhaltsreicher Vorträge und der heftigen Diskussionen auf der Tagung ist der Band regelrecht dürftig: Wichtige bzw. lebhaft erörterte Beiträge fehlen (z. B. Christopher Browning, Raul Hilberg, Hans Mommsen, Werner Röhr, Gerhart Hass, Berthold Puchert, Wolfgang Wippermann, Theo Pirker). Referate, die der Konzeption des „organisierten Chaos“ widersprachen und auf systembedingte Gemeinsamkeiten trotz aller Widersprüche der Okkupationspolitik hinwiesen, wurden ausdrücklich ausgeschlossen, ebenso solche, die von einem marxistischen Ansatz auf die Ziele, die Interessenten und Nutznießer der Besatzungspolitik verwiesen. Die häufig instruktiven und problembewußten Beiträge aus der Diskussion wurden gar nicht erst angefordert. Um den Band aufzufüllen, wurden nachträglich drei Aufsätze aufgenommen, die mit der Thematik der Tagung wenig zu tun haben. [93:] Die Amsterdamer Tagung hatte sich auf Anregung von Theo Pirker mit den institutionellen und organisatorischen Problemen der Besatzungspolitik befaßt. Als These hatten die Veranstalter zur Diskussion gestellt, das Neben- und Gegeneinander von zentralen und peripheren Gewalten in der Okkupationspolitik lasse auf eine Übertragung der Kompetenzkonflikte aus Deutschland auf die eroberten Gebiete schließen. Diese seien daher als „Exerzierfelder“ des „polykratisch strukturierten“ Regimes anzusehen. Um diese These zu untermauern war ein Eingangsreferat über „Monokratie-Polykratie“ angesetzt worden, das Ulrich Thamer anstelle von Rebenitsch hielt. In den Debatten erwies sich, daß die Übertragung eines Polykratiemodells auf die Verwaltung der besetzten Gebiete wenig erklärungsfähig war. Ungeachtet sehr informativer und analytisch vorzüglicher Beiträge über einzelne Länder, so von Hagen Fleischer über Griechenland und von Holm Sundhaussen über Jugoslawien, findet sich in dem Band nur eine einzige vom Ansatz her übergreifende Studie, die von Hans Umbreit über die Organisation der Besatzungsherrschaft. Diese drei Autoren legen ebenso wie die Veranstalter den Akzent auf die Improvisation, das Ämterchaos und die Widersprüche der Besatzungspolitik, während für die besetzten Länder und deren unterdrückte und ausgebeutete Völker die Ergebnisse dieser Politik zweifellos wichtiger waren als die Widersprüche zwischen ihren Akteuren.

Das Massaker der Wehrmacht in Kalavrita am 13. Dezember 1943 ist auch 50 Jahre danach nahezu allen Griechen gegenwärtig. Dagegen ist der Terror der Okkupationsmächte auf dem Balkan und insbesondere in Griechenland der westdeutschen und einer breiteren europäischen Öffentlichkeit seit 1945 nahezu unbekannt. Auch in Italien sind die Repressalien der deutschen Besatzungsmacht 1943-1945 weitaus besser bekannt als die Terrorakte der italienischen Besatzungsmacht in Jugoslawien und Griechenland bis 1943. Die Herausgeber von Band 8 konstatieren eine extreme „Nordlastigkeit“

---

<sup>9</sup> Vgl. Thomas Sandkühler: „Endlösung“ in Galizien, Bonn 1996 (Rez. In: Bulletin 10, S. 86-92), Dieter Pohl: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944, München 1997 (Rez. In: Bulletin 12, S. 92-97)

in der Europa-Karte des faschistischen Okkupationsterrors und wollen diese Einseitigkeit korrigieren. Entsprechend steht die Repressionspolitik der deutschen und der italienischen Okkupanten in Griechenland und Jugoslawien im Mittelpunkt des Bandes. Die Beiträge vermitteln ein anschauliches Bild der doppelten Okkupationsherrschaft über Griechenland, doch die Themenstellung „Widerstand und Besatzungsterror“ bleibt regional beschränkt. Diese Beschränkung überwindet allein der Beitrag von Czesław Madajczyk. Er skizziert eingangs verschiedene Funktionen des Terrorismus für die deutsche Okkupationspolitik in Europa und benennt wichtige Instrumente derselben wie das Strafgerichtswesen, den militärischen und polizeilichen Ausnahmezustand, Geiselschießungen, Massenexekutionen und den sog. Konterterror.

[94:] Verdienstvoll ist die Aufnahme des Beitrages von Eberhard Rondholz, der die „Bewältigung“ des deutschen Besatzungsterrors in Griechenland durch die westdeutsche Nachkriegsjustiz untersucht. Dieser überaus instruktive Aufsatz bezeugt nicht nur, daß die westdeutsche Justiz im Fall der deutschen Massenverbrechen am griechischen Volk noch unverschämter als in anderen Fällen zum Täterschutz statt zur Rechtsfindung aktiv wurde, sondern darüber hinaus, wie die deutsche Justiz in Zusammenarbeit mit der Adenauer-Regierung diese Verbrecher der griechischen Justiz entzog. Die Inanspruchnahme der westdeutschen Nachkriegsjustiz als Dienstmagd der Regierung zur außenpolitischen Erpressung der griechischen Regierung aber dürfte kein Sonderfall, sondern paradigmatisch sein. Rondholz gibt seinem Aufsatz einen Dokumentenanhang bei: Er konfrontiert Dokumente der Mörder des Massakers von Distomo 1944, vor allem die Darstellung des Massakers als Gefechtsbericht und die anschließend angeordnete Untersuchung des gefälschten Gefechtsberichts, die die Vertuschung noch einmal amtlich bestätigte, mit dem Bericht des zuständigen griechischen Präfekten, den dieser 1944 dem US-amerikanischen Konsulat in der Türkei zustellen konnte. Die Sicht der westdeutschen Justiz wird dokumentiert anhand des einzigen Strafverfahrens, das überhaupt in der Bundesrepublik wegen Kriegsverbrechen in Griechenland stattfand, und zwar 1951 vor dem Schwurgericht beim Augsburger Landgericht. Ein wegen Totschlags in sechs Fällen auf Kreta angeklagter Hauptmann eines deutschen Grenadierregiments wurde freigesprochen: Er hatte befohlen, sechs ohne jeden Zusammenhang mit Kampfhandlungen aufgegriffene Zivilpersonen zu erschießen. Das Gericht befand, daß die „bloße Internierung der ergriffenen Zivilisten ... bei der Einstellung des kämpfenden Teiles der Zivilbevölkerung keinesfalls geeignet (war), abschreckend zu wirken. Das erwähnte Vorgehen der deutschen Einheiten ist somit nach Lage der Sache ein Akt völkerrechtlichen Notstandes gewesen.“ Dieses Strafverfahren war, so Rondholz, ein „Ausrutscher“ der westdeutschen Justiz, insofern es überhaupt stattfand. Durch das Urteil wurde dieser Ausrutscher wieder in Richtung „Normalität“ korrigiert.

Werner Röhr

*Die nationalsozialistischen Konzentrationslager – Entwicklung und Struktur*, hg. von ULRICH HERBERT, KARIN ORTH, CHRISTOPH DIECKMANN, 2 Bände, Göttingen 1998, 1192 S.

Ausgangspunkt der Edition ist das Symposium, das 1995 anlässlich der 50. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald 70 Wissenschaftler aus zehn Ländern in Weimar zusammenführte, um Geschichte und Historiographie des nazistischen KZ-Systems zu erörtern. Dennoch handelt es sich nicht um einen Protokollband. Die 50 Beiträge stellen vielmehr teils überarbeitete (zuweilen stark erweiterte) Aufsätze, teils zusätzliche Studien oder kommentierende Bemerkungen dar. In sieben Sektionen gegliedert werden Konzeption und Praxis der Konzentrationslager von 1933 bis 1938, deren Funktion in Vorbereitung und Durchführung des Krieges, die Rolle der Arbeit, Lager in Osteuropa, die Täter, Häftlinge und Häftlingsgruppen sowie schließlich die Rolle der Lager in der letzten Kriegsphase eingehend betrachtet.

Obwohl wir seit Jahrzehnten über die außerjustitiellen Haftstätten Hitlerdeutschlands neben Erlebnisberichten Überlebender auch wissenschaftliche Studien besitzen, blieben bedeutende Bereiche des KZ-Kosmos weitgehend unterbelichtet. Das betrifft unter anderem die Nebenlager und die Evakuierungsmärsche. Der wissenschaftliche Rang dieser Veröffentlichung besteht vor allem im Stellenwert, den sie gerade diesen Forschungsfeldern beimißt. Der lettische Autor Margers Vestermanis verweist in seiner Studie über Haftstätten und Todeslager in seiner okkupierten Heimat auf die

selbst in der Fachliteratur anzutreffende Spärlichkeit der Angaben über die „Lagerlandschaft“ im Osten, die weitgehend eine „terra incognita“ darstellt. (S. 4 72)

Freilich warnt Michael Wildt vor uniformer Wertung: „Allein die Unterschiede zwischen dem ‚Generalgouvernement‘, Litauen und Lettland sind so evident, daß nicht nur der Begriff ‚Osten‘ sich eher als verdeckend denn erhellend erweist, sondern auch der Erforschung der jeweiligen unterschiedlichen regionalen Entwicklung große Bedeutung zukommt.“ (S. 516) Die Unterschiede zwischen den Konzentrationslagern in Osteuropa und denen in Deutschland sind unübersehbar: Neben Kontinuitäten und Verbindungen des Täterkreises und der Tötungsarten gab es gewichtige Diskrepanzen, so bezüglich der Opferzahlen und der mörderischen Qualität des Terrors, zumal die Lager im Osten weit mehr mit den Stätten der systematischen Vernichtung verknüpft waren. Beanspruchten ohnehin zahlreiche NS-Institutionen dort die Verfügungsgewalt über die Gefangenen, konnte vor allem seit Anfang 1943 von geregelten Kommunikations- und Befehlswegen, wie sie im Reich für die Konzentrationslager des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes galten, in Osteuropa nicht mehr die Rede sein. Wildt zeigt, daß die Vorstellung von einer bürokratischen, arbeitsteiligen und anonymen SS-Herrschaft für jene Lager durchaus nicht gilt: blieb der Einfluß zentraler Instanzen geringer, war der Handlungsspielraum der Lagerkommandanten und anderer regionaler Machttträger ungleich größer. Dementsprechend prägten diese noch stärker Willkür, Korruption und persönlicher Ehrgeiz.

Daniel Blatmann, Andrzej Strzelecki und Isabell Sprenger steuern über die Todesmärsche, die für Yehuda Bauer der „tiefste Abgrund der Hölle“ wa-[96:]ren<sup>10</sup> und bei denen wohl zwischen 250.000 und 300.000 Gefangene umkamen, „beachtliche neue Rechercheergebnisse“ bei, wie Eberhard Kolb kommentiert. (S. 1133) Exakt wird die Zahl jener Opfer nie zu ermitteln sein. Überwiegend fielen sie den katastrophalen Marsch- bzw. Transportbedingungen und – soweit sie überhaupt dahin gelangten – dem Inferno in den maßlos überfüllten Aufnahmelagern anheim. Zudem kam eine Vielzahl bei Mordexzessen der Bewacher und ihrer Helfer um. Sind schon die Todeschützen trotz justitieller Aufhellungsbemühungen meist unentdeckt geblieben, trifft das auf die Umgebrachten noch weit mehr zu. Selbst dort, wo man Täter identifizierte, blieben die Opfer in aller Regel anonym, ließen sich weder deren Nationalität geschweige denn die Personalien in den in Ost und West angestregten Strafprozessen feststellen.<sup>11</sup>

Rainer Fröbe rekonstruiert das Verhalten deutscher Unternehmer, die ab 1943 in den Konzentrationslagern zunehmend die Auswahl Gefangener für den Arbeitseinsatz bestimmten. Er verweist auf Prominente, die mit der SS verhandelten: Wernher von Braun regelte mit Buchenwald-Kommandant Hermann Pister die Überstellung besonders geeigneter Haftlinge für die Raketenproduktion im Konzentrationslager Dora. (S. 649) Walther Dürrfeld, Betriebsleiter der IG Farben, ließ aus bereits für die Gaskammer in Birkenau selektierten Häftlingen Elektriker und Schweißer zurückstellen. Die recht differenzierte Studie zeigt: Die Konzernvertreter wußten durchaus, was die nicht als arbeitsfähig ausgewählten erwartete. Fröbe verweist auf „makabre Selektionen, bei denen die Firmenvertreter (wie im Falle Daimler-Benz Genshagen) mit einer grandiosen Handbewegung ‚die ganze Partie‘ nahmen“. Er belegt aber auch, daß sich einzelne Beauftragte der Industrie durchaus für Häftlinge verwendeten. (S. 636, 665)

---

<sup>10</sup> Yehuda Bauer: The Death Marches, January-May 1945, in: The Nazi Holocaust, hg. Michael E. Marrus, Bd. 9, Westport, London 1989, S. 492.

<sup>11</sup> Als noch 1945 die inländische Justiz zunächst nur für die Ahndung der an Deutschen und Staatenlosen verübten Naziverbrechen zuständig war, bestimmten die Briten, daß ein am 11.4.1945 in Soltau getöteter, des Deutschen nicht mächtiger KZ-Häftling als staatenlos zu betrachten und der Täter somit vor dem LG Lüneburg anzuklagen ist. Justiz- und NS-Verbrechen, Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945-1966, hg. von S. Adelheid Rüter-Ehlermann/C. F. Rüter. Die 22 Bände sind zwischen 1966 und 1981 in Amsterdam erschienen. Bd. II, S. 375 ff. u. Bd. IV, S. 109) – Das LG Potsdam befand am 20.4.1955, als es Friedrich L. verurteilte (Az. I 15/55), der drei KZ-Häftlinge erschossen hatte, bei diesen habe es sich „um Menschen unbekannter, vermutlich slawischer Nationalität“ gehandelt. Das Urteil wird in der demnächst erscheinenden mehrbändigen Edition „DDR-Justiz und NS-Verbrechen“ veröffentlicht.

[97:] Der polnische Historiker Henryk Swiebocki würdigt „spontane und organisierte Formen des Widerstandes in Konzentrationslagern am Beispiel des KL Auschwitz“ und schildert dessen Vielfalt in den Lagern.

Von den durchweg ausgewogenen Studien hebt sich – sekundiert von Lutz Niethammer – der Beitrag von Karin Hartewig ab. Während Christoph Draxelmüller an die Wertschätzung erinnert, die NS-Verfolgte kommunistischen Mitgefangenen erwiesen (S. 997) und Herbert Obenaus Aimé Bonifas zitiert (S. 844), „daß in Buchenwald dank der Vorherrschaft von deutschen Politischen eine gewisse Rechtllichkeit regierte im Gegensatz zu der Mehrzahl der Außenlager, wo eine Mafia der Grünen terrorisierte“<sup>12</sup>, unterschieden sich nach Hartewig die kommunistischen Funktionshäftlinge aus der Sicht anderer Gefangener weitgehend nicht „von ihren Vorgängern im Amt, den ‚Grünen‘“. (S. 947) Akten der „parteiinternen Inquisition 1946-1953“, denen sie besondere Glaubwürdigkeit beimißt (S. 941), dienen dem Vorwurf, die SED habe wider besseres Wissen den kommunistischen Widerstand heroisiert.

Daß sich niemals zuvor „Menschen in derart verworrene und komplizierte Situationen gestellt“ sahen, „wie das durch die Nazis geschah“, betont hingegen Gideon Greif. (S. 1040) Das galt nirgends so wie in Konzentrations- und Vernichtungslagern. Gewiß muß der heutige Betrachter nicht jede Haltung und Entscheidung nachvollziehen, die Gefangene damals in bedrängter Lage eingenommen bzw. getroffen haben. Schließlich waren sie alle stets von Folter und willkürlicher Tötung bedroht. Das beweisen nicht zuletzt die Morde der SS an zahlreichen kommunistischen Funktionshäftlingen von Buchenwald, Sachsenhausen, Mittelbau-Dora und anderen Lagern. Sicher muß sich die Geschichtsschreibung der DDR zurechnen lassen, Zwangssituationen und Gewissenskonflikte, denen Angehörige der „Lagerselbstverwaltung“ ausgesetzt waren, weitgehend ausgeblendet zu haben. So unvertretbar das war, so abwegig ist der Versuch, die Wahrheit über Buchenwald allein den Protokollen der ZPKK der SED und der sowjetischen Militärtribunale zu entnehmen, die aus der Ära der stalinistischen Verfolgungswelle anfangs der fünfziger Jahre stammen.

Am Rande sei angemerkt: Daß der SMT-Prozeß gegen den einstigen Lagerältesten und angeblichen Kriegsverbrecher Erich Reschke 1950 stattfand, als er sich für von den Sowjets verfolgte, in Bautzen inhaftierte Sozialdemokraten eingesetzt hatte, mag Karin Hartewig nicht gewußt haben: Das stand wohl nicht in den SED-Akten. Daß aber „bis heute nicht“ der Ort des Mordes an Ernst Thälmann „mit letzter Sicherheit geklärt“ wäre, zeugt von mangelndem [98:] Quellenstudium. Immerhin hat die Justiz gerade dazu seit über fünfzig Jahren ermittelt: Die Landgerichte Krefeld und Düsseldorf sowie der oberste Strafgerichtshof der BRD haben das einhellig festgestellt, so der BGH: „Jedoch bleiben aufrecht erhalten die Feststellungen, wonach Ernst Thälmann im August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald erschossen worden ist.“<sup>13</sup>

Günther Wieland

*Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert. Neuzeithistoriographie und Geschichtsdenken im westlichen Europa und in den USA*, hg. von GERHARD LOZEK, Fides Verlag Berlin 1998, 484 S.

Der Band gliedert sich in Länderstudien und vermittelt einen Überblick über die Geschichtsschreibung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in Großbritannien (Konrad Irmschler), Frankreich, Italien (beide Jaroslav Kudrna), USA (Alfred Loesdau, Peter Schäfer, Rainer Schnoor) und in Westdeutschland seit 1945 (Gerhard Lozek). Im einzelnen werden Entwicklungstendenzen, theoretisch-methodologische Auseinandersetzungen und Interpretationsrichtungen der Geschichtsschreibung dieser Länder dargestellt.

Zu den Schwerpunkten aller Länderstudien gehört die Geschichtsschreibung über Faschismus, Weltkrieg und Widerstand. Die britische Historiographie wird hinsichtlich ihrer Interpretationen zur

<sup>12</sup> S. Hermann Langbein: ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Frankfurt a. M. 1980, S. 50.

<sup>13</sup> LG Krefeld (2. große Strafkammer) Urteil v 15.5.1986 (22 StK 15/85); LG Düsseldorf (XVII. große Strafkammer), Urteil v. 29.8.1988 (XVII 7/87 S); BGH (3. Strafsenat) Urteil v. 25.3.1987 (3 StR 574/86).

Politik- und Diplomatiegeschichte zum zweiten Weltkrieg, die französische über die Geschichte des zweiten Weltkrieges, des Widerstandes und besonders zur Geschichte des deutschen Faschismus, die italienische umfassend zum Faschismus schildert.

In dem Kapitel über die Historiographie der Bundesrepublik verweisen Abschnitte auf die Hitler-Welle und auf Faschismus-Diskussionen und -Darstellungen in den 60er und 70er Jahren. Für die 80er Jahre werden Ergebnisse und Defizite der bundesdeutschen Faschismusforschung unter die Überschrift „Verdrängung oder Bewältigung von 1933 bis 1945?“ gestellt, hier wird auch der sogenannte Historikerstreit abgehandelt. Nicht nur für diesen Schwerpunkt erweist es sich als nachteilig, daß auf ein Sach- und Personenregister verzichtet wurde.

Der Herausgeber hat dem Buch das Motto „Bücher haben ihr Schicksal“ vorangestellt. Wie sehr dieses Motto für dieses Buch selbst zutrifft, soll im folgenden verdeutlicht werden. Es war als Manuskript 1990 abgeschlossen und dem Akademie-Verlag eingereicht worden. Dieser hatte es auch bereits [99:] gedruckt, lieferte es aber aufgrund des Einspruchs des Mitherausgebers nicht an die Buchhandlungen aus. Einige Exemplare dieser Edition existieren noch, sie soll im folgenden als „ursprünglicher Text“ (UT) bezeichnet werden.<sup>14</sup> Im Vorwort des 1998 erschienenen Bandes verspricht der Herausgeber, ein Zeitzeugnis der DDR-Geschichtsschreibung vorzulegen, damit die in der damaligen Zeit erarbeiteten Leistungen, wie es explizit heißt, nicht „verschütt gehen“. Diesem Anliegen wird in einem nahezu peinlichen Vorgehen nicht entsprochen.

Lozek gibt richtig an, daß die Auseinandersetzung mit nichtmarxistischen Konzepten der Historiographie (und nicht nur mit diesen – sic!) in der DDR von erheblichen politischen und ideologischen Erfordernissen geprägt war und unter dem Terminus „Auseinandersetzungsliteratur“ eingeordnet wurde. Entsprechende Forschungsgruppen bzw. Buchtitel trugen deshalb den Namen bzw. Titel „Analyse und Kritik“. Selbstverständlich setzt eine „Auseinandersetzung“ eine entsprechende Kenntnis des zu Kritisierenden voraus. Das führt auch der Herausgeber an.

Aber was geschah nun mit dem UT, bis er im Jahr 1998 als Buch veröffentlicht wurde? Ein wirkliches Zeitzeugnis würde dieses Buch nur sein, wenn es die in der DDR üblichen terminologischen Unterscheidungen wie zwischen „marxistischer“ und „nichtmarxistischer“ Geschichtsschreibung beibehalten, wenn auf einige erkenntnistheoretische Prämissen der Auseinandersetzung verwiesen und schließlich die ideologisch verortete Argumentation beibehalten und – aus der Sicht der bis heute möglicherweise differenzierteren Position – kommentiert hätte. Dies geschieht nicht, sondern die gerade auf eine DDR-spezifische Beschäftigung mit anderen als marxistischen Konzeptionen verweisende Argumentation wird *weggelassen* bzw. *modifiziert*, ohne die Veränderung zu vermerken.

Auf der Seite 13 des UT heißt es:

„Für das Herangehen der marxistischen Historiker an die Geschichte des eigenen Faches, einschließlich ihrer vor- und nichtmarxistischen Entwicklungsstränge, gelten die gleichen Gesichtspunkte wie für die historische Erberezeption allgemein: im Blickfeld steht das Gesamt-erbe, die Sympathien gelten jedoch jenen Traditionen und ihren Trägern, die im Sinne des wissenschaftlichen Fortschritts gewirkt haben und weiter wirken.“

[100:] Dieser Abschnitt fehlt in dem nun veröffentlichten Buch. Der Herausgeber ist nach den Gründen zu fragen, denn an dieser Stelle hätte auf ein grundlegendes Prinzip marxistischen Geschichtsdenkens – nämlich des ständig sich entwickelnden und wirkenden Fortschritts verwiesen werden können. Auf Seite 15 des UT heißt es:

„Die nichtmarxistische Geschichtsschreibung, außerordentlich vielschichtig, wird vornehmlich von vier Strukturelementen geprägt ...“

---

<sup>14</sup> Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert. Neuzeit-Historiographie und Geschichtsdanken in Deutschland/BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, USA, hg. von Gerherd Lozek und Hans Schleier, Akademie-Verlag, Berlin 1990, 479 S., ISBN 3-05-000928-4

Im Buch heißt es auf Seite 18:

„Die Geschichtsschreibung wird vornehmlich von vier Strukturelementen geprägt ...“.

Diesem Beispiel des Weglassens des Terminus „nichtmarxistisch“ könnten noch unzählige weitere hinzugefügt werden.

Unabweisbar aber drängt sich Frage auf: Worin lagen die Gründe, diesen Begriff Ende der 80er Jahre, in der DDR, zu verwenden und welche Gründe führten dazu, ihn in der Buchausgabe 1998, vom selben Herausgeber und von denselben Autoren, wegzulassen? Die Unterscheidung zwischen marxistischem und nichtmarxistischem Herangehen an die Geschichte ist doch mit dem Verschwinden der sozialistischen Länder nicht einfach verschwunden?!

Eine dadurch beim Leser provozierte Ungehaltenheit über die „Leichtigkeit des Überarbeitens“ (obwohl es strenggenommen eben gar keine ist) wird noch verstärkt. Im UT heißt es im Zusammenhang mit der Reform der Volksbildung in der sowjetisch besetzten Zone auf Seite 85:

„In konstruktiver Zusammenarbeit mit Marxisten setzten vor allem Otto Hoetzsch und Fritz Rörig in Berlin ...“

Auf Seite 337 des Buches fehlt der Passus „in konstruktiver Zusammenarbeit mit Marxisten“ und so könnte man die Frage stellen, ob es diese Zusammenarbeit gar nicht gegeben hat? Dann wäre die Formulierung vom Ende der 80er Jahre eine Hommage an ein weiteres Prinzip marxistischen Denken in der DDR – Marxisten wurden als die „Motoren des Fortschritts“ betrachtet. Oder gab es diese Zusammenarbeit, dann bitte, wo sind die Marxisten hingekommen? Auch an dieser Stelle könnte man doch (selbst-)kritisch über die Widerspiegelung von tatsächlichen historischen Ereignissen in einer politisch und ideologisch beeinflussten wissenschaftlichen Darstellung in der DDR argumentieren.

Ganz ärgerlich – wenn man doch eigentlich das Zeitgeschichtliche von DDR-Forschung bzw. politischer Argumentation bewahren wollte – wird es [101:] beim Lesen des Abschnittes zur Gründung der DDR. Im UT auf Seite 91 ist jene in nahezu klassischer Form zu finden:

„Noch der separaten Gründung der Bundesrepublik Deutschland ... entstand genau einen Monat später die Deutsche Demokratische Republik als zweiter deutscher Staat. Während in der DDR die 1945 begonnene antifaschistische Umwälzung fortgesetzt und schließlich ein sozialistischer Staat errichtet wurde, entstand in Westdeutschland ein bürgerlich- parlamentarisches System, in dem die Großbourgeoisie mit Hilfe der konservativen Adenauer-Regierung und der Westmächte ihre Machtgrundlagen allmählich restaurieren konnte. Von ihrer Gründung an beanspruchte die BRD einen nationalen und internationalen Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen. Das Gebiet der DDR sollte früher oder später wieder an die Bundesrepublik angeschlossen werden.“

In diesem Passus findet sich die ganze Terminologie, wie sie in der DDR gebraucht wurde, um das eigene Verständnis und die Position zur BRD zu artikulieren. Im Buch des Jahres 1998 schreibt derselbe Autor:

„Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ... entstand genau einen Monat später die Deutsche Demokratische Republik als zweiter deutscher Staat. Von ihrer Gründung an vertrat die Bundesrepublik einen nationalen und internationalen Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen. Das Gebiet der DDR sollte früher oder später wieder an die BRD angeschlossen werden.“

Es soll ausdrücklich betont werden, daß es in der Kritik an der „Überarbeitung“ des UT nicht darum geht, womöglich die Argumentationsstränge aus DDR-Zeiten unhinterfragt zu verteidigen. Aber sie können andererseits doch nicht einfach vom Tisch gefegt werden, wenn man schon ein Manuskript nimmt, an dem man selbst maßgeblich mitgearbeitet hat und in dem man eben diesen Argumentationssträngen doch gefolgt bzw. gerecht geworden ist. Hier wird freiwillig das Zeitspezifische ausgespart, wobei doch mit einer kritischen Kommentierung auch nachfolgenden Historikergenerationen ein lebendiges Bild von Argumentationszwängen gegeben werden könnte.

Im folgenden soll auf eine weitere Veränderung des UT verwiesen werden, die mehr auf die wissenschaftlich-methodische Fragen verweist. Dabei geht es weniger um das Weggelassene, sondern um die diffizilere Darstellung der eigentlichen erkenntnistheoretischen Positionen in der DDR-Wissenschaft.

Im UT heißt es auf Seite 17:

„Die überwiegende Mehrheit der nichtmarxistischen Historiker betrachtet heute das Prinzip der Intersubjektivität als das Hauptkriterium wissenschaftli-[102:]cher Verifikation. Danach sind geschichtliche Aussagen und Darstellungen dann objektiv und als wahr anzusehen, wenn sie ‚unter den Beteiligten intersubjektiv akzeptabel sind‘ .... Dies ist zu akzeptieren, wenngleich vom marxistischen Standpunkt aus eine begrenzte wissenschaftliche Zuverlässigkeit des Intersubjektivitätskriteriums nicht zu übersehen ist.“

Im Buch lautet der entsprechende Passus auf S. 20 f.:

„Die überwiegende Mehrheit der Historiker betrachtet heute das Prinzip der Intersubjektivität als das Hauptkriterium wissenschaftlicher Verifikation. Danach sind geschichtliche Aussagen und Darstellungen dann objektiv und als wahr anzusehen, wenn sie ‚unter den Beteiligten intersubjektiv akzeptabel sind‘ .... Dies ist zu akzeptieren, wenngleich eine begrenzte wissenschaftliche Zuverlässigkeit des Intersubjektivitätskriteriums nicht zu übersehen ist.“

Im weiteren Verlauf der Argumentation verweist der Autor dann auch auf die Werteproblematik und die Diskussion um Parteilichkeit und Objektivität.

Hier verschenkt Lozek m. E. eine gute Möglichkeit, die Spezifik geschichtlicher Forschung gründlicher zu diskutieren. Zum einen muß gesagt werden, daß es in der wissenschaftlichen Diskussion in der DDR eine heftige Auseinandersetzung um die Möglichkeit intersubjektiver, diskursiver Wahrheitsfindung gab. Letztendlich wurde diese Möglichkeit offiziell bestritten und mit dem Aufsuchen einer objektiv vorhandenen Wahrheit argumentiert. Andererseits gab und gibt es unter den Geschichtswissenschaftlern schon eine Diskussion um die Perspektivität geschichtlicher Forschungsergebnisse, die ja eben eine partielle Erkenntnis einschließt und die die Frage nach dem Erklärungsmodell bzw. der Gültigkeitsdauer vertretener Forschungspositionen aufwirft. Erinnerung sei hier nur an die immer wiederkehrende Diskussion zwischen Rankes „wie es eigentlich gewesen“ und Chladenius’ „Sehepunkt“.

Davon findet sich in der Argumentation von Lozek nichts. Durch eine gründliche Betrachtung dieser Diskussion würde jedoch eine disziplinspezifische Diskussion des Intersubjektivitätskriteriums – abgesehen von „marxistisch“ oder „nicht“ – an Profil gewinnen und sich über eine reine Etikettierung erheben. In dieser Diskussion wurde übrigens an der Existenz einer historischen Wahrheit nicht gezweifelt.

Was nun die Vorstellung der einzelnen geschichtswissenschaftlichen Konzepte des 20. Jahrhunderts betrifft, so fällt negativ ins Gewicht, daß die Vorstellung der Konzepte in Deutschland erst mit dem Jahr 1945 beginnt. Diese Lücke ist dem Schicksal des Buches geschuldet, da ein Mitautor sich aus dem Vorhaben zurückgezogen hat. Zwar wird im Vorwort auf andere Quel-[103:]len dieses Historikers verwiesen, aber dem Gesamteindruck des Buches schadet es doch, eine so wichtige Phase der deutschen Geschichtsschreibung in diesem Buch nicht zu finden.

An dieser Stelle muß auch auf eine m. E. ungenügende Behandlung der Schule der „Annales“ verwiesen werden. Hat doch deren Konzept die Qualität der Geschichtsschreibung so tiefgreifend beeinflusst. Dieser Abschnitt wurde von einem tschechischen Kollegen erarbeitet und man könnte einwenden, daß hier eine gründlichere Überarbeitung deswegen nicht möglich war. Aber gerade die Literatur über diese Schule ist nahezu unüberschaubar geworden und somit ist das vorliegende Kapitel im Hinblick auf diesen Gegenstand einfach überholt. Der entscheidende Nachteil aber ist, daß die Auseinandersetzung mit diesem Konzept vorwiegend auf der Basis von Sekundärliteratur und damit einseitig und oberflächlich erfolgt. Es fehlt die Analyse und Würdigung solcher grundlegender Arbeiten

wie Ferdinand Braudel, *La Méditerranée et le Monde méditerranéen à l'époque de Philipp II*, Paris 1947; George Duby, *Le dimanche de Bouvines, 27 juillet 1214*, Paris 1973 und Eduard Le Roy Ladurie, *Le Carnaval de Romans*, Paris 1979.

Gerhard Lozek zitiert in seinem Vorwort einige Rezensionen des ursprünglichen Textes, die aus dem Jahr 1991 stammen und das Werk als beachtenswerte wissenschaftliche Leistung werten – „ungeachtet kritischer Einwände im Detail“ (S. 11). Eine Diskussion auf der Grundlage des Vergleichs *beider* vorliegender Texte und der Motive ihres Entstehens könnte aufregend sein: zum Werden von Geschichtsschreibung.

Regina Wegner

[104:]

## ANNOTATIONEN

G. E. SCHAFFT/GERHARD ZEIDLER: Die KZ-Mahn- und Gedenkstätten in Deutschland, Dietz Verlag Berlin 1996, 316 S.

Dieser Führer zu und durch die Gedenkstätten soll Geschichtsunterricht und antifaschistische Aufklärung praktisch unterstützen. Er beschränkt sich nicht auf die bekannteren Orte, sondern erschließt dem Leser und Benutzer gerade die weniger geläufigen. Das Buch gibt jeweils Auskunft über Lage und Öffnungszeiten und informiert, wie die Gedenkstätten zu erreichen sind. Für jede wird eine kurze Geschichte des Konzentrations- bzw. Außenlagers vorgelegt, einschließlich der Lagepläne und der zur Besichtigung zugänglichen Orte. Davon abgehoben gibt es jeweils eine Geschichte der Gedenkstätte, die auch deren frische Spuren festhält: Die Autoren führen beweiskräftig vor, wo und wie die in den Gedenkstätten der DDR dokumentierte Mitschuld und Verantwortung deutscher Konzerne für die Verbrechen in Nazikonzentrationslagern inzwischen getilgt wurde. Im Anhang finden sich Literaturhinweise und Begriffserklärungen sowie gesonderte Exkurse zum „Euthanasie“-Programm der Nazis und zum Historisch-Technischen Informationszentrum Peenemünde. Damit liegt ein praktisches Handbuch vor, das seine Nutzer [darin] finden.

WERNER BRILL: „*Mitleid ist fehl am Platz*“. *Über Vernichtungskrieg und Gewalt*. Pädagogische Materialien, Blattlaus Verlag, Saarbrücken 1999, 221 S., III., Tab.

Ausgelöst durch die Auseinandersetzungen zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ versucht Brill, das Thema der Ausstellung in den historischen Gesamtkontext des deutschen Faschismus und seines Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion einzubetten. Neben der Darstellung historischer Verbrechen werden die zugrundeliegenden Befehle dokumentiert und die betroffenen Opfergruppen benannt und behandelt. Brill versteht die Arbeit sowohl als ein Begleitbuch zur Ausstellung als auch als eine Ergänzung zur Bildungsarbeit für einen breiten Interessentenkreis. Der Autor kombiniert darstellende Teile mit Quellenwiedergaben und grafischen Elementen. Das Buch gliedert sich in drei Kapitel: 1. Zur Ideologie des Nationalsozialismus; 2. Vernichtungskrieg; 3. Die Entwicklung nach 1945.

[105:]

*Vorbild Wehrmacht? Wehrmachtsverbrechen, Rechtsextremismus und Bundeswehr*, hg. von JOHANNES KLOTZ, PapyRossa Verlag, Köln 1998, 177 S.

Christian Gerlach, Johannes Klotz, Reinhard Kühnl, Martin Seckendorf, Wolfram Wette und Gerd Wiegel setzen sich mit der Auffassung auseinander, die Wehrmacht sei im zweiten Weltkrieg sauber geblieben und könne heute als Vorbild dienen. Sie rekonstruieren Verbrechen der Wehrmacht in Griechenland (Seckendorf), Italien (Seckendorf) und Weißrußland (Gerlach) und weisen faktenreich noch, wofür die Wehrmacht tatsächlich gekämpft und wie sie das getan hat. Sie zeigen, welche Rolle die Wehrmacht im deutschen Faschismus überhaupt und im besonderen als Teil seiner Mordmaschine spielte. Sie benennen personelle und ideologische Kontinuitäten, die von der Wehrmacht zur Bundeswehr führten und deren Traditionsverständnis nachhaltig prägten (Wette). Vor diesem Hintergrund fragen die Autoren: Wie anfällig ist die Bundeswehr für rechtsextreme Tendenzen und woher kommt das?

URSEL HOCHMUTH: *Illegale KPD und Bewegung „Freies Deutschland“ in Berlin und Brandenburg 1942-1945. Biographien und Zeugnisse aus der Widerstandsorganisation um Saefkow, Jacob und Bästlein* (Schriften der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, hg. von Peter Steinbach und Johannes Tuches, Reihe A, Bd. 4) Berlin 1998, 570 S.

Den Kern des dokumentarischen Bondes bilden 56 vollständig im Wortlaut abgedruckte Zeugnisse aus der Widerstandstätigkeit dieser Organisation, das heißt alle erreichbaren Dokumente überhaupt. Damit ist eine hinreichende Basis für die Beurteilung ihrer politischen Ziele, ihrer selbständigen Konzeption und Stellung als stärkste kommunistisch geführte innerdeutsche Widerstandskraft gegeben.

In einem ausführlichen Kapitel informiert die Vf. über die Tätigkeit der Organisation, ihre Verfolgung durch das RSNA und analysiert Aufbau und Strukturen. 425 Kurzbiographien von Frauen und Männern (nicht alle mit Bild) erfassen auch viele bisher weniger bekannte Widerstandskämpfer und verleihen der Publikation den Charakter eines Gedenkbuches! Die Würdigung dieser stärksten kommunistischen Widerstandsorganisation erfolgt zu einer Zeit, wo viele Historiker der politische Mut auch nur ihrer Erwähnung verläßt. Allein Diskussion um Profil und Tätigkeit der Gruppe Saefkow/Bästlein/Jacob ist mit diesem Buch eine neue, wissenschaftlich umfassende Grundlage gegeben.

[106:]

## BERICHTE ÜBER WISSENSCHAFTLICHE COLLOQUIA DER GESELLSCHAFT

### Zur Geschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück

„Tod oder Überleben. Neue Forschungen zum Schicksal der Häftlinge des Frauenkonzentrationslagers“ lautete das Thema eines Colloquiums der Berliner Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung am 8. Juni 1999, auf dem drei Historikerinnen Zwischenergebnisse ihrer Arbeiten zur Geschichte von Ravensbrück vorstellten und diskutierten. Erika Schwarz, die soeben ihre Untersuchungen zur Vorgeschichte der vor 40 Jahren gegründeten Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück publiziert hat<sup>1</sup>, moderierte die Veranstaltung.

Christa Schikorra, Doktorandin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, erörterte die Zusammensetzung, die soziale Situation und die Spezifik jener Häftlinge, die von den Nazis als „Asoziale“ eingestuft worden waren. Frau Schikorra umriß zunächst die Gesetzeslage und schilderte die Verhaftungswellen für „Asoziale“ und deren Gründe. Sie stützte sich vor allem auf einschlägige Akten aus dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf und auf Quellen über die aus den Lagern Dreierbergen-Bützow und Breitenau nach Ravensbrück eingewiesenen „asozialen“ Häftlingen. Der Anteil dieser Häftlingsgruppe an den in Ravensbrück gefangengehaltenen Frauen war anfangs sehr groß, er machte 1939 ein Viertel bis ein Drittel aus, und sank bis zum Beginn des Jahres 1945 auf drei Prozent ab, vor allem durch die Massentransporte aus den evakuierten Konzentrationslagern im Osten. Allerdings sagt dieser Anteil noch nichts über die absolute Zahl dieser Häftlinge und deren Veränderungen aus. An absoluten Zahlen konnte Frau Schikorra die Größe dieser Häftlingsgruppe mit knapp 2000 Frauen für Anfang 1942 angeben.

Zur Gruppe der „asozialen“ Häftlinge des Lagers Ravensbrück gehörten vor allem Prostituierte und Kleinkriminelle aber auch Fürsorgeempfängerinnen. Über deren Situation im Lager und deren Schicksal lägen allerdings kaum Berichte vor, da die Stigmatisierung als „asozial“ weiterwirkte und die Ange-[107:]hörigen dieser Häftlingsgruppe sich noch der Befreiung scheuten, sich mündlich oder schriftlich über ihre Lebenswege zu äußern.

Simone Erpel, Doktorandin am Forschungsbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, referierte über die letzten vier Monate des Konzentrationslagers Ravensbrück, insbesondere über die Todesmärsche, auf die 18.000 weibliche Häftlinge am 27. und 28. April 1945 geschickt wurden. Die Situation jener letzten Monate veränderte sich vor allem durch zwei Prozesse: *Erstens*: Immer neue Transporte mit Tausenden von Häftlingen aus den geräumten Lagern in Osteuropa trafen ein, in Ravensbrück vor allem aus Auschwitz, Groß-Rosen und Stutthof. Auch die in der Nähe der Oder liegenden Außenlager von Ravensbrück wurden von der SS aufgelöst, ihre – männlichen – Häftlinge wurde ins Hauptlager Ravensbrück geschafft. Obwohl die Häftlingsbevölkerung im Hauptlager Ravensbrück und in den Außenlagern „schier explodierte“, liegen über die Häftlingszahlen von Mitte Januar 1945 bis zur Räumung im April keine gesicherten Zahlen vor.

*Zweitens*: Martin Broszat schätzte, daß ein Drittel aller im Januar 1945 in den noch existierenden Konzentrationslagern gefangenen Häftlinge bis zur Befreiung ums Leben kam. Die letzte Stärkemeldung an das WVHA datiert vom Januar 1945 und lautete insgesamt auf über 700.000 Häftlinge, davon 200.000 Frauen. Die erschreckend hohe Todesrate der folgenden vier Monate verweist auf eine Situation, in der die Räumungen und Massentransporte und die qualvolle Enge alle Wirkungen des Terrors, des Hungers und der Krankheiten vervielfachten. Die Sterblichkeit stieg auch in Ravensbrück vor allem unter den neuangekommenen Häftlingen drastisch an. Doch die Häftlinge starben nicht nur an Entkräftung und Krankheiten, immer mehr wurden direkt ermordet, vor allem potenzierten sich die Morde an kranken, geschwächten, also nicht transportfähigen Häftlingen. Denn zeitgleich mit den

---

<sup>1</sup> Erika Schwarz/Simone Steppan: Die Entstehung der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, 1945-1959, in: Die Sprache des Gedenkens. Zur Geschichte der Gedenkstätte Ravensbrück 1945-1995, hg. von Insa Eschebach, Sigrid Jacobeit und Susanne Lanwerd (Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Band Nr. 11), Berlin 1999, S. 219-239

Evakuierungstransporten aus Auschwitz begann die SS im Januar 1945 auch in Ravensbrück, gezielt und in großem Umfang Häftlinge zu ermorden: Arbeitsfähigkeit und Marschfähigkeit wurden zu Selektionskriterien. Dieses Wüten des Wachpersonals eskalierte noch einmal auf den Todesmärschen.

Über die Todesmärsche der Ravensbrücker Frauen liegt bisher, so Frau Erpel, nur ein 1995 erschie-  
nener Aufsatz von Wolfgang Jacobeit vor. Die vorhandenen Quellen sind beschränkt, zahlreiche For-  
schungsprobleme noch offen. Erinnerungsberichte über die Todesmärsche liegen vor allem von über-  
lebenden deutschen und österreichischen Frauen vor, die Mehrzahl der auf den Todesmärschen er-  
mordeten und gestorbenen aber waren osteuropäische Häftlinge. Häftlinge aus den westeuropäischen  
Ländern befanden sich nicht auf dem Todesmarsch, da die Französinen, Niederländerinnen, Belgi-  
erinnen, Däninnen und Norwegerinnen wenige Tage zuvor [108:] durch die „Aktion Bernadotte“ des  
Internationalen Roten Kreuzes aus Ravensbrück abgeholt worden waren. Neben den Erinnerungsber-  
ichten bilden die Berichte der Schweizer Delegierten des IRK, die im April 1945 erfolglos Verhand-  
lungen zur Übernahme der Konzentrationslager Sachsenhausen und Ravensbrück geführt und in gro-  
ßem Umfang Rote-Kreuz-Pakete für die Häftlinge geliefert hatten, eine wichtige Quelle. Schließlich  
konnte die Referentin Prozeß- und Ermittlungsakten auswerten, die von der Zentralen Stelle der Lan-  
desjustizverwaltungen Ludwigsburg zusammengetragen worden sind.

Bärbel Schindler-Saefkow bereitet seit einigen Jahren ein Ravensbrücker Totengedenkbuch vor. Aus  
diesen Recherchen stammten auch die Daten ihres Vortrages. Das Konzentrationslager Ravensbrück  
war keine Vernichtungsstätte wie Belzec, Sobibor oder Auschwitz-Birkenau. Obwohl das Lager spä-  
ter auch eine eigene Gaskammer zur Vernichtung betrieb, wurden die für eine Tötung vorgesehenen  
Häftlinge noch Bernburg, Auschwitz, Bergen-Belsen, Lublin, Mauthausen und anderen Orten ge-  
sandt, um sie dort zu töten. Über diese Todestransporte aus Ravensbrück informierte die Referentin  
auf der Grundlage der bisher verfügbaren, überaus lückenhaften Quellen.

Die erste große Massenvernichtung in der Geschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück erfolgte  
im Rahmen der „Aktion 14 f 13“, die Todestransporte gingen nach Bernburg, wo 1942 mindestens  
1600 Ravensbrücker Haftlinge ermordet wurden. Diese Transporte führten 1942 und 1943 in größe-  
rem Umfang nach Auschwitz, 1944 nach Majdanek und Bergen-Belsen und 1945 nach Mauthausen.  
Fragmentarische Angaben belegen auch Todestransporte von Ravensbrück nach Hartheim, Berlin-  
Buch und Dachau. Umgekehrt sind von dem benachbarten Lager Uckermark und dem Außenlager  
Rechlin Häftlinge nach Ravensbrück gebracht und hier im Gas erstickt. Die Referentin schätzte die  
Zahl dieser Opfer auf 4.000 bis 5.000, von denen sie bislang über 2.100 Namen ermitteln konnte, aus  
verstreuten Angaben, deren Quellen sie nahezu in ganz Europa auffinden mußte.

Wie bereits in den Vorträgen<sup>2</sup> spielten auch in der Diskussion Fragen der Quellen, ihres Vorhanden-  
bzw. Nichtvorhandenseins, ihrer Aussagekraft und ihrer Bewertung eine größere Rolle als inhaltlich  
in der Forschung umstrittene bzw. offene Fragen. Hinsichtlich der Spezifik der Gruppe der „asozia-  
len“ Haftlinge könne, so Frau Schikorra, im Rahmen der vorliegenden Forschungen, noch keine Ant-  
wort gegeben werden. Die Diskussion betraf denn auch weniger deren soziale Situation im Konzent-  
rationslager und das Verhalten anderer Häftlingsgruppen zu dieser Gruppe der Leidensgenossin-  
[109:]nen als das kaum leichter zu ermittelnde Echo der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf die  
Diskriminierung und Inhaftierung von vorgeblich Asozialen und Kriminellen. Ein weiterer Gegen-  
stand der Debatte waren die Besuche des Lagers durch Beauftragte des Internationalen Komitees vom  
Roten Kreuz, deren Absichten und Folgen.

Wie die Diskussion zeigte, bedürfen insbesondere die Motive der Machthaber bei der Räumung der  
Lager weiterer Erforschung. Ging es um die Absicht, das Verbrechen zu vertuschen, darum, die Häft-  
linge weiter an anderem Ort als Arbeitskräfte auszunutzen und sie als Geiseln in eigener Gewalt zu  
behalten? Als die Häftlinge durch die Ortschaften getrieben wurden, wurde die deutsche Bevölkerung  
unmittelbar Zeuge der Verbrechen an ihnen. Wie verhielten sich die umwohnenden Menschen, als

---

<sup>2</sup> Veröffentlichung der Beiträge und weiterer Aufsätze in: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung, Bei-  
heft 1.

diese Todesmärsche vor ihrem Angesicht stattfanden und die Qualen der Häftlinge wie die gewalttätige Willkür ihrer Peiniger auf offener Straße unübersehbar wurden?

Mit Ausnahme des Referates von Frau Schindler-Saefkow blieb auch bei diesem Kolloquium das Ravensbrücker Männerlager fast ganz außerhalb der Betrachtung.

Die vorgetragenen Forschungsergebnisse und die offenen Forschungsprobleme reihen sich in einen breiteren Fluß von Arbeiten über Ravensbrück ein. So erschienen in den letzten fünf Jahren mehrere größere Publikationen zum Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück, von denen hier einige vorgestellt werden sollen. Sie machten überwiegend neue Forschungsergebnisse bekannt. Ein an der Universität Hannover entstandener Sammelband<sup>3</sup> handelt von Bergen-Belsen und von Ravensbrück, von der Häftlingsarbeit im Hauptlager und in den Außenlagern Grüneberg und Neubrandenburg, den Versuchen von SS-Ärzten an Gefangenen, von den eingesperrten und von in Ravensbrück geborenen Kindern. Er schildert die Lagergesellschaft und die Rolle der Häftlingsfunktionäre und belegt Solidarität und Widerstand. Die Autoren bezogen in ihre Untersuchungen auch kulturelle und künstlerische Bestrebungen ein, die vom Überlebenswillen der Inhaftierten zeugen. Sie befaßten sich mit den Biographien von Täterinnen, und sie stellten einzelne inhaftierte Frauen und Häftlingsgruppen vor.

[110:] 52 Jahre hat es gedauert, bis die Geschichte Ravensbrücks von Germaine Tillion nunmehr in überarbeiteter Fassung auch in deutscher Übersetzung vorliegt.<sup>4</sup> Es verbindet Erinnerung mit Forschungen, die schon in der Haftzeit begonnen. Die Autorin befaßt sich insbesondere mit den Zuständen im Lager, mit den begangenen Verbrechen, darunter den Tötungen im Gas, und mit den männlichen und weiblichen Tätern.

Ein anderer Band, hervorgegangen aus einer Ausstellung des Studienkreises deutscher Widerstand und der Lagergemeinschaft/Freundeskreis Ravensbrück, porträtiert Häftlinge aus den drei Frauen-Konzentrationslagern<sup>5</sup>, darunter 31 Frauen aus Ravensbrück. Ihre Lebensdaten werden mit Erinnerungsberichten verbunden. Diese Berichte geben Einblicke in die Lagerverhältnisse und schildern auch die Leiden von Kindern und das Aufbegehren der Gepeinigten. Ein weiterer Band, der tabellarisch und mit Fotos und Faksimiles von den Schicksalen von 27 Frauen berichtet<sup>6</sup>, begleitet eine Ausstellung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Gleichfalls zum 50. Jahrestag der Befreiung gab die Gedenkstätte Dokumente über die letzten Tage des Lagers, den Todesmarsch der Gefangenen, die Befreiung Ravensbrücks und die erste Beweissicherung von SS-Verbrechen durch Organe der Roten Armee heraus.<sup>7</sup> Die Reihe setzt ein Studienband fort, der von der SS-Siedlung, der Gaskammer, von „Asozialen“, Jüdinnen, einer berüchtigten Blockältesten, sowie ebenfalls vom Kriegsende und von der Befreiung handelt. Ihn ihm wird auch auf Akten eingegangen, die sich über Ravensbrück in

---

<sup>3</sup> Frauen in Konzentrationslagern. Bergen-Belsen und Ravensbrück, hg. von Claus Füllberg-Stollberg, Martina Jung, Renate Riebe und Martina Scheitenberger, Bremen 1994. Siehe jüngst den guten Überblick von Bernhard Strebel: Ravensbrück – das zentrale Frauenkonzentrationslager, in: Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur, hg. von Herbert Ulrich, Karin Orth und Christoph Dieckmann, Göttingen 1998, Bd. I, S. 215-258, sowie spezieller ders., Unterschiede in der Grauzone? Über die Lagerältesten im Frauen- und Männerlager Ravensbrück, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, 1998, H. 4, S. 57-68.

<sup>4</sup> Germaine Tillion: Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Mit einem Anhang „Die Massentötungen durch Gas in Ravensbrück“ von Anise Postei-Vinay, Lüneburg 1998.

<sup>5</sup> Moringen, Lichtenburg, Ravensbrück. Frauen in Konzentrationslagern 1933-1945. Lesebuch zur Ausstellung, hg. von Jutta von Freyburg und Ursula Krause-Schmitt, Frankfurt a. M. 1997. Siehe auch – von selbem Studienkreis veröffentlicht – Loretta Walz, Von Kaninchen zu Königinnen. Die medizinischen Versuche an polnischen Frauen im KZ Ravensbrück, in: Informationen, 1995, Nr. 42, S. 13-17.

<sup>6</sup> Ravensbrückerinnen, hg. von Sigrid Jacobeit in Zusammenarbeit mit Elisabeth-Güdtner (= Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Nr. 4), Berlin 1995. Siehe auch die biographischen Skizzen von 35 Frauen und drei Gruppen von Nonnen: Christliche Frauen im Widerstehen gegen den Nationalsozialismus. Häftlinge im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück von 1939-1945, hg. von der Internationalen Frauenbegegnungsstätte Ravensbrück, o. O., 1998.

<sup>7</sup> „Ich grüße Euch als freier Mensch“. Quellenedition zur Befreiung des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück im April 1945, hg. von Sigrid Jacobeit in Zusammenarbeit mit Simone Erpel (= Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Nr. 6), Berlin 1997.

den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR befanden.<sup>8</sup> Diese Publikation schließt an einen Tagungsbericht an, der sich mit der Quel-[111:]lensituation sowie mit einem Gedenkbuch für die Ravenbrücker Opfer befaßte, erneut die Gruppe der Aufseherinnen in den Blick nahm und auch das Außenlager Arado in Wittenberg einbezog. Dieser Tagungsbericht informiert auch erstmals über die Bestände im Archiv der Gedenkstätte.<sup>9</sup>

Klaus Drobisch

### **Der Weg in den Krieg. Politik und Ökonomik der ‚friedlichen‘ Aggressionen Hitlerdeutschlands 1938/39**

Zum 60. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkriegs veranstaltete die Gesellschaft am 18. und 19. September 1999 in Berlin ein Colloquium, auf dem deutsche und ausländische Historiker ihre Forschungsergebnisse über den „Krieg vor dem Krieg“ vortrugen und miteinander diskutierten. Die Wahl des Themas hatte wissenschaftsgeschichtliche und politische Gründe. Die Tagung verfolgte den Zweck, deutsche Kriegsentscheidungen im 20. Jahrhundert unter historischen und aktuellen Aspekten zu befragen: Was waren ihre Ursachen, warum wurde eine Kriegsstrategie gewählt, um Expansionsinteressen durchzusetzen? Zur Beantwortung wurden die Widersprüche und Krisen, in die der forcierte Hochrüstungskurs führte, beleuchtet. Untersucht wurden vor allem Zusammenhänge zwischen der Entwicklung der inneren, wirtschaftspolitischen, insbesondere finanzpolitischen Kriegsursachen mit den außenpolitischen sowie den militärpolitischen Schritten in Richtung Krieg.

Als die Tagung konzipiert wurde, konnten Veranstalter und Referenten noch nichts von der Entscheidung der NATO wissen, 1999 einen Aggressionskrieg gegen Jugoslawien zu führen. Indem das Colloquium thematisch die Mechanismen und konkreten Aktionen zur Herbeiführung des Krieges in den Mittelpunkt stellte, gewann es nun eine besondere Aktualität. Allen Teilnehmern war der unter deutscher Mitwirkung und Mitverantwortung forcierte Bombenkrieg der NATO stets präsent, gerade daher bedurfte das Zentralthema, nämlich der von Nazideutschland unter Duldung Frankreichs und Großbritanniens exerzierte Gewaltmarsch durch Österreich und die Tschechoslowakei in den zweiten Weltkrieg, dringend umfassender Aufklärung. Die Konferenz zielte auf Erkenntnisgewinn über die Zusammenhänge von Wirtschaftsexpansion, Hochrüstung und Kriegspolitik zum einen, von längerfristigen Wirtschaftsentwicklungen und politischen Kriegsentscheidungen zum anderen.

[112:] Bereits 1995 hatte die Gesellschaft auf ihrer Konferenz zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus „Kapitulation und Befreiung. Das Ende des zweiten Weltkrieges in Europa“ Forschungsfragen zur militärischen Niederlage Deutschlands mit wichtigen sozialhistorischen Problemen des Kriegsendes verknüpft sowie die Bedeutung der deutschen Kriegsniederlage für die nationale Entwicklung der von Deutschland besetzten Länder erörtert.<sup>10</sup> Während die Gesellschaft mit derartigen Fragestellungen innerhalb der Vielzahl wissenschaftlicher Tagungen 1995 einen profilierten Platz einnahm, wurde der 60. Jahrestag des Beginns des zweiten Weltkrieges nur von wenigen Wissenschaftlern bzw. Gremien überhaupt zum Anlaß für einen wissenschaftlichen Meinungs-austausch bzw. -streit genommen.

Auch 1999 hat sich die thematische Verknüpfung wirtschafts- und sozialhistorischer Fragestellungen mit solchen der Außen-, Militär- und Kriegspolitik als fruchtbar erwiesen. Knapp 70 Teilnehmer aus Deutschland, Norwegen, Finnland, Österreich, den Niederlanden und Polen diskutierten die in vier Sektionen vorgetragenen Forschungsergebnisse zu Fragen der unmittelbaren Vorgeschichte des Krieges: wie wurde dieser Krieg zielgerichtet vorbereitet, wie vollzog Nazideutschland auf dem Weg in den Revanchekrieg die letzten Schritte und überschritt die Schwelle vom Frieden zum Krieg, wie war das jeweilige Verhältnis von Expansion, Hochrüstung und Aggressionsschritten? Die meisten Beiträge

---

<sup>8</sup> Forschungsschwerpunkt Ravensbrück. Beiträge zur Geschichte des Frauen-Konzentrationslagers, hg. von Sigrid Jacobeit und Grit Philipp (= Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Nr. 9), Berlin 1997.

<sup>9</sup> Das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Quellenlagen und Quellenkritik. Fachtagung vom 29.5. bis 30.5.1997, Berlin 1997.

<sup>10</sup> Vgl.: Kapitulation und Befreiung. Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa, hg. von Fritz Petrick, Münster 1997, 225 S.: III., Tab.

trugen aktuelle Forschungsergebnisse vor und waren von kontroversen, kenntnisreichen und freimütigen Diskussionen begleitet.<sup>11</sup>

Mit „Innere Krieursachen – Von der Zahlungsbilanzkrise zum Raubkapitalismus“ war die *erste Sektion* überschrieben. *Karl Heinz Roth* (Bremen) resümierte die seit Jahren laufende internationale Diskussion über die Rolle der inneren Krieursachen.<sup>12</sup> Nach der Einführung des Vierjahresplanes hatte sich sehr schnell erwiesen, daß der eingeschlagene Rüstungskurs ökonomisch nicht realisierbar war. Vor der Alternative, diesen etwas abzubremesen oder auf Kosten der künftigen Kriegesopfer zu verstärken, entschieden sich Hitler und die IG Farben für einen Kurs einer noch forcierteren Rüstungspolitik. Roth stellte das langfristig geplante Expansions- und Kriegsprogramm der Hitlerregierung in chronologischer Abfolge von 1934 bis in den Krieg als hemmungsloses, auf wirtschaftliche, politische und militärische Aggressionsakte bauendes Vabanquespiel dar. Er unterschied drei Phasen:

[113:] Zunächst den Wirtschaftskrieg der Ära Schacht. Diese Expansionsstrategie setzte auf wirtschaftsimperialistische Instrumente, auf bilaterale Handelsbeziehungen, die devisenfrei abgewickelt wurden. Es war eine Strategie, die Südosteuropa auf den Status eines Lieferanten von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten fixieren und zwingen sollte, industrielle Produkte Deutschlands aufzunehmen. Diese Konzeption hat bis zu einer gewissen Grenze funktioniert. Daran schloß sich der Wirtschaftskrieg einer Zwischenepoche vor dem und mit dem Vierjahresplan an, um strategische Rohstoffe zu importieren. Erst nach der Annexion Österreichs und vor allem nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei wurden im März/April 1939 Wirtschaftsverträge mit Rumänien und Ungarn abgeschlossen und so Südosteuropa strategisch geöffnet. Der Einmarsch in Jugoslawien und Griechenland sollte dann eine Konstellation absichern, derer man sich schon sicher geglaubt hatte. Die dritte Phase kennzeichnete er als den Übergang zum Raubkrieg, d. h. die Beschaffung von Ressourcen durch die Eroberung benachbarter kleinerer und mittlerer Länder, um die Kriegsstrategie, die Rüstungsstrategie, mit den immer schmaler werdenden wirtschaftspolitischen Möglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Im Ergebnis stellte Roth fest, daß in diesem Prozeß die Instrumente des Wirtschaftskrieges, der Expansion, der Beschaffung von Devisen, der Plünderung der Goldreserven der Nationalbanken der eroberten Länder die Möglichkeit geschaffen haben, das Wirtschaftspotential auf das Ziel eines Zermürbungskrieges um die Weltmacht auszurichten.

Abschließend fragte Roth nach der Beziehung zwischen Krieg und Ökonomik, wie sie seit über 20 Jahren zunehmend von Theoretikern, die sich mit dem Phänomen der lang anhaltenden Expansions- und Kontraktionszyklen des kapitalistischen Weltsystems auseinandersetzen (sog. lange Wellen der Weltwirtschaft), untersucht wird. Jene Ökonomen fragen vor allem, inwieweit – und, wenn ja, wie – der Krieg auf diese stoßartige Periodizität der wirtschaftlichen Entwicklung Einfluß nimmt. Roth selbst hielt das Konzept für hilfreich und erörterte Auffassungen von Mandel, Goldstein, Kindleberger und anderen. Joshua Goldstein argumentiere zyklusübergreifend: Für ihn bestehe der Unterschied zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg darin, daß der erste in einer Periode außergewöhnlicher Prosperität begann, während der zweite aus einer massiven Stagnation herausführte und auf diese Weise als Quasi-Umkehrung des ersten Weltkriegs die große Depression umrahmte. Goldsteins statistische Verifikationsversuche enden allerdings mit dem Jahr 1935, weil die ökonomische Spezifik des Übergangs zum zweiten Weltkrieg noch nicht geklärt sei. Hier könnte, so Roth, der Begriff Raubkapitalismus weiterführen. Die raubwirtschaftliche Praxis des deutschen Faschismus setze einen rüstungsinduzierten Boom des Produktionsmittelsektors fort, indem sie ihm äußere Ressourcen zuführe, um diesen de-[114:]formierten Akkumulationstyp zu stabilisieren und erst nach der Beendigung des Kriegs zu einem gesamtwirtschaftlich ausgeglichenen Rekonstruktions- und Wachstumsprozeß überzuleiten. Wenn diese Annahme zuträfe, so Roth, dann wäre der 1937/38 begonnene und bis in die letzten Kriegswochen praktizierte deutsche Raubkapitalismus trotz der durch die Niederlage von 1945 bedingten Zäsur eine effiziente Methode zur Depressionsüberwindung, die auf dem

---

<sup>11</sup> Es ist geplant, Beiträge der Tagung als Forschungsaufsätze in dem Sammelband „Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der ‚friedlichen‘ Aggressionen Deutschlands 1938/39“ (Arbeitstitel) zu publizieren.

<sup>12</sup> Vgl. den Text des Beitrags von Karl Heinz Roth im vorliegenden Heft S. 3-28.

europäischen Terrain das *take off* zur Aufschwungphase des Kondratieff-Zyklus von 1948 bis 1973 ermöglichte.

Diese Überlegungen zum Raubkapitalismus lösten eine lebhafte Kontroverse aus und wurden insbesondere von Hans Helms und Werner Röhr hinsichtlich ihrer begrifflichen Bestimmung und Tragfähigkeit kritisiert. Äußerst anregend waren auch die Überlegungen von Roth, sich bei der Bearbeitung dieser Problematik früherer kritischer Analysen zu erinnern und nicht nur Begriffe wie *Raubkapitalismus*, sondern auch *Raubtierphilosophie* auf ihre Erklärungsfähigkeit hin zu prüfen.

*Dietrich Eichholtz* (Borkheide) stellte den konkreten Zusammenhang zwischen der Zahlungsbilanzkrise Deutschlands nach der Einführung des Vierjahresplanes und den einzelnen Entscheidungen zur Aggression gegen die Nachbarländer vor allem vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen und finanzpolitischen Konstellationen sowie der Rohstoffengpässe für die weitere Rüstungsexpansion dar. Auch er kennzeichnete die Rüstungspolitik als Vabanque-Spiel, wollte allerdings den Stellenwert der finanziellen Probleme dieses Kurses geringer bewertet wissen: „Ich glaube, daß die finanziellen Probleme, auch die Devisenprobleme, den Nazis Sorgen gemacht haben, aber sie haben nie ein Gewicht erreicht, daß es die Aufrüstung ernsthaft gestört hätte. Es kamen immer wieder Aushilfen in Form der Geld-, Devisen- und Auslandsguthaben, der Schätze, die man durch die ersten Eroberungen (Österreich, Tschechoslowakei) gemacht hatte. Dann gab es die Devisen Görings, der ab Frühjahr 1939 offiziell gesagt hat: ‚Wir werden mit den Devisen Raubbau treiben auf Deibel komm raus‘. Sie haben die österreichischen Devisen- und Goldschätze sowie die „Judenmilliarde“ rücksichtslos verbraten in der Aufrüstung, die enormes Material aus dem Ausland erforderte, so daß bei Kriegsbeginn ein ganz schäbiger Rest von 500 Mill. Reichsmark in Devisen bei der Reichsbank lag. Das reichte vielleicht für wenige Monate. Insofern muß man auf finanziellem Gebiet von einer Art Vabanquespiel reden.“ In den Debatten dieser Sektion spielten Fragen der Devisenpolitik die zentrale Rolle, gefolgt von Quellenfragen und der unstrittigen, im einzelnen aber noch wenig ausgeklärten Rolle der Aufrüstungsbeteiligung alliierter Konzerne.

[115:] *Ulrich Schneider* (Kassel) umriß am Beispiel des Karl Krauch noch einmal die allgemeine Rolle der IG Farben bei der Kriegsvorbereitung. Geradezu als spezifischen Vordenker der „friedlichen“ Aggressionen kennzeichnete *Martin Seckendorf* (Berlin) den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag (MWT). Hier entstanden die konzeptionellen Grundlagen für die „friedliche“ Durchdringung als besondere Art der Expansionspolitik gegenüber Südosteuropa. Zwischen 1932 und 1937 bestimmten diese die amtliche deutsche Südosteuropapolitik. Als wichtigstes Element der Expansion betrachtete einseitige Agrar- und Industriepräferenzen, die die südosteuropäischen Länder Deutschland einräumen sollte. Bald hatte das deutsche Kapital durch Verträge besonderer Art in Verbindung mit Clearing-Abkommen auf der Verrechnungsebene Südosteuropa in der Zange. Die handelspolitische Abhängigkeit der meisten Länder hatte bis 1937 die erwarteten Größenordnungen weit übertroffen. Exportüberschüsse an Rohstoffen, Nahrungs- und Futtermitteln standen der deutschen Wirtschaft fast vollständig und devisenlos zur Verfügung. Die volkswirtschaftlichen Grundstrukturen einiger südosteuropäischer Länder waren in erheblichem Maße an die deutschen Bedürfnisse angepaßt worden. Deutschen Produzenten industrieller Fertigwaren konnten auf den südosteuropäischen Märkten fast konkurrenzlos und zu Vorzugskonditionen agieren.

Die Südosteuropastrategie des MWT wurde für eine kurze Übergangsphase zur Gesamtstrategie des deutschen Imperialismus auf dem Weg über Wien und Prag in den zweiten Weltkrieg. Aber genau in jenem Moment, als diese regionale Expansionsstrategie zeitweilig als allgemein Expansionsstrategie darstellte, in dem Moment wurde der MWT aus seiner führenden Stellung hinsichtlich der Expansion nach Südosteuropa verdrängt und verlor seine Gestaltungsmacht. Warum die Konkurrenten gerade im Moment des Erfolgs den MWT ausschalten konnten und dessen Konzept 1937 in Südosteuropa an seine Grenzen gestoßen war, ließ der Referent offen. Die herausragende Relevanz des südosteuropäischen Wirtschaftsraumes für die rücksichtslose Aufrüstung Nazideutschlands ließ sehr schnell danach fragen, inwieweit die heutige Politik zur politischen und wirtschaftlichen Rekonstruktion der Länder des zerstörten Jugoslawien an die damalige Strategie des MWT anknüpft. In der Diskussion

über die Ursachen der Verdrängung des MWT 1937 wurden dazu Deutschlands Verschuldung, die 1938 folgende Stagnation im Export sowie die Preisgestaltung über Weltmarktprozesse thematisiert.

In der *zweiten Sektion* ging es um die einzelnen Schritte dieser „friedlichen“ Aggressionen 1938 und 1939. *Manfred Messerschmidt* (Freiburg, Br.) eröffnete mit einem plastischen Bild der Entscheidungsprozesse innerhalb der Hitlerregierung über die Reihenfolge und die Zeitpunkte der Aggressionen, [116:] auch gegenüber der Wehrmachtführung. Mit seinem methodischen Ansatz, vom 22. Juni 1941 aus rückblickend den Weg dorthin in den Blick zu nehmen und Hitlers Außenpolitik zu beurteilen, kamen nicht nur die Streitfragen und die Entscheidungen der letzten Etappen auf dem Weg zum Krieg ins Bild, sondern die gesamte Aufrüstungs- und Kriegsplanung seit 1918. Denn bereits seit dem Ende des ersten Weltkrieges sann die Generalität auf Revanche. Wie erst jüngst publizierte Dokumente noch einmal beweisen, schmiedeten die Reichswehrgeneräle Groener, von Seeckt und von Schleicher bereits zwischen 1919 und 1932 Pläne für eine Mobilisierung der ganzen Gesellschaft für einen künftigen Revanchekrieg: „Die Idee war eine Militarisierung der ganzen Nation, damit auch ein Abbau von pluralistischen Erscheinungen, möglichst eben auch von Parteien, um die deutsche Gesellschaft insgesamt für einen Krieg reifer zu machen. Und wenn wir das tun und dazu eine Rüstung, die unseren Erfahrungen entspricht, eine stark motorisierte, sehr mobile Armee und Luftwaffe, dann können wir in einen neuen Anlauf alles das zurück gewinnen, was wir 1918 verloren haben“, so charakterisierte Messerschmidt diese Überlegungen der Reichswehr-Generale.

Auf der Grundlage solcher Kriegspläne spielten sowohl für die Wehrmachtführung als auch für die Naziführung die Erfahrungen des ersten Weltkrieges eine erstrangige Rolle. Für die Kriegszielplanung des Generalstabes waren sie entscheidend. Dessen wichtigste Lehren aus dem ersten Weltkrieg lauteten, erstens ein kurzer Krieg, zweitens eine hoch mobile Armee. Die Entwicklung der Panzerwaffe und der Luftwaffe deuteten auf einen Krieg gegen Frankreich. Drittens: Ein Burgfrieden reicht nicht aus, eine Wehrgemeinschaft sei Voraussetzung künftiger Kriegführung. Während 1914 die Militärführung jedoch die Außenpolitik mitbestimmt habe, ließ Hitler sich nach 1933 nicht auf die Optionen des Generalstabes festlegen. Seine Vorstellungen von Rüstung waren elastischer, ebenso die verschiedenen politischen Optionen hinsichtlich Englands und der UdSSR. Diejenigen, die andere Optionen als Hitler hatten, konnten sich nicht durchsetzen, ab 1938 war seine Außenpolitik eine Einbahnstraße in den Krieg.

In der Diskussion standen vor allem die Schlußfolgerungen des Generalstabes aus dem ersten Weltkrieg, Bedenken über Rüstungsstand und außenpolitische Konstellationen sowie die Rolle der Rüstungskrisen für die einzelnen Schritte zur Debatte. Anknüpfend an Messerschmidts Kennzeichnung der Politik ohne Devisen gegenüber Südosteuropa als „Politik des großen Fensters“ wurde generell die Außenpolitik der strategischen Fenster als Problem aufgeworfen und nach den einzelnen territorialen Stufen als Kriegsmitteln gefragt.

[117:] Die Kennzeichnung des *Anschlusses* Österreichs als ersten Schritt auf dem Weg in den Krieg diskutierte *Martin Moll* (Graz) unter dem Gesichtspunkt, daß diese Aggression zweifellos die Voraussetzung für alle weiteren war, aber diese keineswegs automatisch nach sich zog, sondern jede folgende Aggression nach klarer zielbewußter Entscheidung für den Krieg eingeleitet wurde. Hitler und seine Paladine hatten im Falle Österreichs ihr Repertoire expansionistischer Politik erstmals praktisch erprobt: außenpolitische Isolierung, innenpolitische Unterminierung durch eine Art fünfte Kolonne einheimischer Nazis, Erpressung, militärische Besetzung und anschließende Plünderung der Ressourcen des okkupierten Territoriums. Die Besetzung Österreichs wurde für Deutschland ein profitables Unternehmen vor allem wegen der in Wien gehorteten Gold- und Devisenbestände, der praktisch unerschöpflichen Erzvorkommen, der Magnesitlager sowie der erstklassigen Rüstungsbetriebe. Das Land verfügte zudem über erhebliche, weithin unausgelastete Kapazitäten sowohl der Grundstoff- als auch der Finalindustrie sowie über Hunderttausende Arbeitslose, darunter zahlreiche im Reich dringend benötigte Facharbeiter.

In der Diskussion wurden vor allem zwei Fragen lebhaft erörtert, einmal die „Logik“ oder Irrationalität des politischen Verhaltens der österreichischen Staatsführung gegenüber der Aggressionsdrohung,

zweitens die Rolle Österreichs als des ersten Aggressionsopfers. Hier ging es einmal darum, daß Österreich nicht nur Opfer des deutschen Faschismus war, sondern viele österreichische Faschisten in der Okkupationspraxis eine sehr spezifische Rolle spielten. Auch war mit dem Überschreiten der ersten Schwelle zur Aggression gegen einen anderen Staat keineswegs eine automatische Entscheidungsfolge in Gang gesetzt, vielmehr entschied sich die Hitlerregierung bei jeden der folgenden Aggressionsakte ausdrücklich und bewußt für den Kriegsakt. Die scheinbare Leichtigkeit, Radikalität und Vollständigkeit, mit der den Okkupanten der systematische Zugriff auf die Wirtschaft seit dem 13. März 1938 gelang, stieß auf nicht geringe Verwunderung und ließ die Frage nach den Gründen und (hilfreichen) Voraussetzungen dieses Raubzuges stellen. Etwas am Rande blieb demgegenüber die Diskussionen der Frage, inwiefern die Annexion Österreichs die Strategie der Expansion nach Südosteuropa veränderte.

*Werner Röhr* (Berlin) wandte sich dem vielfach beforschten Münchener Abkommen unter der Fragestellung zu, inwiefern in den Handlungen Deutschlands als Hauptopfer sowie Frankreichs und Großbritanniens als Miterpresser jene Logik imperialistischer Erpressung realisiert wurde, die im Jahre 1999 erneut zuerst in Rambouillet und dann im NATO-Krieg gegen Jugoslawien wieder aufgegriffen wurde. 1938 ging es darum, den Staat Tschecho-[118:]slowakei als ein Hindernis der Expansion nach Südosteuropa zu zerschlagen, seine wirtschaftlichen Ressourcen, vor allen Dingen seine Rüstungsindustrien, zu nutzen und sich ein Ausfalltor für weitere Expansionsschritte zu sichern. Deutschland hatte seit 1933 ausreichend Erfahrungen gewonnen, wie man ein ganzes Spektrum miteinander kombinierbarer Erpressungsinstrumente so zielgerichtet anwendet, daß das Resultat möglichst konfliktlos erreichbar ist. Als erstes galt es die Tschechoslowakei von ihren Verbündeten zu isolieren. Zweitens wurde die tschechische Regierung durch einen seit Monaten geführten Medienkrieg eingeschüchtert, gelähmt, handlungsunfähig gemacht, um kapitulationsbereit zu sein. Drittens wurde alles darangesetzt alle inneren Widersprüche des als Opfer in Aussicht genommenen Landes so zuzuspitzen, alle separatistischen Kräfte nationaler Minderheiten zu mobilisieren, daß der zu zerschlagende Staat scheinbar von innen auseinanderbrach und der Eindruck vermieden würde, die Aggression erfolge von außen. Deutschland als Hauptopfer besaß das Geschick, das Opfer durch die seiner Verbündeten, nämlich Großbritannien und Frankreich, erwürgen zu lassen.

Jene erpresserische „Logik von München“ war Gegenstand der *dritten Sektion*, die sich mit dem außenpolitischen Kontext der „friedlichen Aggressionen“ befaßte. *Siegfried Büniger* (Berlin) analysierte eingangs die Beschwichtigungspolitik des Westmächte und fragte nach den Hintergründen und Motiven, warum sich die Siegermächte des ersten Weltkrieges nicht entschieden der schrittweisen Zerstörung der Nachkriegsordnung widersetzen<sup>13</sup>. Dem immer wieder ins Feld geführten Argument, die Appeasement-Politik sei entscheidend auf den nicht ausreichenden Rüstungsstand Großbritanniens und Frankreichs zurückzuführen, entgegnete Büniger, dies sei nicht nur Chamberlains eigene Rechtfertigung, sondern auch ein historisch falsches Argument. Zweifellos bestand ein tatsächlicher Rüstungsrückstand. Um so verwunderlicher sei es, daß Chamberlain die notwendigen Anstrengungen, den deutschen Rüstungsvorsprung aufzuholen, in der Praxis gar nicht unternahm. Gestützt auf unabwiesbare Quellen trug Büniger vor, daß Chamberlains Argument, durch die Beschwichtigungspolitik Zeit für die Rüstung zu gewinnen, faktisch demagogisch war.

Formal war die Beschwichtigungspolitik mit der Garantieerklärung für den polnischen Staat – nicht aber für dessen Grenzen – Ende März 1939 erledigt. Doch Büniger begründete überzeugend, daß nicht einmal die britische Kriegserklärung vom 3. September 1939 das faktische Ende dieser Politik brachte. Diese Kriegserklärung bedeutete keineswegs, daß die britische Re-[119:]gierung nun auch tatsächlich bereit gewesen wäre, Krieg zu führen. Vielmehr wurde die Beschwichtigungspolitik in modifizierter Form bis zum Überfall auf Frankreich fortgeführt.

Als wichtigste Ursachen jener Politik benannte Büniger erstens die Konfliktvermeidungsstrategie einer saturierten Macht, zweitens den Antikommunismus der konservativen englischen Politiker, die den Kommunismus für weit gefährlicher als den Nazismus hielten. Drittens hatte die Londoner

---

<sup>13</sup> Siehe den Text des Beitrages von Siegfried Büniger im vorliegenden Heft S. 29-41.

Regierung niemals alle Festlegungen der Pariser Friedenskonferenz mitgetragen. So hatte Großbritannien auch früher niemals zu den Waffen gegriffen, um sich einer Aufteilung Polens zu widersetzen, und dabei sollte es bleiben. Es hielt den Frieden für teilbar. Eine nicht unerhebliche Rolle spielten auch, wie Büniger betonte, schlichte intellektuelle Fehlleistungen, charakterliche Arroganz und Selbstüberschätzung von Politikern. In der Diskussion kamen vor allem die Rolle Großbritanniens gegenüber dem Spanischen Bürgerkrieg, das britische Kalkül bei der Garantie für Polen und innere Differenzierungen der herrschenden Klassen zur Sprache.

*Ryszard Nazarewicz* (Warschau) analysierte den diplomatischen Hintergrund des Überfalls auf Polen. Er richtete das Augenmerk auf solche Aspekte des vielfach behandelten Themas, die insbesondere in der Gegenwart völlig gegensätzliche Reaktionen unter polnischen Historikern hervorrufen. Im Zentrum standen die Fragen: Welchen Anteil hatte Polen an der Aufteilung der Tschechoslowakei, war das ein selbstmörderischer Schritt, der zum Untergang Polens beitrug? Hat die Außenpolitik von Außenminister Beck Polen geschadet oder genutzt? Wäre die Annahme von Hitlers Forderungen zu Danzig und der Beitritt zum Antikominternpakt für Polen nützlicher gewesen als die Ablehnung? Haben Großbritannien und Frankreich Polen bewußt verraten oder hatten sie keinen anderen Ausweg? War es ein Krieg zwischen Polen und Rußland oder nicht? War die Zusammenarbeit zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion eine Allianz? Welche Folgen hatte die strategische Wendung der Komintern 1939?

Nazarewicz wandte sich gegen die „wundersame Bekehrung“ vieler polnischer Historiker, die ihre Positionen ohne neue Erkenntnisse und Archivquellen, allein aus politischen Gründen völlig gewendet haben und heute alle chauvinistischen Vorurteile, oft in Gestalt einer Russophobie, bedienen und ohne kritische Analyse vorbehaltlos alle politischen Schritte der Vorkriegsregierung befürworten. Die von Piłsudski gestaltete Politik des Gleichgewichts in den Beziehungen Polens zu seinen beiden mächtigen Nachbarn war, so Nazarewicz, vernünftig und keineswegs pronazistisch. Doch während der Septemberkrise 1938 war Polen kein neutraler Zuschauer, sondern wirkte eng und unmittelbar mit dem deutschen Außenministerium zusammen. Noch vor [120:] München verlangte Polen die Abtretung des Olsa-Gebietes und versicherte sich für den Fall diplomatischer Schwierigkeiten mit der UdSSR oder der ČSR der „effektiven Hilfe“ von deutscher Seite. Wie weit diese Zusammenarbeit ging und welche Stränge sie umfaßte, war den meisten deutschen Historikern unbekannt.

Die westlichen Großmächte, die Polens Unabhängigkeit garantierten, hatten, so Nazarewicz, niemals die Absicht, Polen im Fall einer deutschen Aggression militärisch zu unterstützen. Alle vorliegenden Dokumente, vor allem aber die Beschlüsse von Abbeville vom 12. September 1939 bezeugen dies. Über diese grundsätzliche Absage wurde Polen nicht einmal informiert. Einen Schwerpunkt seines Vortrages bildete der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939. Über den Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls wußte die amerikanische Botschaft in Moskau schon am nächsten Tag Bescheid, doch von der UdSSR wurde es erst 50 Jahre später offiziell anerkannt, auch unter dem Druck der polnisch-sowjetischen Historikerkommission. Nazarewicz lehnte es ab, die damalige Beziehung zwischen Nazideutschland und der Sowjetunion als Allianz zu bezeichnen. Obwohl die UdSSR Polen als militärischen Kriegsgegner behandelte, wurde von beiden Seiten vermieden, einen Kriegszustand zu erklären.

In der Diskussion thematisierte Waław Długoborski die Außenpolitik der polnischen Vorkriegsregierung und insbesondere deren Befürchtungen gegenüber der Sowjetunion, den Streit um den Begriff der Aggression vom Mai/Juni 1939 und die Heuchelei der westlichen Alliierten. Er analysierte die im Sommer 1939 gegebenen Möglichkeiten, Polen zu verteidigen. Im Zentrum der lebhaften Diskussion stand allerdings weniger die Apologie bzw. die Kritik der Politik von Beck, als vielmehr die Wirkungen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages, insbesondere auch für die kommunistischen Parteien Europas, nachdem die Kommunistische Internationale auf die Linie des Vertrages eingeschwenkt war.

Durch den Winterkrieg, den der sowjetische Überfall auf Finnland 1939, hervorrief, schienen alle politisch-militärischen Konstellationen zwischen den Kriegsparteien vom 3. September 1939 hinfällig zu

sein. Mit der Vorbereitung einer „Operation Petsamo“ sah es nämlich so aus, als würden sich die offiziell im Kriege mit Deutschland befindlichen Staaten Großbritannien und Frankreich militärisch keineswegs gegen Deutschland, sondern gegen die UdSSR losschlagen wollen. *Juoko Jokisalo* (Oulu) beleuchtete den politischen und militärischen Stellenwert des finnischen Winterkrieges zwischen dem 1. September 1939 und dem Überfall auf Frankreich 1940.

[121:] Durch seine Beziehungen zum faschistischen Deutschland verwandelte sich Finnland seit 1935 in einen für die Sicherheit der UdSSR im Nordwesten wichtigen Faktor. Mit dem Abkommen vom 23. August 1939 aber befand sich Finnland plötzlich in die sowjetische Interessensphäre versetzt. Da es sich sowjetischen Territorialaustauschforderungen nicht fügte, begann am 30. November 1939 der sowjetische Überfall auf Finnland, der allerdings militärisch zunächst ein Fiasko für die Rote Armee wurde. Weder die skandinavischen Länder noch die USA wollten sich offiziell in den Winterkrieg einmischen, was andere Unterstützung nicht ausschloß. Demgegenüber beabsichtigten Frankreich und Großbritannien, die gegen Deutschland einen „drôle de guerre“ [„komischer Krieg“] führten, hier eine Front gegen die UdSSR zu eröffnen. Die Franzosen planten, mit Hilfe einer alliierten Interventionstruppe die „Operation Petsamo“ im hohen Norden Finnlands durchzuführen und begannen mit den Vorbereitungen. Doch als am 7. Januar 1940 ihre Bitte um englische Beteiligung abgeschlagen wurde, verwarfen auch sie die Operation. Als im Februar 1940 die sowjetischen Offensive begann, bot Finnland ohne weitere Rücksprache mit den Petsamo-Parteien um einen Waffenstillstand. Am 12. März 1940 schlossen Finnland und die UdSSR Frieden zu den von der Sowjetunion gebotenen Bedingungen. In der Diskussion wurde vor allem nach den sowjetischen Kriegszielen in diesem Krieg gefragt. Gegenstand waren weiterhin die internationalen Reaktionen auf den finnischen Winterkrieg, in erster Linie das Verhältnis Deutschlands zu Finnland.

Historische und aktuelle Aspekte deutscher Kriegsentscheidungen im XX. Jahrhundert waren Gegenstand der *vierten Sektion*. Es ging um den Vergleich beider Weltkriege hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Ursachen, Voraussetzungen, Kosten und Folgen, um die den Kriegen folgenden weltwirtschaftlichen Nachkriegsordnungen und das Verhältnis von gegenwärtiger Militärstrategie der NATO und Wirtschaftsexpansion, vor allem am Beispiel der Durchsetzung der Direktiven des Weltwährungsfonds zur sozialen und wirtschaftlichen Umstrukturierung der Länder des zerschlagenen Jugoslawiens.

Die imperialistischen Hauptländer, Deutschland eingeschlossen, räumen gegenwärtig sich und ausschließlich sich selbst offiziell das Recht auf Krieg ein. Sie erklären den Krieg erneut zu einem legitimen Instrument der Durchsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele. In der NATO als Kriegspakt vereinigt, passen sie deren Militärdoktrin dieser Zielstellung an und favorisieren hochmobile Interventionsstreitkräfte als Exekutionsinstrument. Jene Verknüpfung von wirtschaftlicher Expansion, imperialistischer Erpressung und militärischer Drohung, wie sie im untersuchten Zeitraum praktiziert wurde, steht heute auch dann Pate, wenn der Krieg nicht mehr Krieg, sondern „humanitäre Intervention“ heißt und als polizeiliche Ordnungsaktion proklo-[122:]miert wird. Von diesen Intentionen geleitet, wandten sich Werner Brill (Saarbrücken), Tobias Pflüger (Tübingen) und Rüdiger Minow (Friesenhof) der Sektionsthematik zu.

Kern der neuen Militärdoktrin der NATO, so *Tobias Pflüger*, sind erstens die Selbstmandatierung, zweitens die Inanspruchnahme eines globalen Interventionsrechtes durch die imperialistischen Mächte und drittens die Formierung kleiner, mobiler, weltweit einsetzbarer militärischer Einheiten. Diese Interventionskräfte sollen die „Risiken dort bekämpfen, wo sie auftraten“. Ihre Selbstmandatierung schließt den Anspruch ein, „Schurkenstaaten“ zu benennen, gegenüber denen die Mandatsstaaten das Völkerrecht glauben suspendieren zu können und sich vorbehalten, Kriege unterschiedlicher Intensität und Dauer zu führen.

Auch wenn der IWF wie ein Weltpolizist ohne Waffen agiere, so reichen doch wirtschaftliche Zwangsmittel allein, entwickelte Pflüger aus, nicht, einen sich dem Diktat des IWF widersetzenen Staat wie Serbien zu zwingen. So erklärten sich selbst militärisch scheinbar absurde Ziele des Krieges der NATO gegen Jugoslawien daraus, daß es faktisch auch um zentrale wirtschaftspolitische Ziele

ging, wie das Beispiel von Novi Sad verdeutliche, wo die Zerstörung von Industriezentren, der Infrastruktur und der Energiebasis zugleich auf die Ausschaltung jeglichen Widerspruchs gegen ein IWF-Diktat abzielte.

Der „ethnographischen Fährte zur Weltmacht“ kommt, so *Rüdiger Minow* (Friesenhof) im Kalkül der heutigen deutschen Großmacht Politiker wachsende Bedeutung zuzukommen. Im XX. Jahrhundert bildete die spezifische deutsche Volksgruppenpolitik stets den Übergang von zivilen zu militärischen Vorgehensweisen. In dieser beängstigenden Logik war Jugoslawien seit zehn Jahren das bevorzugte Exerzierfeld der deutschen Außenpolitik. Minow untersuchte die Ziele, das Tätigkeitsfeld und die Funktionen der 1996 in Flensburg gegründeten und staatlich finanzierten Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV). Diese möchte – ganz im Interesse leichter Beherrschung durch eine deutsche Zentralmacht – ganz Europa ethnisch parzellieren und regionalisieren. Die FUEV bildet den Parallelverband zum Verein für das Deutschtum im Ausland (VdA). Sammelt, organisiert und lenkt der letztere die „Volksdeutschen“ der ganzen Erde, so die FUEV die wirklichen oder angeblichen Minoritäten aller Nationen Europas.

Bewegte sich die jahrzehntelang tradierte und noch 1945 nur kurz eingemottete spezifisch deutsche Volksgruppenpolitik noch 1989 unterhalb des öffentlichen Niveaus, so ist sie inzwischen längst Instrument zwischenstaatlichen Drucks und Gegenstand außenpolitischer Ansprüche geworden und erhält beträchtliche Haushaltsmittel. Als besonders geeignet erwies sie sich [123:] für die deutsche Außenpolitik, wenn, wie Minow veranschaulichte, wie in Jugoslawien nationale Minderheiten sich selbst den Plänen zur Parzellierung fremden Territoriums dienstbar machten. Unter dem Eindruck der in Jugoslawien geführten Nationalitätenkriege fand die bis dahin als Neben-Außenpolitik praktizierte Volksgruppenpolitik Eingang in die offizielle deutsche Außenpolitik. Leider wird diese Gefahr, so betonte der Referent, in den betroffenen Ländern nicht rechtzeitig erkannt und wenig Widerstand geleistet. Sie fand sogar in Teilen des Verwaltungsapparates der Nachfolgestaaten Jugoslawiens eine soziale Basis, insbesondere, weil die deutsche Außenpolitik ethnische Aspekte mit regionalen verbinden konnte.

*Ernstger Kalbe* (Leipzig) rekonstruierte im Schlußvortrag den Prozeß der Zerstörung der jugoslawischen Föderation. Er benannte als Ursachen jene inneren Widersprüche, die von in Jahrzehnten nicht gelöst worden waren und die nach dem Verlust der internationalen Funktionen des Landes 1989 zu jenem Zerfallsprozeß der Föderation führten, der in den Nationalitätenkriegen eskalierte und kräftig von außen geschürt wurde. Die jugoslawische Föderation hatte zu keiner tragfähigen staats- und verfassungsrechtlichen Ausgestaltung der Republiken gefunden, die Überwindung des wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälles war ihr nicht gelungen, so daß die Transferleistungen zu nicht tragbaren Belastungen wurden, eine reale Kulturautonomie der Völker war nicht durchgeführt worden.

Nachdem die sozialistische Selbstverwaltung gescheitert war, unterlagen in den 80er Jahren sozialistische Vorstellungen einem offensichtlichen Verschleiß. Die Nationalbewegung, die Nationwerdung der einzelnen Völker aber ist nicht abgeschlossen. Aus vorbürgerlicher Rückständigkeit ging sie in einer postsozialistische Nationalbewegung über, die die mörderische Eskalation des historisch unentwickelten Nationalismus entfachte. Die Wurzeln des Zerfallsprozesses, so unterstrich Kalbe, liegen entscheidend in der inneren Entwicklung, sein Vorspiel fand er bereits im serbisch-kroatischen Sprachenstreit von 1980.

Die Großmächte, der IWF und insbesondere die BRD haben wesentlich und initiativ zur Zerstörung der Föderation beigetragen. Kalbe rekonstruierte im einzelnen die Schritte und Phasen dieses Prozesses und bilanzierte die Nationalitätenkriege und alle Massenvertreibungen zur „ethnischen Säuberung“. Er unterzog die NATO-Aggression gegen Jugoslawien einer eingehenden Analyse, angefangen von den sozialen, ethnischen, wirtschaftlichen und politischen Widersprüchen in Kosovo über die Genese des imperialistischen Diktats von Rambouillet bis zu den Hintergründen und Zielen des Bombenkrieges.

Brigitte Berlekamp/Werner Röhr